Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 8. August 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Vier Millionen neue Jobs ohne eine einzige unpopuläre Maßnahme: Das vom SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier mit seriösem Gesichtsausdruck vorgetragene Wahlversprechen ist geeignet, Figuren wie dem Komiker Hape Kerkeling alias Horst Schlämmer die Schau zu stehlen.

Bild: AP

Wahlkampf ohne Argumente

Steinmeier sticht Linke aus: Er verspricht vier Millionen Arbeitsplätze

Wahlkämpfe waren noch nie die Zeit nüchterner Suche nach den besten Lösungen für die Probleme des Landes. Doch das Ausmaß der Banalisierung im laufenden Wahlkampf ist beispiellos.

Kernige Versprechen für mehr Beschäftigung sind ein Wahlkampfklassiker: Bundeskanzler Helmut Kohl versprach 1997 die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 – und landete damit auf der Nase.

Gerhard Schröder war nicht zuletzt deswegen vorsichtiger: Er wollte 1998 die Erwerbslosigkeit nur moderat senken, aber jedenfalls auf unter 3,5 Millionen. Das eher kleine Versprechen wurde mit umso größerer Bestimmtheit präsentiert: Wenn er das nicht schaffe, hätte er es nicht verdient, wiedergewählt zu werden, verknüpfte er rhethorisch todesmutig die kleine Ankündigung mit der Maximalstrafe für Politiker.

Bekanntlich misslang die Erfüllung der Zusage, aber um deswegen nicht in die argumentative Defensive zu geraten, ging Schröder vor der Wahl 2002 in die Vollen: Seinen Vertrauten Peter Hartz, einen inzwischen vorbestraften Kriminellen, ließ er die Senkung der Arbeitslosigkeit auf genau 1,99 Millionen verkünden. Das sah aus wie ein Preisschild bei Aldi für die billigste Lüge, wobei die ganze Komik dadurch etwas überdeckt wurde, dass sich die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg dazu bereitfand, den Französischen Dom in Berlin als Bühne für dieses abstoßende Spektakel zu öffnen.

Hohes Ziel für die überübernächste Wahl

Angela Merkel verzichtete dann im Jahre 2005 auf Beschäftigungsversprechen – und schaffte so viele neue Arbeitsplätze wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Die Bandbreite möglicher Wahlversprechen in Sachen Arbeitslosigkeit ist aber auch damit noch nicht ausgeschöpft. Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat eine neue Variante hinzugefügt: Freischwebende Phantasie in Raum und Zeit. Vier Millionen neue Arbeitsplätze will er schaffen – das hat sogar den Utopisten von der Linkspartei für einen Moment die Sprache verschlagen. Bis sie bemerkten, dass Steinmeier die hoch gelegte Zielmarke erst nach der überübernächsten Wahl zu erreichen gedenkt: Bis 2020 soll das große Ziel erreicht sein – wer danach im Wahlkampf 2017 noch fragt?

Da Steinmeier auch nicht gesagt hat, welche Maßnahmen sein Beschäftigungswunder ermöglichen sollen, wurde damit eine neue Dimension des Wahlversprechens kreiert: Die Phrase nimmt keinerlei Realitätsbezug mehr für sich in Anspruch, von Lüge und Wortbruch kann hinterher folglich nicht die Rede sein. Nur noch der Gesichtsausdruck, mit dem dieses Geschwätz vorgetragen wurde, war irgendwie ernsthaft.

Demoskopen erklären, die Bürger seien von der Politik inzwischen dermaßen befremdet, dass der Komiker Hape Kerkeling alias Horst Schlämmer („Isch kandidiere") im Falle einer echten Kandidatur in den Bundestag einziehen könnte. Man kann es sehr wohl verstehen. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Umdenken

Ganz überraschend kam die Zahl nicht für diejenigen, die sich intensiver mit der Bevölkerungsentwicklung befassen: Deutschland ist mit nur noch 8,2 Geburten auf je 1000 Einwohner Schlusslicht in der EU. Demographen haben diese Entwicklung seit langem vorhergesagt: Da die typischen Elternjahrgänge zwischen 25 und 40 Jahren immer schwächer werden, sinkt bei unveränderter Geburtenrate pro Frau die Geburtenzahl pro 1000 Einwohner weiter.

Die Folgen wurden oft beschrieben: Krise der Sozialkassen, langfristiger Verfall der Immobilienpreise, nachlassende Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, mehr Zuwanderungsdruck, soziale und politische Verwerfungen. Andere Industrieländer haben mehr Geburten, darunter die USA, Frankreich und Skandinavien. Das wissen unsere Familienpolitiker, doch der Versuch, von diesen Ländern Erfahrungen nach Deutschland zu übertragen, schlägt seit Jahren fehl.

Wäre es nicht an der Zeit, einmal zu fragen, was Deutschland grundsätzlich von anderen Ländern unterscheidet? Die Antworten liegen auf der Hand und werden gerade in dieser Zeitung oft beschrieben: Dem Land fehlt eine Vision seiner eigenen Zukunft, dem deutschen Volk fehlt – im besten und vernünftigsten Sinne – der Glaube an sich selbst und seine Möglichkeiten. Es fehlt mehr als anderen Ländern, etwa den USA, ein Wertekonsens über das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft, über die Familie und nicht zuletzt über die Rolle der Geschlechter. Solange hier kein Umdenken stattfindet und eine Selbstvergewisserung ausbleibt, ist bei der demographischen Malaise Besserung nicht zu erwarten.

Atomarer Ehrgeiz

Auch Myanmar (Birma) will die Bombe

Sind alle Anstrengungen zur Verhinderung der Ausbreitung der Atombombe vergeblich? Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea sind faktisch Atommächte, der Iran gibt sich wenig Mühe, seine diesbezüglichen Ambitionen zu tarnen. Dennoch hat Sicherheitspolitiker aufgeschreckt, dass sich nun offenbar auch Indiens östlicher Nachbar Myanmar (früher Birma) Atomwaffen zulegen will. Zeitungen berichten unter Berufung auf Überläufer, dass das dortige Militärregime seit längerem am Bau eines Atomreaktors arbeite, unterstützt werde das 48-Millionen-Einwohner-Land dabei von Russland und Nordkorea.

Ähnliche Motive wie Nordkorea

Wie die ARD meldete, wurde bereits vor zwei Jahren bekannt, dass Myanmar mit der russischen Energiebehörde Rosatom einen Vertrag für den Bau eines nuklearen Forschungsreaktors geschlossen hatte. Der Sender zitiert einen Sicherheitsexperten des angesehenen Massachusetts Institute of Technology (MIT), es gebe immer mehr Hinweise auf die atomaren Ambitionen des Landes, aber noch keine klaren Beweise. Die Regimes in Myanmar und Nordkorea seien beide in der internationalen Staatengemeinschaft völlig isoliert und könnten darum aus Prestige-Gründen nach Atomwaffen streben. *PAZ*

Erhöhung droht

Bund erwägt 25 Prozent Mehrwertsteuer

Politiker aller Parteien beißen sich fast auf die Zunge, aber die Medien berichten längst offen darüber: Die Finanzen des Bundes sind in so desolater Verfassung, dass nach der Bundestagswahl drastische Maßnahmen ergriffen werden müssen: Schmerzliche Einschnitte bei den Ausgaben, drastische Erhöhungen von Steuern und Abgaben oder sogar beides. Wie diese Zeitung nun Ende Juli in Berlin erfuhr, wird in den zuständigen Ministerien eine saftige Erhöhung der Mehrwertsteuer erwogen und auch bereits durchgerechnet, von derzeit 19 (mit verschiedenen Varianten) auf bis zu 25 Prozent.

Die Politiker beißen sich auf die Zunge

Begründet wird das Vorhaben damit, dass Deutschland hier im europäischen Vergleich noch knapp unter dem Durchschnitt liege. Zudem sei die Erhöhung der Mehrwertsteuer nach der Wahl 2005 vom Bürger relativ problemlos geschluckt worden – trotz gegenteiliger Wahlversprechen. Ein weiterer Vorteil sei, dass die Mehrwertsteuer die Arbeitskosten nicht erhöhe, also keine Beschäftigung koste. Schließlich werde mit einer Mehrwertsteuererhöhung ein Teil der außer der Reihe gewährten, rein schuldenfinanzierten Rentenerhöhungen der Jahre 2008 und 2009 wieder „eingesammelt". *K. B.*

Steinbach geehrt

Hoher Orden für die BdV-Präsidentin

Die höchste Auszeichnung des Freistaats Bayern, den Bayerischen Verdienstorden, hat Ministerpräsident Horst Seehofer der BdV-Präsidentin Erika Steinbach verliehen. Der Orden wurde am Mittwoch in der Staatskanzlei in München überreicht, anwesend war auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, der am selben Tag einen Gesprächstermin bei Ministerpräsident Seehofer hatte.

Die Verleihung des Ordens, mit dem „hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk" gewürdigt werden, wird nicht gesondert begründet, es ist aber bekannt, dass die bayerische Regierung den Einsatz von Frau Steinbach für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin hoch schätzt und politisch unterstützt. Die CSU setzt sich zusammen mit der CDU auch dafür ein, dass Frau Steinbach im Stiftungsrat des Zentrums in Berlin („Flucht, Vertreibung, Versöhnung") vertreten ist, was von der SPD bekämpft wird. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat überdies am Mittwoch ein hochrangig besetztes Symposium über „Flucht und Vertreibung in der deutschen und europäischen Erinnerungskultur" durchgeführt, ein Bericht dazu soll folgen. *K. B.*

Symposium über die Vertreibung

MELDUNGEN

PAZ-*Umfrage: Was für Leser!*

Wer sind die Leser der *Preußische Allgemeinen Zeitung* und vor allem: Was wünschen sie sich von ihrem Blatt? Um diese Frage bestmöglich beantworten zu können, haben wir im Herbst 2008 eine aufwendige Leserumfrage durchgeführt. Über 1000 Zuschriften gingen ein, 100 Preise wurden verlost. Nach ersten Auswertungen im Spätjahr 2008 wurde nunmehr der gesamte Datenbestand digital erfasst und kann leicht ausgewertet werden.

Einige wichtige Ergebnisse sind: 77 Prozent der Leser sind männlich, 23 Prozent weiblich. 78 Prozent lesen das Blatt über 45 Minuten lang, nur fünf Prozent lesen es weniger als 30 Minuten. Viele lesen die Zeitung auch drei Stunden und länger, wie wir durch handschriftliche Vermerke auf den Bögen erfahren haben. Das hatten wir nicht für möglich gehalten und deswegen kein entsprechendes Antwortfeld vorgegeben. Wie intensiv das Blatt geschätzt wird, zeigt die Bereitschaft, die Zeitung zu empfehlen: 16 Prozent haben das bereits einmal gemacht, 69 Prozent sogar schon mehrfach – ein womöglich einmaliger Wert unter den deutschen Printmedien.

Nur elf Prozent der Ausgaben dieser Zeitung haben nur einen Leser, 25 Prozent werden von zweien gelesen, 30 Prozent haben drei Leser, 18 Prozent sogar vier und weitere 16 Prozent fünf und mehr Leser. Nicht weniger als 45 Prozent der Leser geben die *PAZ* im Freundeskreis weiter – unsere Anzeigenkunden wird es freuen.

Die Leser haben etliche Verbesserungsvorschläge gemacht, von denen aber die meisten in den zurückliegenden Monaten bereits umgesetzt wurden. Am Leserbriefecho ist ablesbar, dass die (schon vor Jahresfrist hohe) Zufriedenheit mit der Zeitung weiter gestiegen ist. Den wichtigsten Wunsch kann man in einem Satz ausdrücken: Unsere Leser suchen in der PAZ genau die Inhalte, über die anderswo nicht berichtet wird. Wir versuchen, sie Ihnen Woche für Woche zu liefern. *K. B.*

Agieren, nicht erst reagieren

Taliban kehren nach dem ersten erfolgreichen Angriff der Bundeswehr bereits wieder zurück

Ein Abzug der internationalen Schutztruppe ist nicht geplant, wie der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen bekräftigte. Doch die festgefahrene Lage müsse sich ändern.

Jeden Morgen halten die Offiziere des Führungsstabs im Feldlager Kundus eine „Lage“ ab. Was ist passiert in der Nacht? Was steht für den Tag an? Welche neuen Informationen gibt es über die Gefährdungslage? Für wenige Tage war es vergleichsweise ruhig im Einsatzgebiet, nachdem die Bundeswehr im Juli mit 300 Mann zusammen mit 800 afghanischen Soldaten und 100 Polizisten die Operation Oqab (Adler) gestartet hatte. Ziel war es, die Lage in der seit April stetig instabiler gewordenen Provinz vor den afghanischen Präsidentschaftswahlen am 20. August zu verbessern. Der Hauptangriffspunkt: die radikal-islamische Taliban-Hochburg Chahar Darreh, nur rund 15 Kilometer südwestlich vom deutschen Lager in Kundus. Nach zehn Tagen erklärte der Chef des 209. Korps der afghanischen Armee, General Murad Ali Murad, der Einsatz sei erfolgreich gewesen – doch die Freude währte nur kurz. Denn kaum war Chahar Darreh unter Kontrolle, zogen Bundeswehr und die afghanischen Streitkräfte auch schon wieder ab.

Wie zum Hohn prahlte schon am folgenden Tag der Taliban-Kommandeur Mullah Shamslullah: „Wir sind zurück!“ Auf Motorrädern und Pickups seien sie wieder in ihr Kerngebiet südwestlich des deutschen Feldlagers gefahren. Unter ihnen Usbeken und vor allem Paschtunen aus dem Süden. Geld und Kämpfer seien angeblich von der Führung der afghanischen Taliban im pakistanischen Quetta in den Norden geschickt worden.

Auch Abdul Wahed Omar Khel, Chef des Distrikts Chahar Darreh, berichtete, die Taliban hätten wieder die Kontrolle über den südlichen Bereich der Unruhegegend übernommen: „Sie stellten sich mit Waffen umgeschnallt auf die Marktplätze der Dörfer und waren fröhlich wie nach einem Sieg.“

Die schnelle Rückkehr der Taliban war programmiert. Viel zu groß ist das Gebiet, als dass 800 afghanische Soldaten es kontrollieren könnten. Auch die Bundeswehr ist dazu nicht in der Lage. Der Abzug der Soldaten aus der Region erinnert an einen Fehler, den auch die US-Armee immer wieder gemacht hat. Und den sie mittlerweile offen eingesteht: Die US-Soldaten verließen nach teils erfolgreichen Offensiven in Südafghanistan die Hochburgen der Taliban oft wieder zu schnell. Sie ließen die Zivilbevölkerung mit den zurückkehrenden Kämpfern allein – und das Vertrauen der Afghanen in die internationale Schutztruppe schwand. Gleiches droht nun auch im Einsatzgebiet der deutschen Soldaten.

Forderungen, mit Taliban zu reden, werden lauter

Folgerichtig verlangte der Chef der internationalen Schutztruppe in Afghanistan, Stanley McChrystal, von der Bundeswehr mehr Einsätze gegen die Taliban. Er sei besorgt über die Lage im Raum Kundus, sagte der Isaf-General. Das Einsatzgebiet der Bundeswehr in Nordafghanistan habe mittlerweile die „volle Aufmerksamkeit“ der internationalen Truppe. Die Taliban wollten im Norden eine Enklave aufbauen und würden dabei aus dem Süden unterstützt.

Konkret forderte McChrystal von der Bundeswehr und den afghanischen Sicherheitskräften weitere Operationen wie jene in Chahar Darreh: „Es gab sicherlich einige Erfolge bei dieser Operation“, sagte McChrystal, „aber wir dürfen nicht vergessen, dass eine einzelne Mission niemals dauerhafte Effekte erzielen wird.“ Der US-General warnte vor Laxheit beim Kampf gegen die Taliban: „Wenn wir nicht präventiv die Situation bestimmen, werden wir von der Lage überrollt.“

Ähnliches äußerte auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, der der Bundeswehr vorwarf, dass sie auf Angriffe der Taliban nur reagiere und sich „vom Gegner den Zeitpunkt, den Ort und den Einsatz der Waffen diktieren“ lasse. Das widerspreche allen Führungsgrundsätzen und sei mit Sicherheit kein Rezept, das zum Erfolg führe, so Kujat.

Unterdessen hat sich der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen für Verhandlungen mit gemäßigten Taliban-Vertretern in Afghanistan ausgesprochen. Es gebe am Hindukusch „Gruppen, mit denen man reden kann, um auf eine Art Aussöhnung mit der afghanischen Gemeinschaft hinzuarbeiten“, sagte Rasmussen, der einen schnellen Abzug der Isaf ablehnt. Das Ziel des Einsatzes sei erst dann erreicht, wenn die afghanischen Sicherheitskräfte allein für die Sicherheit sorgen könnten. Rasmussen hat eine zwölfköpfige Expertengruppe eingesetzt, die ein Konzept entwerfen soll.

Der Chef der UN-Unterstützungsmission in Afghanistan (UNAMA), Kai Eide, sprach sich währenddessen für ein umfassendes Gesprächsangebot an die Taliban aus. Wenn es einen umfassenden Friedensprozess in Afghanistan geben solle, dann reiche es nicht aus, mit den Taliban-Kommandeuren im Feld zu reden, sagte der norwegische Diplomat in Kabul. „Wenn nur ein teilweiser Versöhnungsprozess stattfindet, wird es auch nur ein Teilergebnis geben.“

Aber welche Strategie auch immer angewendet wird, um Frieden am Hindukusch zu schaffen. Eins muss allen westlichen Entscheidungsträgern klar sein: Wer ein Feuer ausblasen will, muss kräftige Lungen haben – sonst facht man es nur weiter an. *Jörg Schmitz*



Schier endlose Weiten: Es ist fast unmöglich, das riesige Gebiet um Kundus mit den vorhandenen Soldaten zu überwachen. Bild: ddp

Die Schulden-Uhr: Millionen übrig

Das kommt selten vor: Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) beklagt sich, weil 400 Millionen Euro bisher nicht ausgegeben wurden. Normalerweise ist immer zu wenig Geld da, doch nun werden besagte Millionen offenbar nicht nachgefragt. Es handelt sich bei dem Geld um die Reste der 2003 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) medienwirksam zur Verfügung gestellten vier Milliarden Euro, die für den Ausbau von Ganztagsschulen vorgesehen waren. Doch von den angestrebten 10000 neuen Ganztagsschulen gibt es bisher erst 6918, so dass derzeit jedes fünfte Kind eine Schule mit Nachmittagsangebot besucht. Ein Grund für die Zurückhaltung: Die Millionen sind nur für den Ausbau, aber nicht für den Alltagsbetrieb der Ganztagsschulen vorgesehen. *Bel*

1.597.631.807.435 €

Vorwoche: 1.594.970.684.650 €
Verschuldung pro Kopf: 19469 €
Vorwoche: 19437 €

(Dienstag, 4. August 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Neue Sicht auf 1944

In Polen werden Mythen um den Warschauer Aufstand hinterfragt

Es war kein schöner Tag für die deutsch-polnischen Beziehungen: 1994 verwechselte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den polnischen Aufstand in Warschau im August/September 1944 mit dem jüdischen Aufstand in Warschauer Ghetto im Frühjahr 1943. Peinlich war das schon deswegen, weil die Niederschlagung des Aufstands mit wahrscheinlich weit über 100000 getöteten Polen zu den größten deutschen Kriegsverbrechen gehört.

Nicht nur wegen der Dimension der Verluste hat sofort nach Kriegsende ein intensiver polnischer Gedenkkult um den Aufstand eingesetzt. In der kommunistischen Zeit war dieses Gedenken allerdings von Verlogenheit geprägt: Denn während Himmlers SS in Warschau mordete, stand die Rote Armee hoch überlegen auf dem anderen Ufer der Weichsel und schaute zu, was bis 1989 in Polen öffentlich kaum gesagt werden durfte. Das Motiv der UdSSR war klar: Die Deutschen räumten mit der aus London geführten antikommunistischen polnischen Heimatarmee (AK) auf. Das passte in Stalins Konzept, dem polnische Parioten, zumal antikommunistische, kein bisschen sympathischer waren als Hitler.

Dieser Teil der Mythenbildung um den Aufstand von 1944, der sich dieser Tage zum 65. Male jährt, ist seit langem „abgeräumt“. Doch inzwischen werden weitere, noch grundsätzlichere Fragen gestellt. Eine davon ist, warum auch die britische Regierung kaum für die Aufständischen Partei ergriff und es bei wenigen, eher symbolischen Abwürfen von Versorgungsgütern über den von Aufständischen gehaltenen Stadtteilen Warschaus beließ. Hätte in Churchills Nachkriegsplanungen ein freies Polen hohe Priorität gehabt, wäre jedenfalls ein anderes Verhalten zu erwarten gewesen.

Das Verhalten Londons ist schwer verständlich

Wie der polnische Internetdienst „polskaweb“ berichtet, wird aber auch zunehmend gefragt, ob für die Führung der AK die grausame Reaktion des NS-Regimes nicht so sicher vorhersehbar war, dass sie eine Mitverantwortung trifft: „Bei der jahrzehntelangen Analyse der Ursachen und der Folgen des Aufstandes durch Historiker und andere Vertreter der linken und liberalen Intelligenz, zeichnet sich ab, dass dieser so heroische Akt alles andere als eine Notwendigkeit war.“

Nach der Darstellung von „polskaweb“ ist der Auftrag zum Aufstand der Heimatarmee von der Exilregierung in London gekommen, „die durch die Briten hierzu ‚inspiriert‘ und mit falschen Hilfeversprechen motiviert“ worden seien. In ähnlicher Weise wie in Warschau seien Aufstände der AK aber schon wenige Wochen zuvor im Juli 1944 in Lemberg, Wilna und anderen Regionen niedergeschlagen worden. „Polskaweb“ zitiert den überlebenden Aufständischen und späteren Schriftsteller und Journalisten Leon Lech Beynar (1909–1970) mit den Worten, er verachtete die Mythenbildung um dieses Verbrechen am polnischen Volk, welches die eigenen Politiker in Gang gesetzt hätten, und weiter: „Der Warschauer Aufstand richtete sich militärisch gegen Deutschland, politisch gegen die Sowjetunion, demonstrativ gegen die Angelsachsen, tatsächlich aber gegen Polen.“ *PAZ*

Einladung an EUFV

Europäischer Vertriebenenverband aktiv

Zu ganztägigen Beratungen hat sich der Generalrat der Europäischen Union der Vertriebenen (EUFV) am 1. August in Hamburg getroffen. Hauptgegenstand des Treffens waren die weiteren Aktivitäten des Verbandes in Straßburg und Brüssel in den kommenden Monaten. In welchem Maße die Akzeptanz der EUFV zugenommen hat, belegt eine Einladung des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski an den Generalsekretär dieser Organisation, den italienischen Rechtsanwalt Massimiliano Lacota, zu einer polnisch-ukrainischen Gedenkveranstaltung am 8./9. September im Südosten Polens. Das Treffen, an dem auch der ukrainische Präsident Juschtschenko teilnimmt, dient der weiteren Aussöhnung Polens mit der Ukraine. Die Beziehungen der beiden Länder waren im 20. Jahrhundert lange sehr angespannt, weil Polen 1919 eine Grenzziehung weit östlich der Sprachgrenze durchsetzte, was später zu wechselseitiger Gewalt und Vertreibungen auf beiden Seiten führte: Polen mussten die westukrianische Metropole Lemberg verlassen, in der sie seit Generationen ansässig waren, Ukrainer, die westlich der heutigen Grenze lebten, wurden zwischen April und Juli 1947 in der sogenannten „Aktion Weichsel“ innerhalb Polens vertrieben. Heute ist die Aussöhnung beider Länder gut vorangekommen und Polen ist offenbar bereit, selbstbewusst über das damalige Vertreibungsunrecht zu sprechen – auch im Beisein der Spitze des Europäischen Vertriebenenverbandes.

Polens Präsident geht auf EUFV zu

Die Beratungen fanden in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen in der Buchtstraße 4 statt. Präsident der Generalversammlung der EUFV ist seit deren Gründung der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg. Gegenüber der *PAZ* erklärte v. Gottberg, dass die Aktivitäten der EUFV in mehreren Ländern zu einem spürbaren Impuls für die dortigen Vertriebenenverbände geführt hätten, beispielsweise bei den Kareliern, die sich neben der Kulturarbeit nun verstärkt wieder politisch engagierten. *K.B.*

Vaterfrust unter der Siegessäule

Von HARALD FOURIER

Am vergangenen Wochenende wurde die Siegessäule gekapert. Ein 40-Jähriger hat ein 25 Meter langes Transparent entrollt: „Entführt – Mutter Staat schaut weg“. Daneben prangte ein Foto seiner sechsjährigen Tochter Bianca. Es handelte sich bei der Aktion um die Eskalation eines seit Jahren tobenden Sorgerechtsstreits. Der Vater, ein Unternehmensberater, hatte 2005 seine Tochter nach der Trennung von der Mutter aus dem Kindergarten entführt und danach das Sorgerecht verloren. Ihm blieb nur noch das Umgangsrecht, er darf das Kind also treffen. Theoretisch jedenfalls. Praktisch verweigert ihm seine Ex-Partnerin den Umgang. Mit dem Plakat, das nach einer Stunde von einem 27 Mann starken Polizeikommando wieder entfernt wurde, wollte er die Öffentlichkeit auf seine Lage aufmerksam machen.

Das moderne Sorgerechtist zur Bürde des deutschen Mannes geworden. Männer verlieren sowieso meistens, wenn es um die Kinder geht. Sie müssen zahlen, bekommen aber nicht das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Daran hat sich die Welt längst gewöhnt.

Oft leidet die Beziehung der Kinder zu ihrem Vater darunter. Wenn die Mutter sich verweigert wie im Fall des „Plakatkünstlers“, dann stehen die Väter dumm da. Sie haben kaum legale Möglichkeiten, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Ein anderer, dem Verfasser persönlich bekannter Sorgerechtskrieg sah so aus: Der Vater wusste sich irgendwann nicht anders zu helfen und entführte das Kind. Er ging mit dem Jungen ins Ausland, nach Lateinamerika. Am Ende verschlug es beide in die Südsee. Die dortigen Machthaber aber waren abhängig von EU-Entwicklungshilfe und wiesen den Mann schließlich an, den Jungen zurückzugeben, was er auch tat. Ende gut, alles gut?

Der Kleine hat die Odyssee offensichtlich ohne seelischen Schaden überstanden. Aber es bleibt ein mulmiges Gefühl: Wenn sich Eltern nach einer Trennung spinnefeind sind, auch was ihre Kinder angeht, dann ist es nicht richtig, dass sich der Staat immer nur auf die Seite der Mutter stellt. Natürlich sind solche Sorgerechtsstreitigkeiten Extremfälle. Aber was heißt das schon? Die Elbflut 2002 war auch eine Extremsituation. Trotzdem bauen wir das Deichsystem aus.

Warum also kann das Land nicht aus der ungerechten Rechtsprechung aussteigen? Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat die Gesetze an einer anderen Stelle ein wenig zugunsten der Männer reformiert: beim Unterhaltsrecht. Warum kann nicht auch das Sorgerecht so geregelt werden, dass Männer ihr Kind wenigstens regelmäßig zu Gesicht bekommen?

Theorie und Praxis, Tür an Tür

Adlershof: Berliner Technologiepark hat sich zum zukunftsträchtigen Standort gemausert



Einst war hier auch das Stasi-Wachregiment stationiert: Junge Firmen in Berlin-Adlershof

Bild: Wista AG

Adlershof im Südosten Berlins ist ein Magnet für Hochtechnologie-Firmen und Forschungsinstitute. Ein Lichtblick für die gebeutelte Wirtschaft der deutschen Hauptstadt.

Am Mittwoch eröffnet die Firma Sulfurcell ihr neues Fertigungswerk in Berlin-Adlershof. Der Hersteller von Solarzellen ist eines von gut 800 Unternehmen, die sich hier niedergelassen haben, einem „Gewerbegebiet de Luxe“ mitten in Berlin.

Wenn er auf Adlershof angesprochen wird, dann bessert sich die sonst so mürrische Miene von Harald Wolf (Linke), Berlins Wirtschaftssenator sofort auf. Vergessen ist die Tatsache, dass die Hauptstadt nach der Revolution Hunderte von Industriebetrieben verloren hat und dass die Zahl der Beschäftigten dort seit 1991 von einer Viertelmillion auf weniger als 100 000 gesunken ist. Adlershof ist das Stichwort, das in keiner Politikerrede fehlen darf, wenn es um den Wissenschaftsstandort Berlin geht. Um Pioniergeist, Zukunft, Hoffnung, Arbeitsplätze. So betont Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gerne, dass Adlershof beispielhaft dafür sei, was die „Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze“ angehe.

Es haben sich immer mehr Unternehmen und Institutionen dort angesiedelt, auch ausländische Investoren. Oder deutsche Firmen wie Jenoptik und die Telekom. Die Idealvorstellung für Adlershof ist: Berlins Universitäten bilden ihren naturwissenschaftlichen Nachwuchs aus, und wenn die Jungakademiker ihren Abschluss in der Tasche haben, dann wechseln sie nur die Straßenseite – und sind bereits bei ihrem Hochtechnologie-Arbeitgeber. Wirtschaft und Forschung, Praxis und Theorie, alles an einem Ort.

Indes leben bislang viele der Unternehmen vor allem von öffentlichen Fördermitteln. Es muss sich erst noch zeigen, ob sie mittelfristig auch ohne Staatsgelder auskommen. An der eingangs erwähnten Sulfurcell zum Beispiel ist Berlin selbst über die IBB Beteiligungsgesellschaft beteiligt. Das Unternehmen, das besonders dünne und kostengünstige Solarzellen herstellt, profitiert zudem von der grünen Energiepolitik, die Solarstrom stark fördert. Auch die wissenschaftlichen Einrichtungen wie das Max-Born-Institut (für nichtlineare Optik) werden vom Staat bezahlt.

Auf der anderen Seite wird der Umsatz in Adlershof von mehr als einer Milliarde beileibe nicht nur von supermodernen Forschungsfirmen erwirtschaftet, sondern auch von herkömmlichen Betrieben. Darunter finden sich Fliesenleger, Finanzberater, Zahnärzte oder eine Musikschule. Im Grunde sind es genauso wertvolle Unternehmen wie High-Tech-Firmen, aber sie entsprechen nicht dem zukunftsorientierten Wunschbild, das der Senat immer wieder zeichnet.

Der Stadtteil ist im Grunde so alt wie das Berliner Zentrum selbst. Die ältesten Wurzeln reichen zurück ins 12. Jahrhundert. 1754 wurden im Zuge der „Peuplierung“ Preußens durch Friedrich den Großen neue Einwohner ins Land gebracht. Deswegen wurde später 1754 als das Jahr der Gründung von Adlershof angesehen.

> 1909 öffnete hier der erste deutsche Motorflugplatz. Für DDR-Bewohner bedeutete Adlershof vor allem: Fernsehen

Seinen Anfang als moderner Wissenschaftsstandort nahm Adlershof vor genau 100 Jahren. 1909 wurde hier der erste deutsche Motorflugplatz eröffnet. Um ihn herum bildete sich schnell ein Zentrum von Fabriken, Flugschulen und anderen Unternehmungen. 1912 wurde die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt, der Vorläufer des heutigen Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), gegründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte die DDR hier die Akademie der Wissenschaften (AdW) und das Ost-Fernsehen an. Außerdem war das 12 000 Mann starke Stasi-Wachregiment Feliks Dzierzynski hier kaserniert. Damals, als auch Angela Merkel noch hier gearbeitet hat, war Adlershof eingezäunt und für die Öffentlichkeit unzugänglich.

1990 schlug für Adlershof die Stunde Null. Nach der Vereinigung wurden die Ost-Institute abgewickelt. Bedauerlich, aber unvermeidlich. Der wissenschaftliche Entwicklungsstand war in der jahrelangen Isolierung der DDR stark zurückgefallen. Viele Fachkräfte gingen in den Westen.

Der Senat machte aus der Not eine Tugend und bot die nun freistehenden Gebäude Hochtechnologie-Firmen an. So wurde zwischen 1993 und 1997 ein „Elektronenspeicherring“ (Bessy II) errichtet. Immer neue Firmen und Institute, zum Beispiel aus den Bereichen Kommunikation, Medien, Optik, Solarenergie, Mathematik und Informatik siedelten sich nun an, sorgten dafür, dass der neue Wissenschaftsstandort ausgebaut werden musste. 14 000 Beschäftigte tummeln sich hier bereits.

Heute ist das Gelände frei zugänglich. Der 100. Geburtstag des Standorts wird gefeiert. Am 7. und 8. September laden die Humboldt-Universität und andere Wissenschaftseinrichtungen zu einem Symposium unter dem Motto „Licht, Materialien, Modelle“. Und vom 18. bis zum 20. September gibt es eine Veranstaltung mit dem Titel „Schauplatz Adlershof: 20 Jahre Mauerfall, Berlin im Wandel.“ *Markus Schleusener*

Weitere Informationen im Internet unter www.adlershof-innovationen.de

»Mach ich selber«

Scheibenputzer sorgen für Ärger

Wer in Berlin mit dem Auto unterwegs ist, kennt die Scheibenputzer, die in Kreuzberg und Umgebung ihre Dienste anbieten. Was jedoch Außenstehenden wie ein freundlicher Service erscheinen mag, schüchtert Berliner mittlerweile ein. Denn wer sich die Scheiben nicht putzen lassen will, dem zerkratzen die Dienstleister immer öfter den Wagen.

> Bei Ablehnung Autos zerkratzt

Tanja Trültzsch, 31 Jahre und Besitzerin eines preiswert erstandenen und teuer restaurierten Oldtimers, will vermeiden, dass einer der ungebetenen Dienstleister sich an ihrem Wagen zu schaffen macht. Insbesondere habe sie sich geärgert, dass manche Fensterputzer keine Ruhe gäben und sich nicht entfernten, wenn man sie dazu aufforderte.

So entwarf sie einen Aufkleber für die Frontscheibe, vier Zentimeter im Durchmesser. Darauf ist vor einem grinsenden Gesicht im Hintergrund ein überdimensionaler, durchgestrichener Wischer zu sehen und darunter: www.mach-ich-lieber-selber.de

Sie klebte ihn an ihr Auto, verteilte ihn an Freunde, bat diese, ihn weiterzuverteilen. 750 Stück hat sie mittlerweile verkauft. Bald gab es jedoch Ärger. Anonyme Drohungen, unfreundliche oder sogar ebenfalls drohende E-Mails von Menschen, die Tanja Trültzsch Rücksichtslosigkeit gegenüber „sozial Benachteiligten“ vorhalten.

Eine Umfrage der „Berliner Morgenpost“ zeigte nun, dass es sich bei den militanten Kritikern der jungen Designerin nur um eine verschwindend geringe Minderheit handelt. 87 Prozent signalisierten Zustimmung zu der Aktion. *HL*

Tummelplatz für Ultralinke

Ziegenhals: Streit um Huldigungsstätte für KPD-Chef Thälmann

Ziegenhals ist ein beschauliches Dörfchen am Südostrand von Berlin, dem man kaum ansieht, dass es schon einmal den Pulsschlag der Weltpolitik spürte. Im Sporthaus des Ortes schwor am 7. Februar 1933 KPD-Chef Ernst Thälmann 40 Funktionäre seiner totalitären Partei auf eine „neue Linie“ ein. Wenig später wurde er verhaftet, doch Hitler ließ seinen alten Widersacher, aber auch Helfer bei der Zerstörung der Weimarer Republik („Anti-Koalition“ im Reichstag ab 1930, „Rote Volksabstimmung“ August 1931, Berliner Bahnstreik von KPD und NSDAP vom 3. bis 7. November 1932) am Leben.

In der Zeit der Zusammenarbeit zwischen Hitler und Stalin gehörte Thälmann nicht zu den Kommunisten, die Hitler an Stalin überstellen ließ. Erst als Thälmann für Hitler kein Faustpfand mehr darstellte, ließ er ihn im August 1944 erschießen.

Bis zum Untergang der DDR war die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals eine der zahllosen „Mahn- und Gedenkstätten“, die dem SED-Staat zur Rechtfertigung seiner Existenz dienten. Nach der Revolution war dann Schluss mit den Zwangsausflügen

> Der neue Besitzer will den maroden Bau abreißen lassen

von Schulklassen und Betriebsgruppen dorthin. Die Treuhand versuchte, das Wassergrundstück mit dem in die Jahre gekommenen Gebäude zu verkaufen. Doch den Kaufpreis von 250 000 Euro wollte niemand aufbringen.

Schließlich ersteigerte ein höherer Beamter des Landes Brandenburg bei einer Auktion 2002 das Anwesen für 86 000 Euro und unterband weitere Thälmann-Jubeleien auf seinem Grundstück, indem er die Schlösser austauschte – zu Recht, wie das Landgericht Potsdam zweitinstanzlich feststellte.

2004 gab es eine Abrissgenehmigung für das marode Sporthaus, um dort fünf Einfamilienhäuser und eine Villa zu errichten. Seither hat ein „Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ weitere Prozesse angestrengt, bei denen es um das Inventar der bizarren Huldigungsstätte geht. Hierbei muss die Frage gerichtlich geklärt werden, ob das Inventar Gerümpel ist, wie der neue Eigentümer meint, oder einen Wert von über 100 000 Euro besitzt, wie die unbelehrbaren Thälmann-Huldiger behaupten.

Einstweilen fand in Ziegenhals eine Demonstration des „Freundeskreises“ mit 200 Teilnehmern statt. Neben altroten Veteranen engagierte sich dort auch Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei. *Hans Lody*

Forsa: CDU stärkste Partei

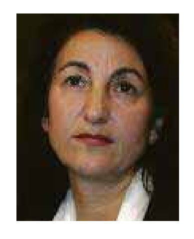
Monatelang verharrte die Berliner CDU in einem Meinungstief bei 20 Prozent. Die Popularität des SPD-Bürgermeisters Klaus Wowereit war trotz zahlreicher Missgriffe und Skandälchen lange nicht zu beeinträchtigen. Nun kann der junge, als konservativ geltenden CDU-Vorsitzende Frank Henkel endlich leichten Aufwind vermelden. Mit 23 Prozent Stimmenanteil wäre die CDU laut einer Forsa-Umfrage erstmals seit Jahren im zweiten Monat hintereinander stärkste Partei bei der Sonntagsfrage vor der SPD, die 22 Prozent erreichen würde. 15 Prozent der Hauptstädter wollen laut Forsa der Linkspartei die Stimme geben. Die Postkommunisten sind bei ihrer Klientel offenbar durch das Mittragen einer gezwungenermaßen strikten Finanzpolitik unter Druck geraten. Die Freien Demokraten würden der Untersuchung zufolge zwölf Prozent erreichen, die sonstigen Parteien zusammen neun. *HL*

Zeitzeugen



Hatun Sürücü – Ihr Schicksal löste bundesweit Entsetzen aus und rückte die Themen Zwangsheirat und Ehrenmord in die öffentliche Debatte. Mit 16 Jahren wurde die in Berlin geborene Kurdin mit ihrem Cousin in der Türkei verheiratet. Ein Jahr später flüchtete sie hochschwanger nach Deutschland, zog in ein Wohnheim, legte ihr Kopftuch ab, machte ihren Hauptschulabschluss und begann eine Lehre als Elektorinstallateurin. Doch das war ihrer Familie zu viel. Sie fühlte sich entehrt und drei ihrer Brüder töteten Hatun 2005 durch Schüsse in den Kopf.

Ahmed – Für den ZDF-Beitrag „Opfer der Familienehre" schilderte der 19-Jährige seinen Fall. Da er sich weigerte, die ihm von seinen Eltern vorbestimmte Frau zu heiraten, blieb ihm nur die Flucht. „Da mein Vater der Meinung war, dass die Frauen in Deutschland alle nur schlechte Frauen sind", so der junge Mann im ZDF, „hat er eine aus der Osttürkei geholt, meine eigene Cousine. Und den Cousin hat er auch noch geholt für meine Schwester."



Necla Kelek – Die 1966 in Istanbul geborene und mit ihrer Familie als Kind nach Deutschland ausgewanderte Sozialwissenschaftlerin und Frauenrechtlerin weiß, wovon sie spricht: Ihr Vater verbot ihr die Teilnahme am Schulsport zum Schutze ihrer Jungfräulichkeit und zur Wahrung der Familienehre. Nur mit viel Durchsetzungskraft lehnte sie sich gegen die Vorgaben ihres Elternhauses auf, studierte und ging ihren eigenen Weg. Diese Erfahrungen haben sie zu einer Kämpferin gegen das traditionelle Familienbild in der islamischen Gemeinschaft gemacht. Auch wehrt sie sich gegen die ihrer Meinung nach in Deutschland häufig falsch verstandene Toleranz.



Serap Cileli – „Zwangsverheiratung ist Vergewaltigung auf Lebensdauer" und „Toleranz tötet muslimische Frauen!", diese Zitate stammen von der mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten Schriftstellerin. Im Alter von zehn Jahren wurde sie erstmals zwangsverlobt, mit 15 Jahren zwangsverheiratet. Nach sieben Jahren Ehedrama willigten ihre Eltern in die Scheidung ein, doch verlobten sie sie sofort wieder neu. Cileli blieb nur die Flucht ins Frauenhaus.

Falsche Scheu, die tödlich endet

Behörden versuchen mit »Empfehlungen«, Zwangsehen zu verhindern

Zwangsehen und Ehrenmorde erschüttern die bundesdeutsche Gesellschaft. Doch Rücksicht auf den kulturellen Hintergrund der Opfer und Täter verhindert hartes Durchgreifen.

„Die Ehe darf nur auf Grund der freien und vollen Willenserklärung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden." So heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Persönliche Freiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau sind zudem weitere Werte, auf denen Europa basiert. Zwangsehen und Ehrenmorde passen demgemäß nicht ins Bild, sind aber trotzdem keine Einzelfälle. Erst in den letzten Julitagen gelangte wieder ein Vorfall an die Öffentlichkeit. Einem 26-jährigen Kurden aus Anatolien wurde in Bielefeld der Prozess gemacht, weil er seine 18-jährige Ehefrau erstochen und überfahren hatte. Der Täter hatte nicht akzeptieren wollen, dass seine ihm in der Türkei angetraute, aber in Gütersloh aufgewachsene Cousine sich von ihm scheiden lassen wollte. Sie kam mit ihm und dem neuen Leben in der Türkei nicht zurecht und reiste zurück nach Deutschland. Er folgte ihr illegal, wollte sie zurückholen, doch sie wies ihn ab, er fühlte sich in seiner männlichen Ehre verletzt und stach zu – 20 Mal.

Dass nicht nur Deutschland mit Problemen wie Zwangsehen und Ehrenmorden zu kämpfen hat, verdeutlicht ein EU-Projekt, an dem sich mehrere Länder beteiligt haben. „Aktiv gegen Zwangsheirat" heißt die Empfehlung für Behörden und Schulen, an denen Regierungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen aus London, Wien, Amsterdam, Utrecht, Stockholm, Zug und sogar Istanbul zusammengearbeitet haben.

Schuldzuweisungen werden vermieden

Deutschland litt bislang darunter, dass es keinerlei zentralisiertes Wissen über Ausmaß und Hintergründe von Zwangsehen gab. Hier kann nun im Rahmen des Projektes auf die Erfahrungen der Partnerländer zurückgegriffen werden, die bereits über Umfragen und statistische Erhebungen verfügen.

Dass das Thema als sehr sensibel angesehen wird, verdeutlicht die über 50-seitige Empfehlung. Zwar wird betont, wie wichtig vor allem mehrsprachige Beratungsstellen für betroffene Mädchen und Frauen sind, auch telefonische Hilfe wird angeraten, doch fast ausschließlich wird nur die Opferseite betrachtet. „Ansätze des Empowerment" beispielsweise weist in Behördendenglisch darauf hin, wie wichtig es sei, Frauen Hilfe zur Selbsthilfe zukommen zu lassen. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sei Menschenrecht. Dieses Wissen hatte offenbar auch die junge türkischstämmige Gütersloherin gehabt und deswegen selbstbewusst die Scheidung eingereicht. Doch trotzdem oder vielleicht sogar genau deswegen ist sie jetzt tot.

Fast alles, was die Behörden vorschlagen, wie Infomaterialien zum Thema an den Schulen zu verteilen, Lehrer zu schulen, damit sie Risikofaktoren erkennen und reagieren können, kultursensible Elternarbeit, Arbeit mit Jungen, um traditionelle Rollenbilder abzubauen, Informationskampagne mit Migrantenorganisationen und Aufklärung über gesetzesmäßige Rechte sind gute Absichten. Was jedoch nur am Rande vorkommt, ist die Absicht, Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Dies darf nicht erst geschehen, wenn ein Mord passiert ist. Doch offenbar gibt es hier eine Scheu vor Schuldzuweisungen. Nur sehr knapp wird auf die patriarchalischen Familienstrukturen hingewiesen, ohne näher ins Detail zu gehen, dabei liegt hier das eigentliche Problem. Töchter, aber auch Söhne werden hier unter Druck gesetzt, doch hierzu heißt es nur, man wolle „kulturspezifische, täterbezogene Interventionsstrategien" entwickeln. Dabei gibt es bereits Gesetze, nach denen Menschen, die andere um ihre Freiheit berauben, durchaus bestraft werden können. *Rebecca Bellano*



Plakat von terre des femmes, gesehen an einer Litfaßsäule neben einer Dönerbude: Mit Aktionen wie diesen versuchen Nichtregierungsorganisationen aber auch Staaten gegen Ehrenmorde und Zwangsheiraten vorzugehen.

Bild: *PAZ*

Zwischen Zwang und Zusammenhalt

Sie ist jung, sie ist schön und vor allem ist sie gut ausgebildet – die 22-jährige Siri begeistert ihren potenziellen neuen Arbeitgeber. Freudig nimmt sie den angebotenen Arbeitsplatz an, ist er doch unbefristet, höherwertig und besser bezahlt als ihre jetzige Stelle. Doch wenige Tage später erfolgt die Absage. Nein, ihr Mann und ihre Eltern möchten nicht, dass sie 70 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt arbeitet. Umziehen käme nicht infrage, so die Familie, und dies obwohl ihr Mann beruflich nicht gebunden, sprich arbeitslos ist.

Siri ist Türkin. Zwar ist sie in Deutschland geboren und aufgewachsen, doch obwohl sie 22 Jahre alt ist, bestimmt ihre Familie. Natürlich ist sie mit einem Türken verheiratet und das schon seit zwei Jahren. Inwieweit ihre Ehe aus freien Stücken geschlossen wurde, ist von außen schwer zu beurteilen, denn selbst gut ausgebildete türkischstämmige Frauen und Männer mucken selten auf, wenn ihre Eltern ihnen einen Ehepartner „nahelegen". Widerspruch bedeute, die innerfamiliäre Harmonie zu gefährden. Mancher, der rebellierte, musste erfahren, dass ein Familienurlaub in der Türkei nicht die Harmonie wieder herstellte, sondern nur Vorwand war, um dort zwangsverheiratet zu werden. Diplomatische und konsularische EU-Auslandsvertretungen in der Türkei haben hier bereits mehrfach Hilfe leisten müssen.

Konsulate mussten bereits Hilfe leisten

Deutsche Behörden mahnen „Sensibilität für kulturelle Unterschiede" an, doch wo endet der traditionelle Familienzusammenhalt und beginnt der gesetzeswidrige Zwang? Nimmt Siri nur Rücksicht auf die Wünsche ihrer Familie oder wird sie gezwungen? Derartige Fragen muss sich auch die „Mehrheitsgesellschaft", wie es auf Behördendeutsch so schön heißt, offen stellen. *Bel*

Grundgesetz oder Scharia

Religionsfreiheit gibt Freiraum – Islamisches Recht sickert ein

London, Bradford, Birmingham, Coventry und Manchester haben bereits muslimische Schiedsgerichte, die sich auf die Scharia berufen, weitere Städte sollen folgen. Wie die „Times" Ende Juli berichtete, würden sogar in fünf Prozent der Fälle nicht-muslimische Personen die Scharia-Gerichte aufsuchen, da dort auch mündliche Absprachen berücksichtigt werden, was britische Gerichte nicht täten. Die „Daily Mail" meldete am 28. Juli, dass es nun „endlich" Kopftücher für weibliche Polizisten passend zur Uniform gebe. Bisher gab es immer Probleme, wenn Polizistinnen in ihrem Dienst Moscheen betreten mussten. „Ich beachte und respektiere die kulturellen und religiösen Praktiken in unserer Gesellschaft", wurde die Polizistin Jackie Roberts zitiert, die stolz ihr neues 13 Pfund teures Kopftuch präsentierte.

Meldungen wie diese aus Großbritannien würden in Deutschland zu einem Sturm der Entrüstung führen. Die Engländer pflegen auch aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit einen etwas anderen Umgang mit ihren Zuwanderern, was nicht bedeutet, dass bestimmte Entwicklungen nicht auch bei den Briten Überfremdungsängste entfachen.

Jene Ängste sind auch bei den Deutschen vorhanden, auch wenn der Anteil von Personen mit ausländischem Hintergrund an der Gesamtbevölkerung geringer ist. Dass hierzulande Muslime Tiere schächten oder Eltern aus religiösen Motiven ihre Töchter vom Schwimmunterricht oder Klassenfahrten fernhalten dürfen, sorgt für Unverständnis. Extremfälle, in denen ein Einwanderer, der nach islamischem Recht mehrere Ehefrauen hat, diese beispielsweise laut deutschem Sozialgesetzbuch bei den Rentenanwartschaften auch anerkennt bekommt, führen zu Unmut.

Familienehre wichtiger als Selbstbestimmung

Auch wenn in Deutschland das islamische Recht, die Scharia, natürlich nicht gilt, so können Muslime im Rahmen der im Grundgesetz verankerten Religionsfreiheit vieles gestalten. Da beruhigt es die deutsche Mehrheit nicht, dass fundamentale Werte wie Achtung der Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatsprinzip und Sozialstaatsprinzip mit Ewigkeitsgarantie im Grundgesetz verankert sind. Manche muslimische Traditionen sind aus deutscher Sicht inakzeptabel, verstoßen sogar gegen westliche Werte, werden aber mit Hinweis auf Religionsfreiheit toleriert.

Vor allem die Art und Weise, wie muslimische Eltern über das Wohl und Wehe ihrer sogar schon volljährigen Kinder verfügen, widerspricht der im Grundgesetz im Artikel 2 Absatz 1 zugesicherten freien Entfaltung der Persönlichkeit. Das mit dem westlichen Humanismus historisch gewachsene allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Recht auf Selbstbestimmung sind dem patriarchalischen Familienverständnis der Muslime fremd. Zwangsehen sind hier nur ein Extrem. Die Motive der Eltern hierfür sind laut der EU-Empfehlung die Verhinderung einer unerwünschten Beziehung des Kindes, Kontrolle über dessen Sexualität, der Wunsch nach wirtschaftlicher Absicherung des Nachwuchses, familiäre Verpflichtungen, Stärkung der Familienbindungen sowie „Familienehre" und „Tradition". *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3642**

Zwischen Pannen und Verzweiflung

Der SPD will im Wahlkampf nichts gelingen – Eingeklemmt zwischen Linkspartei und halblinker CDU

Mit einer außergewöhnlichen Pechsträhne hat der Wahlkampf der SPD begonnen, nun sind die Umfragen niederschmetternd. Dennoch ist bislang öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen an Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier ausgeblieben.

Frank Walter Steinmeier ist derzeit nicht zu beneiden. Die meisten Umfragen sehen eine absolute Mehrheit für Schwarz-Gelb. In der „K-Frage" steigert Kanzlerin Merkel ihre Traumwerte noch einmal um drei Punkte auf 62 Prozent, Steinmeier ist in seinem Sinkflug bei 25 Prozent angelangt.

Das sind alarmierende Zahlen für die SPD, die eine Aufholjagd wie 2005 als Wunschtraum erscheinen lassen. Beschwörende Appelle in diese Richtung von Parteichef Müntefering und Kandidat Steinmeier wirken wie Selbsthypnose.

Nun ist Mitleid bei Wählern und Medien keine Haltung, über die sich ein Kanzlerkandidat freuen kann. Die CDU und ihre Kanzlerin strafen Steinmeier und seine unbeholfene Kampagne mit Missachtung und regieren einfach weiter, fast so, als gäbe es in sieben Wochen gar keine Wahl.

Die Probleme des SPD-Wahlkampfes sind vielfältig. Die sichtbare Malaise des Kandidaten ist vor allem eine Konsequenz aus dem Zustand der Partei und äußeren Umständen, so dass bisher auch kaum Kritik am Kandidaten aus den eigenen Reihen zu vernehmen war – ungewöhnlich für die deutsche Sozialdemokratie.

Da ist zum einen die übermächtige Kanzlerin, gegen die es schwer ist, Stimmung und Wahlkampf zu machen. Ihre Umfragewerte werden immer besser. Die Deutschen mögen sie, vielleicht nicht einmal trotz, sondern sogar wegen ihres inhaltlich so schwachen Profils. In diesem mangels echter Alternativen recht nichtssagenden Wahlkampf findet die Personalisierung gerade dort statt, wo sie der SPD schadet: in der „K-Frage". Da ist das Image-Dilemma der Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten, der zwar gelegentlich vor Arbeitern den hemdsärmeligen „Krawall-Schröder" imitiert wie bei seinem Auftritt vor der Opel-Belegschaft. Doch kaufen das dem braven Beamten nur wenige ab.

Nun hat die Bundeskanzlerin in ihrem Leben auch nicht viel früher parteipolitischen Stallgeruch angenommen als Steinmeier. Doch sie beherrscht die Klaviatur der Macht und den Apparat der Partei perfekt, während Steinmeier immer noch einen Parteivorsitzenden neben oder über sich weiß – das alte Dilemma der SPD. Und Steinmeier unterlaufen zudem handwerkliche Fehler, wenn er etwa Ulla Schmidt aus seinem Kompetenzteam fernhält, bis „die Vorwürfe geklärt" sind, statt beispielsweise nur von „offenen Fragen" zu sprechen. So hat er die für ihn überaus ärgerliche Affäre selber „größergeredet".

Während Merkel die Pflege des Beziehungsgeflechts in die Partei hinein bei ihrem Entdecker Helmut Kohl in Vollendung studieren durfte, konnte Steinmeier bei seinem Mentor Schröder eher die Kunst der auf die eigene Person zugeschnittenen Selbstdarstellung lernen. Und das reicht nicht aus, wenn die im Wahlkampf darzustellende Person als Typ nicht wirklich authentisch wirkt.

Wem nützen die drei Landtagswahlen am 30. August?

Doch der Kanzlerkandidat wirkt allzu oft wie ein wandelnder Aktenordner auf zwei Beinen, weswegen die Übertragung des Schröderschen Erfolgsrezeptes auf Steinmeier einfach nicht funktionieren will.

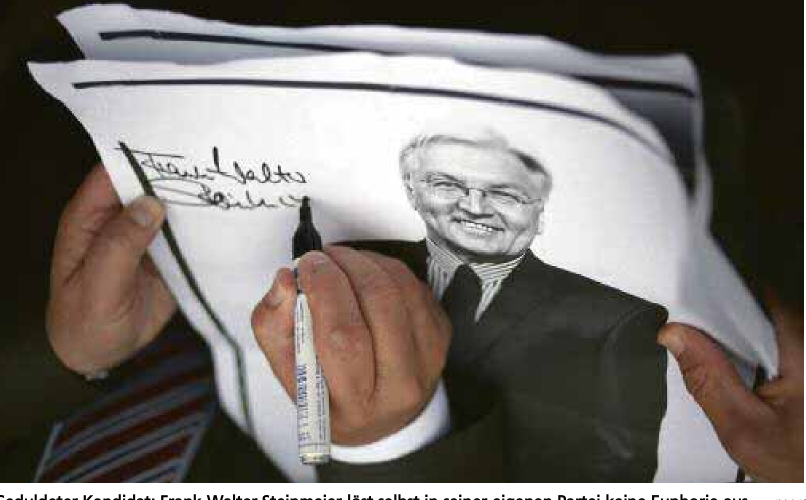
Nun darf die Malaise des SPD-Wahlkampfes aber auch nicht allein dem Kandidaten angekreidet werden. Steinmeier kandidiert für eine Partei, die mehrere Flügel hat und einen deutlichen Hang zur Selbstzerfleischung.

Der linke und der pragmatische Parteiflügel (die „Seeheimer") beäugen einander misstrauisch bis feindselig. Die Aussagen aus dem anderen Parteilager werden seismographisch genau wahrgenommen, oft genauer als die Thesen der Gegner. Wahlkampfmanager Kajo Wasserhövel und Generalsekretär Hubertus Heil sind sich in herzlicher Abneigung verbunden. An der Parteispitze ergänzen sich ein alternder Parteichef im dritten Frühling sowie ein Kandidat ohne Charisma und politischen Instinkt zu einem für die SPD im Herbst wohl letalen Führungsduo.

Daran kann auch das jüngst vorgestellte „Schattenkabinett" nichts ändern. Diese Ansammlung an Oldies und Nobodies erntete selbst in der Sozialdemokratie wohlgesonnenen Blättern ein verheerendes Echo. Um bei der Bundestagswahl überhaupt noch Chancen zu haben, müsste die SPD massiv Wähler mobilisieren. Doch das wird mit diesem SPD-Wahlkampfteam nicht klappen: Harald ... wer? Karin ... wer? Dagmar ... wer? „Who is who?" in der SPD fragen hier selbst Insider der Berliner Szene. Das „Schattenkabinett", das die SPD sicherheitshalber gar nicht erst so nannte, spiegelt auch in der Einschätzung SPD-naher Medien den Zustand der Partei wider. Welche Kriterien diesem „Casting" zugrundelagen, erschließt sich nicht so schnell. Mit dieser Mannschaft jedenfalls, so der Tenor, wird Steinmeier die Festung Merkel kaum sturmreif schießen können.

Die SPD hinterlässt nach elf Jahren an der Macht aber nicht nur den Eindruck einer personell ausgelaugten Truppe. Die Partei ist strategisch eingeklemmt zwischen der von einem früheren SPD-Chef geführten „Linken" und einer CDU, die mit populärerem Personal faktisch sozialdemokratische Politik macht.

Eine tückische Klippe muss allerdings auch der so glatt laufende Wahlkampf der CDU vor dem 27. September noch umschiffen: Am 30. August sind drei Landtagswahlen mit äußerst unsicherem Ausgang im Saarland, in Sachsen und Thüringen, die ein erhebliches Risiko für die Kanzlerin bergen. Sollte die CDU-Regierung von Peter Müller im Saarland fallen und die Partei in den Freistaaten Mitteldeutschlands einbrechen und sich dort rot-rote Mehrheiten anbahnen, dann könnte die Kanzlerin Probleme bekommen. Sicher kann die SPD aber auch darauf nicht zählen: Möglich ist auch, dass sie dort zwar (zusammen mit der Linken) passabel abschneidet, aber dann eine scharfe Diskussion über ihr Verhältnis zur Linkspartei auf Bundesebene am Hals hat. *Jürgen Henkel*



Geduldeter Kandidat: Frank-Walter Steinmeier löst selbst in seiner eigenen Partei keine Euphorie aus. Bild: laif

MELDUNGEN

Steuerzahler: ein Leben lang

Stuttgart – „Steuerzahler ist man inzwischen ein Leben lang – auch im Seniorenalter." Diese nüchterne Feststellung stammt von Reiner Holznagel, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler. Weniger sachlich reagierten viele andere Verbände auf die Nachricht, die Finanzämter wollten ab 1. Oktober Rentner auf ihre seit 2005 geltende Steuerpflicht überprüfen und eventuell Nachzahlungen einfordern. Zahlen müssen bereits Rentner mit durchschnittlichen Einkünften. Die Schwelle, ab der eine Rente steuerpflichtig wird, ist für einen alleinstehenden Neurentner seit 2005 von 1441 auf 1289 Euro gesunken, im kommenden Jahr liegt sie nur noch bei 1276 Euro. Eine Steuererklärung wird also für immer mehr Senioren zur Pflicht, wollen sie nicht als Steuersünder erwischt werden. *Bel*

Hausarrest statt Haft?

Stuttgart – Die beschlossene Einführung der elektronischen Fußfessel in Baden-Württemberg stößt auf Kritik. Die SPD warf der schwarz-gelben Landesregierung vor, es gehe ihr nicht um Vermeidung von Kriminalität, sondern um die weitere Privatisierung des Justizvollzugs. Und auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sträubt sich gegen die Pläne, den Strafvollzug bis zum Ende des Jahres um diese neue Methode zu erweitern. Der Strafvollzug sei insgesamt eine staatliche Aufgabe mit dem Ziel der Resozialisierung, so die GdP. Bei dem vier Jahre angelegten Pilotversuch, an dem 75 Gefangene teilnehmen sollen, werden private Unternehmen die Betroffenen technisch und persönlich kontrollieren. Nach den Plänen müsse der Gefangene eine Wohnung sowie einen Telefonanschluss haben und mindestens 20 Stunden in der Woche einer Beschäftigung nachgehen. *Bel*

Russki-Deutsch (29):

Sarafan

Von Wolf Oschlies

Wetten dass – neun von zehn Deutschen den Ausdruck „roter Sarafan" schon einmal gehört haben und ihn als russisch einordnen können. So heißt ein Lied, das Nikolaj Ziganow (Text) und Aleksander Warlamov (Melodie) vor fast 200 Jahren schufen und das seither weltweit eines der bekanntesten russischen Lieder ist. Der elegische Text ist ein Dialog zwischen Mutter und Tochter über Lust und Leid des Frauenlebens, die sich im prachtvollen Kleidungsstück eines Sarafan versinnbildlichen.

Prachtvoll war der (sprachlich türkisch-persische) „Sarafan" immer, weiblich ist er erst seit neuerer Zeit. Im Altrussischen bezeichnete er ein Festgewand für Männer, in der Form wie ein „Kaftan", nur eben aufwendiger und glanzvoller. Der Sarafan besteht aus einem Hemd, das an Ärmeln und Ausschnitt prachtvoll verziert war, und einem Oberkleid, welches bei Männern als Prachttalar ausfiel: Gewissermaßen altrömische Tunica und Toga in russisch-ornamentaler Farbenpracht.

Erotischen Pfiff brachten die Frauen ein, als sie um 1800 den Sarafan eroberten und ihn so trugen, dass er weibliche Rundungen betonte. Das Geheimnis war der Gurt, der unter den Brüsten angelegt wurde und die wallende Kleidung bildhauerisch anordnete: Bildschöne Büste auf aufstrebendem Sockel. Wer meint, so etwas könne nicht sexy aussehen, hätte 2007 in Denver beim „Festival Russian Sarafan" dabei sein müssen: Russinnen sind meist keine umwerfenden Schönheiten, wissen aber, sich zurecht zu machen – am besten mit einem Sarafan!

Und zwar unabhängig von der Jahreszeit. Nicht einmal ein russischer Winter konnte früher Sarafan-Charme vertreiben. Die leichteren Sommerversionen wurden gegen schicke Pelz- und Brokatkreationen ausgewechselt, die so warm wirkten, dass sie von Russen „duschegrejka" (Seelenwärmer) genannt wurden.

Sowjet-Ärmlichkeit und postsowjetisches Neurussentum haben die Sarafanpracht fast versiegen lassen, aber die Wende zeichnet sich ab. Russische Modedesigner haben ihn wieder entdeckt, von überflüssigem Schnickschnack befreit – unterschiedliche Stilisierung für junge oder alte, ledige oder verheiratete Frauen – und so ein sehr russisches, geschmackvolles Kleidungsstück kreiert.

Das neue Arznei-Kartell

Neue Verordnung zu Ersatzmedikamenten: Druck auf Ärzte und Apotheker durch die Kassen

Patienten gesetzlicher Krankenkassen könnten jetzt mit Billig-Arzneimitteln abgespeist werden. Die Meldung machte jüngst Schlagzeilen, bedeutet sie doch nichts anderes als eine weitere Verschärfung bei der Verordnung von Ersatzmedikamenten, sogenannten Generika. Die gibt es zwar schon lange, doch wenn es nach dem Willen mancher gesetzlicher Krankenkasse geht, können nun offenbar auch Medikamente über den Apothekentisch gehen, deren Beipackzettel für den Kunden völlig unbrauchbar ist. Der benötigte und verordnete Wirkstoff ist zwar enthalten, im konkreten Fall aber für eine ganz andere Anwendung vorgesehen. Manchmal besteht nicht einmal eine Zulassung für die beabsichtigte Nutzung. „Wirkstoffgleiche Medikamente sind austauschbar", hält beispielsweise die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) dagegen. Ihren zirka 25 Millionen Versicherten gehören viele ältere Patienten an. Die verursachen statistisch höhere Kosten. Die 15 selbständigen Ortskrankenkassen kämpfen somit auch nach Einführung des neuen Gesundheitsfonds, eigentlich als Kostenausgleich zwischen den Kassen gedacht, an vorderster Sparfront im Gesundheitswesen. „In Einzelfällen kann das zutreffen – alle Wirkstoffe müssen wie vom Arzt verordnet enthalten sein", sagen AOK-Sprecher zu den Vorwürfen. Ziel sei es, „zu Einsparungen zu kommen, wo das Sinn macht". Das Mittel dazu bilden Arzneimittel-Rabattverträge. Mit diesen Verträgen bestimmen gesetzliche Krankenversicherungen und Pharmaunternehmen über die exklusive Versorgung der Patienten mit bestimmten Medikamenten des jeweiligen Herstellers – oft über Jahre. Seit 2003 gibt es solche Belieferungsverträge. Die Folge: Ärzte sind nicht mehr die Herren darüber, welches Produkt genau der Patient erhält – das regelt letztlich der Apotheker. Den Ärzten ist das oft recht – weniger Streitpotenzial mit den Kassen. Denn wer als Arzt teure Medikamente beziehungsweise nur in teuren enthaltene Wirkstoffe verordnet, bekommt Druck von den Kassen. Der schwarze Spar-Peter liegt nun bei den Apothekern. Sie ordnen nämlich dem ärztlich verschriebenen Wirkstoff entsprechend Kassenverträgen das konkrete Medikament zu. Seither klagen sie trotz steigender Umsätze über immer weniger Einnahmen.

Hauptsache, der Wirkstoff stimmt

Es gehe auch um das Geld der Versicherten, so die AOK, das man in deren eigenem Interesse sorgsam verwalte. 500 Millionen Euro will allein die AOK durch die Rabattverträge einsparen.

Zulassung für Nutzung nicht notwendig

Vorwürfe erheben unter anderem Pharmakonzerne, die bei den Rabattverträgen leer ausgingen. Auch der eine oder andere Kassenpatient dürfte bereits den jeztigen Sparkurs schon mitbekommen haben. Im Zweifelsfall erhält er nicht das teurere und vielleicht besser verträgliche Medikament, sondern das kostengünstigste. Trotzdem könnten Ärzte ausdrücklich bestimmte Medikamente verordnen, wenn das medizinisch begründet sei, sagt die AOK.

Eben da liegt das Problem, denn bei den Rabattverträgen geht es nicht nur um die Zukunft kostspieliger Präparate. Von der neuen Regelung sind unerwünschte Nebenwirkungen zu erwarten. Dass Ärzte seitens der Kassen unter Rechtfertigungsdruck geraten, wenn sie weiter Teures verordnen, kritisieren Ärzteverbände. Auch Patientenvereinigungen protestieren. Die Neuregelung sei „eine weitere Entmündigung der Patienten und Ärzte", so der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, Arnim Candidus. Bei der AOK will man zudem nicht beziffern, wie groß das Ausmaß der Verordnungen von derzeit kritisierter „Billig-Arznei" ist. Von der aktuellen Regelung der Rabattverträge seien 63 neue Wirkstoffe tangiert. Eine ganze Reihe von Krankheitsfeldern sei betroffen, „darunter auch die häufigsten Krankheiten", so ein AOK-Sprecher. Auch chronisch Kranke könnte das Sparkorsett so einzwängen. Ob der Patient tatsächlich noch weiß, wie er das möglicherweise für seine Krankheit nicht zugelassene Medikament anwenden soll, bleibt zudem offen. Der Deutsche Generikaverband klagt, die aktuelle Praxis der Rabattverträge schaffe neue Kartelle: Kleine und mittelständische Arzneiproduzenten wären chancenlos, echter Wettbewerb gar nicht erwünscht. Die gesetzlichen Kassen müssen also noch einiges tun, damit der Patient nicht als schwächstes Glied in der immer komplizierteren Versorgungskette zurückbleibt. *Sverre Gutschmidt*

MELDUNGEN

Moschee feuerte Attentäter an

Islamabad – Bei Auseinandersetzungen mit Muslimen in Pakistan sollen mehrere Christen in ihren Häusern verbrannt sein. Das berichtet die Zeitung „Pakistan Christian Post“. Angeblich soll ein Teenager die Muslime beleidigt haben, indem er Seiten aus dem Koran herausgerissen und angezündet habe. Obwohl christliche und muslimische Dorfälteste darauf hinwiesen, dass die Anschuldigungen erfunden seien, versammelten sich Muslime bei den Häusern der Christen, um „den Ungläubigen eine Lektion“ zu erteilen. Dabei wurden die Muslime von den Moscheen per Lautsprecher angestachelt. Mit dem Ruf „Allah ist größer“ habe man dann die Häuser der Christen angezündet. *idea*

Hochzeit posthum

Paris – Eine Französin durfte mit Genehmigung von Präsident Nicolas Sarkozy ihren im Afghanistan-Einsatz gefallenen Verlobten heiraten. Die 20-Jährige setzte sich gegen den Willen der Eltern des Verstorbenen durch, um den Nachnamen des Mannes zu tragen, mit dem sie ihr Leben hatte teilen wollen. Sarkozy hatte bereits im April einer Mutter von zwei Kindern die posthume Eheschließung mit ihrem gefallenen Partner erlaubt. *Bel*

Zu dick zum Kämpfen

London – Die britischen Streitkräfte haben ein Problem mit dem Übergewicht ihrer Soldaten. Laut einem im „Oberserver“ veröffentlichten Schreiben gefährden mangelnde Fitness und unnötige Pfunde die Auslandseinsätze. Zwar sind in der Armee Gesundheitstrainings vorgesehen, nur werden diese bisher kaum umgesetzt. *Bel*

Prekäre Partnerschaft

Das Verhältnis zwischen den USA und China schwankt zwischen Rivalität und Partnerschaft

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind die USA und die Volksrepublik China die beiden mächtigsten Staaten der Welt. Ihr kompliziertes Verhältnis hat sich zuletzt wieder verbessert, denn die beiden Supermächte hängen wirtschaftlich voneinander ab. In mehreren internationalen Konflikten liegen die Interessen aber auch weit auseinander.

Seit dem ersten Besuch des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon in China vor 37 Jahren und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1979 hat das amerikanisch-chinesische Verhältnis Höhen und Tiefen erlebt. Zur Zeit findet wieder ein Höhenflug statt. In der Begrüßung der chinesischen Delegation, die zum „Strategischen und Wirtschaftlichen Dialog“ nach Washington D.C. gereist war, erklärte US-Präsident Barack Obama: „Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China werden das 21. Jahrhundert prägen, deshalb ist diese Beziehung so wichtig wie keine andere bilaterale Beziehung auf der Welt.“

Damit hat Barack Obama China auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten gebracht, was Russland immer wieder versucht, aber nicht mehr schaffen wird. China hat sich diese „Beförderung“ erkauft – mit Krediten in Höhe von rund 572 Milliarden Euro. Damit hilft China den Vereinigten Staaten, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise besser und schneller zu überstehen. Das geschieht nicht uneigennützig. Der Zusammenbruch des amerikanischen Marktes hat die chinesische Exportindustrie schwer getroffen. Über 20 Millionen Wanderarbeiter wurden in den Industriezentren freigesetzt und – zum Teil – ohne Gehalt oder Abfindung auf das Land zurückgeschickt, wo es für sie kaum Beschäftigung und Lohn gibt.

So ist das typische Verhältnis von Schuldner und Gläubiger entstanden. Vor 30 oder 40 Jahren wäre eine solche Rettungsaktion nicht möglich gewesen. Da hätte China die Chance genutzt, einen wichtigen Rivalen klein zu machen.

Doch die gegenseitige Abhängigkeit China/USA schafft einen Korridor gemeinsamer Interessen. Die mittelfristige Zukunft der USA und die kurzfristige des Präsidenten hängen von einer baldigen Überwindung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise ab. Dazu kommt noch die US-Gesundheitsreform. Hinter diesen innenpolitischen Herausforderungen müssen die außenpolitischen Herausforderungen zurückstehen, obwohl die Zeit drängt. Hier stößt die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit an deutliche Grenzen – Beispiel Iran.

Hier kämpfen die USA um schärfere UN-Sanktionen gegen den Nuklearwaffen anstrebenden Iran. Im Sicherheitsrat verweigert China seine Zustimmung, da der Iran eine wichtige Rolle in der Energieversorgung des Landes spielt und verstärkt spielen wird.

Ein weiteres Beispiel ist Nordkorea. China ist verärgert über das nordkoreanische Spiel mit dem Feuer. Es kann oder will jedoch offensichtlich nicht härter gegen das von ihm abhängige Land vorgehen. Peking fürchtet bei einem Regimewechsel in Pjöngjang der Verlierer zu werden, da eine Wiedervereinigung Koreas mit der Dominanz von Südkorea möglich werden könnte:

USA besorgt über Aufrüstung Chinas

Südkorea steht den Rivalen Chinas, darunter den USA und Japan, näher.

In Zentralasien, im Raum zwischen dem Persischen Golf und dem Kaspischen Meer sowie in Afrika kämpfen die USA und China um den Zugang zu Öl und Gas. Die USA schauen besorgt auf die militärische Aufrüstung Chinas – besonders der maritimen. Welche Ziele verfolgt Peking damit? Geht es „nur“ um die Absicherung der strategisch wichtigen Versorgungslinien von Afrika und Zentralasien nach China?

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Indien und Japan etwas nervös werden, wenn sie die Annäherung zwischen dem übergroßen Nachbarn China und den USA betrachten. Es war die Aufgabe der Außenministerin Hillary Clinton bei der jüngsten Konferenz der Asean-Staaten, die asiatischen Partner zu beruhigen und deutlich zu machen, dass die USA eine pazifisch-asiatische Macht und ein verlässlicher Sicherheitspartner bleiben. Das gilt besonders für Indien, das mit dem vorherigen US-Präsidenten George W. Bush gegen internen Widerstand eine enge Sicherheitspartnerschaft auf- und ausgebaut hat. Indien wird in den nächsten Jahren zu den Weltmächten USA und China aufschließen – auf Augenhöhe. Das wird die Position der USA im asiatisch-pazifischen Raum stärken, kaum zur Freude von China.

Es gibt jedoch auch gemeinsame Sicherheitsinteressen zwischen den USA und China bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus – einschließlich der Bekämpfung von Piraten im Indischen Ozean. Hier muss Barack Obama eine dicke Kröte schlucken – die Behandlung der Uiguren in der westlichen Provinz durch Chinas Polizei und Militär. Auf diese menschenrechtswidrige Behandlung wollte Obama in seiner Begrüßungsrede ebenso wenig eingehen wie auf die Unterdrückung der Medien und des privaten Internets in China. Er wollte den für die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung der USA wichtigen Dialog nicht mit dieser Thematik belasten.

Das Verhältnis von China und den USA wird aber auch sonst Belastungen ausgesetzt werden. Eine strategische Partnerschaft, die auf gleichen Wertvorstellungen, gleichen Prinzipien und identischen weltpolitischen Zielsetzungen beruht, kann es zwischen dem demokratischen Amerika und der Parteiendiktatur China nicht geben. Die beiden Großmächte werden weltpolitische Rivalen bleiben und Partner in den Bereichen werden können, in denen sich ihre Interessen überlappen. Die Realpolitik, die derzeit zwischen ihnen betrieben wird, trägt zur Stabilisierung bei, ohne allerdings die beiden schwierigsten Konfliktherde Iran und Nordkorea zu mildern oder zu entschärfen.

Im Konzert der großen Drei im 21. Jahrhundert – China, Indien und USA – werden Europa, sowie Russland, Brasilien, Mexiko, Indonesien und Südafrika als die wichtigsten Schwellenländer nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Sie sollten um Mitsprache in G 13 plus kämpfen und dieses Forum effizienter gestalten. *Dieter Farwick*

Der Autor ist Brigadegeneral a. D. und Chefredakteur des Internetjournals www.worldsecurity-network.com. Er war Direktor des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr und ist Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.



Voneinander abhängig: Hu Jintao und Barack Obama sind zur Zusammenarbeit verdammt. Bild: pa

Ende des Linksrucks?

Lateinamerikas Sozialisten droht eine Serie von Wahldebakeln

Die USA erhöhen weiter den Druck auf die Übergangsregierung von Honduras. Vier Repräsentanten des mittelamerikanischen Landes, darunter dem Obersten Richter und dem Parlamentspräsidenten, wurde die Einreise verboten. Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos forderte die übrigen EU-Regierungen nun auf, den Druck auf die honduranische Führung ebenfalls zu verschärfen. Die Europäer haben bereits sämtliche Entwicklungshilfe gestoppt.

Das Oberste Gericht, die Regierung und das Parlament von Honduras hatten Staatspräsident Manuel Zelaya abgesetzt, weil dieser eine zweite Amtszeit anstrebte, was nach der Verfassung des Landes strikt verboten ist, um die Wiedererrichtung einer Diktatur zu vermeiden. Zelaya wird vor allem von Venezuelas Machthaber Hugo Chávez unterstützt, der sein Land Schritt für Schritt in eine sozialistische Diktatur verwandelt.

Daher kommt dem Faktum besondere Bedeutung zu, dass Spaniens Chefdiplomat Moratinos seine Aufforderung, noch härter gegen Honduras vorzugehen, ausgerechnet in Venezuelas Kapitale Caracas ausrief. Mit Chávez hingegen strebe das sozialistisch regierte Spanien eine „solide strategische Partnerschaft“ an, versprach Moratinos dem erfreuten venezolanischen Präsidenten.

Für Chávez ist diese Aufwertung gerade jetzt wichtig. Immer neue Funde belegen offenbar, dass Caracas entgegen seiner Beteuerungen die kolumbianischen „Farc“-Terroristen massiv unterstützt. So haben kolumbianische Sicherheitskräfte Waffen aus venezolanischen Beständen bei den Terroristen sichergestellt. Zudem gelangten sie an Unterlagen, die

USA, EU und Chávez in Einheitsfront gegen Honduras

angeblich belegen, dass selbst höchste militärische Kreise in Caracas der marxistischen Terrorbande, die tief in Drogenhandel, Mord, Menschenraub und Schutzgelderpressung verwickelt ist, aktiv unter die Arme greifen.

Die Heftigkeit, mit der Venezuela und andere Linksregime auf Honduras einprügeln, führen Beobachter unter anderem darauf zurück, dass das kleine Land ein Fanal für das Ende des Linksrucks in Lateinamerika gesetzt haben könnte. Vor rund fünf Jahren noch fiel eine Regierung nach der anderen in die Hände mehr oder minder linker Parteien. Nun kündigt sich eine Wende an.

Ob in Uruguay, wo im Oktober gewählt wird, ob in Chile (Wahltermin Dezember) oder Brasilien (Wahl nächstes Jahr): Überall werden den konservativen Oppositionskandidaten weit bessere Chancen vorhergesagt als den linken Amtsinhabern. In Paraguay muss der linksgerichtete Präsident Fernando Lugo um sein Amt fürchten, nachdem bekannt wurde, dass er, als er noch katholischer Bischof war, einen Sohn und vielleicht noch mehr Kinder gezeugt hat. In Argentinien erlitt die Linkspräsidentin Cristina Fernández Kirchner erst jüngst eine herbe Schlappe bei den Parlamentswahlen. In den beiden einzigen, bei konservativen Präsidenten verbliebenen südamerikanischen Ländern, Peru und Kolumbien, deutet unterdessen nichts auf Wendestimmung hin.

Als Verursacher des neuen Trends gilt ironischerweise Chávez. Sein brachiales Machtstreben, bei dem er demokratische Regierungen nur respektiert, wenn sie ihm nutzen, habe die Menschen abgeschreckt, heißt es unter Experten. In Peru etwa habe sich ein schwacher konservativer Präsident nur halten können, weil der linke Herausforderer offen mit Chávez kooperiert. *H. Heckel*

Neues Piratennest

Westafrika: Gangsterbanden terrorisieren die boomende Ölregion

Während sich die Weltgemeinschaft auf die Piratenseuche vor der somalischen Küste eingeschossen hat, ist ein zweites, nicht minder gefährliches Nest von Freibeutern und Kidnappern entstanden und zwar in der Bucht von Guinea, Nigeria und dem Nigerdelta (Bonny-Beach) sowie an den Küsten des Kongo bis hinunter nach Gabun.

Speziell Nigeria mit seinen reichen Ölvorkommen ist trotz einer Armee von über 70 000 Mann auf dem „somalischen“ Weg zu einem fast rechtsfreien Raum, in dem Aufständische, Untergrundorganisationen, Jugendbanden und Geheimbünde das Sagen haben und wo Entführungen (2006 über 100 Geiseln), Öldiebstahl, Kämpfe zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden an der Tagesordnung sind. In der ersten Hälfte 2009 wurden in den Seegebieten rund 40 Attacken auf Schiffe verübt, berichtet die Piracy-Agentur in Kuala Lumpur, Tendenz steigend.

Entführungen haben sich als eine Art „Volkssport“ zur Finanzierung aggressiver Ziele entwickelt. In der Regel kommen die Geiseln nach Zahlung eines Lösegeldes frei. Besonders Angestellte der Firma Shell, die die Ölexploration dominiert, sind betroffen. Kriminelle Banden zapfen zudem in großem Stil Ölleitungen an und verkaufen das Öl auf dem Schwarzmarkt. Rund ein Viertel der Fördermenge verschwinden in diesen mysteriösen Kanälen. Phantasievolle Namen haben sich die Banden gegeben: Die Egbesu-Boys, die Iduwini Volunteer Front, die Niger Delta People's Volunteer Force, das South-South Liberation Movement, die Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas, die muslimischen Hisbah-Gruppen, der

Trotz aller Ölfunde: Die Korruption hält Nigeria arm

O'odua Peoples Congress, die Bakassi Boys, die Biafra-Bewegung und zahlreiche andere Pseudorevoluzzer machen eine geordnete Ökonomie nahezu unmöglich.

Dennoch haben sich die ausländische Investitionen von 2006 auf 2007 versiebenfacht. Der NSE Börsenindex war 2007 der siebterfolgreichste der Welt, die nigerianische Guaranty Trust Bank schaffte es als erstes Geldinstitut aus Schwarzafrika, an der Londoner und Frankfurter Börse notiert zu werden. Der Grund: Ein 1970 entdeckter Ölreichtum weckt die Begehrlichkeiten westlicher Industriestaaten, allen voran jene der USA. Auch China mit seiner permanenten Rohstoffknappheit engagiert sich und hat beispielsweise das Eisenbahnwesen (3500 Kilometer Schienenwege) modernisiert, zudem für das Land einen Kommunikationssatelliten in den Orbit geschossen. Nigeria mit seinen 8575 Kilometer Wasserwegen, fünf großen Seehäfen, Stationen der Shell auf der Bonny-Insel und von Exxon Mobil am Qua-Iboe-Fluss, 22 Flughäfen und mit 60 000 Kilometern asphaltierten Straßen hat mit die beste Verkehrsinfrastruktur in Schwarzafrika, leidet aber unter den Problemen eines unzuverlässigen Stromnetzes und einer in ländlichen Gebieten unzulänglichen Wasserversorgung. Dennoch, die Chancen zu weiterer Prosperität sind günstig, wenn es gelingt, die auf den Straßen und Wasserwegen herrschende Kriminalität zu besiegen. Die Zeichen dafür stehen allerdings schlecht.

An der einheimischen Bevölkerung geht der Dollarsegen ohnehin so gut wie spurlos vorbei. Schuld daran ist eine überbordende Korruption. Über 35 Prozent des Volkes leben in extremer Armut – und die ist, wie in Somalia, die erste Voraussetzung für die Bildung krimineller Banden und die Piraterie. *Joachim Feyerabend*

Ein Traum für Geheimdienste

Streit um Schutz für EU-Bankkundendaten: Bleibt es beim kaum begrenzten Zugriff für die USA?

Europäische Bankkundendaten lagern seit Jahren in den USA. Diese Auslagerung mag viele Europäer wundern. Was kaum einer von ihnen weiß: Seit den Anschlägen 2001 machen US-Behörden ohne rechtliche Grundlage Gebrauch von den Bank- und Zahlungsinformationen. Ihr Argument: der Kampf gegen den Terror.

Um vor generellen und daher datenschutzrechtlich bedenklichen US-Zugriffen sicher zu sein, will die EU die Daten und deren elektronische Speicher in die Schweiz verlagern. Soweit besteht in Brüssel Konsens. Die Europäer reklamieren ihre Rechte auf ihre Daten. Allerdings soll nun doch irgendwie alles beim Alten bleiben, die USA könnten dann weiter theoretisch jedem EU-Bürger auf den Kontostand blicken. Am 27. Juli beschlossen die Außenminister der EU, von sich aus den USA das Material zu liefern. Deutsche Politiker haben die brisante Datenschutzfrage daher für ihren Wahlkampf entdeckt. Sie machen der EU-Kommission Vorwürfe. Denn die soll nach einstimmigem Beschluss der EU-Außenminister die Verhandlungen mit den Amerikanern führen, mit dem Ziel: Die USA bekommen weiter Zugriff. Die Kommission wiederum sieht sich übergangen. Wer letztlich warum entscheidet und welchen Druck die USA auf Europa ausüben, bleibt den EU-Bürgern weitgehend verborgen.

Die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, kurz Swift, verbindet seit 1973 weltweit Banken, die untereinander per Telekommunikation Geld transferieren. Allein 2005 verschob diese Art Genossenschaft 4,8 Billionen Euro um den Globus. Millionen einzelner Nachrichten versendet Swift täglich. Kunden sind Wertpapierhändler, Börsen, Finanzinstitute und natürlich Banken, somit letztlich jeder Bürger, der Kontodaten für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr preisgibt. Dass es sich beim Bezahlen beispielsweise eines Kleidungsstückes im Ausland um eine Preisgabe eigener Daten handeln kann, ist vielen EU-Bürgern unbekannt. Im Juni 2006 kam das Ausspähen seitens der US-Dienste dank der Zeitung „New York Times“ zum ersten Mal an die Öffentlichkeit.

Der Skandal: Bis dahin werteten die Amerikaner schon Millionen von Datensätzen ohne Wissen der Betroffenen aus.

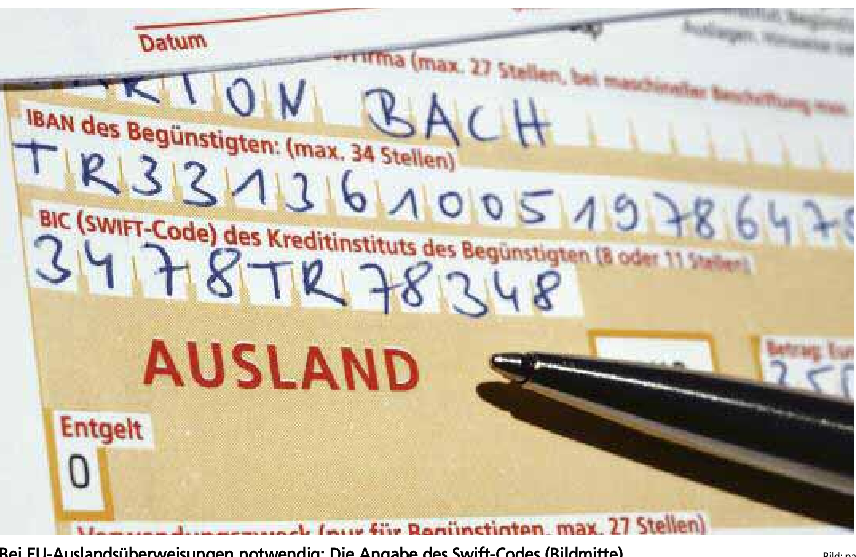
Wie der neue Einblick der US-Behörden jetzt geregelt wird, bleibt Anlass zu vielfältigen Spekulationen. Swift hält sich auffallend zurück: „Wir kennen die Details des Mandates nicht und wissen nicht, wie die Zukunft aussieht“, sagte ein Sprecher des Unternehmens. Mit Mandat ist die Datenweitergabe gemeint – „eine politische Entscheidung“ so die Swift-Dienstleister. Den Umzug in die Schweiz lässt Swift unkommentiert. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hält sich bedeckt. Bereits 2006 erklärte EZB-Chef Jean-Claude Trichet dem EU-Parlament, seine Behörde sei nicht zuständig. Die Beteuerung der US-Dienste, die Daten nur zur Terror-Abwehr zu nutzen, reichte bislang auch dem Swift-Überwachungsausschuss. Ein provisorisches Abkommen erlaubt den USA seit 2007 den Zugriff. Das an sich sei schon verfassungswidrig, klagen jetzt deutsche Datenschützer. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie dieser Vertrag aussehen müsste, damit er verfassungsgemäß wäre“, sagt Thilo Weichert, Jurist und schleswig-holsteinischer Datenschutzbeauftragter. Eine Laufzeit von „ein paar Monaten“ und danach ein endgültiges Abkommen, das ist es, was sich die EU-Kommission derzeit aus den Verhandlungen mit Washington erhofft. Wenn denn der EU-Reformvertrag in Kraft und das EU-Parlament dadurch entsprechend gestärkt ist, soll es zur endgültigen Regelung auch befragt werden, so der Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Justiz, Jaques Barrot (72). Der französische Politiker kündigt gar einen „gegenseitigen Austausch“ an – ein Ablenkungsmanöver. Denn auf Wünsche der Europäer auf gleichberechtigten Zugang zu US-Daten reagierte Washington bisher nicht gerade freigiebig.

> Daten geben Einblick über Handel mit missliebigen Staaten

Laut Barrot solle derzeit mit den Verhandlungen sichergestellt werden, dass Washington seine Untersuchungen in europäischen Daten nicht abbrechen müsse. Mit Anti-Terrorkampf ist so viel Fürsorge kaum zu erklären – mit erheblichem Druck aus Washington hinter den Kulissen schon eher. Dass der Blick auf die Daten auch der US-Wirtschaftsspionage neue Horizonte erschließen kann, liegt auf der Hand. Indizien dafür wollen die zuständigen Stellen in Brüssel bislang nicht entdeckt haben. Möglicherweise sind jedoch nicht so sehr Europäer das Ziel. Washington bietet sich dank Swift die Chance, die eigene US-Wirtschaft zu überwachen. Swift verzeichnet nämlich lückenlos US-Überweisungen an Europäer oder deren Banken. Die wiederum dienen mitunter zur Abwicklung von Geschäften, die Washington seinen Landsleuten nicht erlaubt, Geschäfte mit dem Iran beispielsweise.

Auch Wirtschaftssanktionen der Europäer gegen solche missliebigen Staaten können die USA hinsichtlich ihrer Wirkung dank Swift überwachen. So maßregelten die USA seit 2007 Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Österreich, die Niederlande, Schweden und Großbritannien für die Zusammenarbeit von Firmen dieser Länder mit Staaten, die Amerika zu seinen Gegenspielern zählt. Europäische Bankdaten als bequeme Informations- und Überwachungsquelle will Washington sich nicht ohne Not nehmen lassen. Die EU rechnet, Diplomaten zufolge, mit einem so starken US-Interesse, dass Washington bereit sein werde, Datenschutzbestimmungen zu übernehmen. Ein Rechtsschutz soll gewährt und die Speicherdauer der übernommenen Daten bei den Amerikanern eingeschränkt werden. Unklar bleibt, ob Kunden über diese Zugriffe der USA informiert werden.

Sverre Gutschmidt



Bei EU-Auslandsüberweisungen notwendig: Die Angabe des Swift-Codes (Bildmitte) Bild: pa

MELDUNGEN

Mehr Atomkraft in Südböhmen

Prag – Der tschechische Energieversorger CEZ will das Kernkraftwerk in Temelín bei Budweis um weitere zwei Reaktoren ausbauen. Die grenznahe Anlage ist in Österreich und Bayern höchst umstritten, sie entspricht zwar den Sicherheitsstandards der EU, nicht aber den strengeren deutschen Richtlinien. Kritiker verweisen darauf, dass der deutsche Ausstieg zum Ausbau der Kernkraft in den Nachbarländern beiträgt. Die nuklearen Restrisiken nehmen dadurch sogar zu, weil dort weniger rigide Sicherheitsvorschriften gelten. Österreich, das Atomstrom selbst nicht produziert, importiert aus der Tschechischen Republik Strom ungefähr im Umfang der Leistung eines Atommeilers. *K. B.*

Vor allem ältere Sparer geschädigt

Düsseldorf – Der größte Teil der Anleger, die mit der Pleite der US-Bank Lehman Brothers Geld verloren haben, waren ältere Menschen. Laut einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz haben vor allem ältere Anleger auf die als ertragreich und sicher beworbenen Zertifikate gesetzt. Das Durchschnittsalter der geschädigten Sparer liege bei 60 Jahren, etliche Lehman-Anleger waren älter als 75 Jahre . *Bel*

Selbstbedienung bei Kaupthing

Reykjavik – In Island kursiert ein Bericht, wonach die größten Eigentümer der gestrauchelten Kaupthing Bank zugleich auch deren größte Gläubiger waren. So stand die Investmentgesellschaft Exista, die 20 Prozent der Kaupthing-Aktien hält, bei der Bank mit 1,2 Milliarden Euro in der Kreide. 600 Millionen Euro waren sogar unbesichert. *Bel*

Eurostat schönt Verschuldung

Um die Neuverschuldung der Euro-Länder weniger dramatisch erscheinen zu lassen, als sie ist, manipuliert das Statistische Amt der EU (Eurostat) die Statistik. Offenbar auf Druck Frankreichs werden staatliche Bürgschaften für notleidende Banken künftig nicht mehr der Neuverschuldung hinzugerechnet, heißt es aus Brüssel.

Paris hatte bereits im Kreis der EU-Finanzminister auf eine solche Schönung der Daten gedrungen. Hintergrund ist, dass etliche EU-Mitglieder, darunter auch die vier größten Euro-Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, infolge der Rettungsprogramme für Banken und Wirtschaft über die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Obergrenze der Neuverschuldung von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinausgehen werden.

Das Vorgehen von Eurostat hat heftige Kritik ausgelöst. Es sei ein „Skandal“, dass die Behörde mitten in der Krise plötzlich die Bewertungsprinzipien ändere. Das Vorgehen erinnerte Beobachter an den Betrug durch Griechenland, das über seine Haushaltszahlen gelogen hatte, um sich so den Beitritt zum Euro zu erschleichen. *H. H.*

Ein Symbol wankt

Schweizer Armeemesser im Visier

Mehr als ein Jahrhundert galt das Schweizer Armeemesser unter Männern als unverzichtbarer Begleiter. Das unverkennbare Design, die knallrote Schale mit dem Schweizerkreuz machten die Marke „Victorinox“ weltberühmt, den Erfinder Karl Elsener im Kanton Schwyz (Ibach) wohlhabend. Die Restriktionen im Flugverkehr nach dem 11. September 2001, Nachahmerprodukte aus Fernost und kluge Mehrzweckwerkzeuge machen der Ikone nun schwer zu schaffen.

„Der 11. September war unser katastrophalster Moment“, sinniert Carl Elsener, derzeit Präsident von Victorinox und Enkel des Gründers. „Dabei hatten sogar Präsidenten der USA unser Messer als Geschenk für die Besucher des Weißen Hauses stets parat“, vermerkt er nicht ohne Stolz. In der Tat verhalf die US-Armee dem kultigen Messer nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum internationalen Durchbruch. Aus dem einstigen Messer für Soldaten mit der wichtigen Funktion Büchsenöffner und dem späteren Offiziersmesser mit einem zusätzlichen Korkenzieher entwickelte sich das handliche Allzweckwerkzeug durch die Aufnahme in die PX-Läden der US-Armee zum „Swiss-Army-Knife“.

> Produkt leidet unter Flughafenkontrollen

Um gegen den sinkenden Absatz zu steuern (nach dem 11. September rund 30 Prozent und 2009 im Zeichen der Wirtschaftskrise weitere Aderlässe), arbeitet das Unternehmen gegenwärtig an mehreren Technik-Projekten, wie einem mit Blue-tooth ausgerüsteten Remote Controller und einer Fingerabdruck-Sperre für den memory key von Computern.

Rund sechs Millionen Messer in den verschiedensten Varianten wurden bislang jedes Jahr produziert. Hinzu kamen hochwertige Küchenmesser und andere Werkzeuge in ähnlicher Stückzahl. Sogar ein Markenparfum wird inzwischen angeboten.

Ein Lichtblick: Die Schweizer Soldaten erhalten demnächst als Reminiszenz an die Tradition ein neu aufgelegtes Soldatenmesser in militärischem Grün und Schwarz – jedoch wieder ohne Korkenzieher. Wein ist nur für Offiziere, oder? *Joachim Feyerabend*

Die Krise erreicht den Golf

Saudi-Arabien erstmals mit Haushaltsdefizit – Arbeitslosigkeit

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise macht sich auch in den arabischen Golfstaaten zunehmend bemerkbar. Die Einnahmen aus Öl- und Gasexporten fließen zwar weiter und man sitzt auf beachtlichen Finanzreserven. Aber mehrere Länder, darunter Saudi-Arabien, müssen 2009 mit Haushaltsdefiziten rechnen.

Ausgangspunkt der Krise war wie in den USA eine Immobilien-Blase, der die Luft ausging. Doch mit Unterschieden: In den USA hatte die „Politik des billigen Geldes“ zunächst den privaten Hypothekenmarkt maßlos aufgebläht, was dann – wegen der letztlich uneinbringlichen „verbrieften“ Forderungen – die weltweite Krise auslöste. In den Golfstaaten hingegen hatte man Unsummen in Bürohochhäuser, Hoteltürme, Luxusappartements und Einkaufszentren investiert – immer größer, immer höher – und muss jetzt angesichts der internationalen Krise erkennen, dass man sich bei Sicherheit und Ertragskraft dieser Anlagen arg verschätzt hat.

Der dramatische Preisverfall der Liegenschaften veranlasste Investoren inzwischen, die Notbremse zu ziehen: Auf vielen Großbaustellen stehen die Kräne still – was aber Bauunternehmen in Schwierigkeiten bringt. Sich der weitestgehend rechtlosen Gastarbeiter zu entledigen ist zwar leicht – sie werden in großer Zahl heimgeschickt und „Familienzusammenführung“ war ohnehin ein Fremdwort. Aber die Kredite für Maschinenpark und Material können nicht mehr bedient werden, und das bringt die Banken in Probleme.

> Staatsverschuldung ist aber noch ungewöhnlich gering

Als Schock weit über Saudi-Arabien hinaus kam Ende Juli die Meldung, dass zwei saudische Familienkonzerne in Zahlungsschwierigkeiten stecken. Es handelt sich um typische Mischkonzerne, die einst von Perlenzucht und Landwirtschaft ausgingen und sich heute in verschiedensten Sparten betätigen, von Finanzierungen und Transport bis hin zum Abfüllen von Pepsi-Cola. Die Außenstände werden auf 15 Milliarden Dollar beziffert, bis zur Hälfte dieser Summe bei Gläubigern im Inland.

Da die Banken damit rechnen, große Abschreibungen tätigen zu müssen und dafür auf halbfertigen oder zwar fertigen, doch unrentablen Bauten sitzenzubleiben, sind sie bei Kreditvergabe äußerst zurückhaltend. Statt dessen horten sie Geld bei den Zentralbanken – was zwar den „Staatsfonds“ für Veranlagungen im Ausland zugute kommt, nicht aber der lokalen Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist daher stark gestiegen – sie wird derzeit offiziell mit zehn Prozent der männlichen Staatsbürger Saudi-Arabiens angegeben. Die Regierung will mit zusätzlichen Infrastrukturprojekten gegensteuern.

Der Staat selbst ist trotz des Wirtschaftsrückgangs und des erwarteten Leistungsbilanz-Defizits von sechs Prozent in einer komfortablen Lage. Denn in der Zeit der hohen Ölpreise wurden Schulden abgebaut und Reserven angehäuft. Es gibt keine Auslandsschulden und die Inlandsschulden in der Höhe von zehn Prozent des Bruttoinlands-Produkts sind – für europäische Verhältnisse – traumhaft niedrig. *Richard G. Kerschhofer*

Gründlich abwägen

Von Hans Heckel

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan war bei den Deutschen von Beginn an unpopulär. Nach den jüngsten Nachrichten aus Kundus dürften sich jene bestätigt fühlen, die einen schnellen Abzug fordern.

Der Vorwurf trifft zu, dass sich die Verantwortlichen vor dem Einmarsch viel zuwenig mit den Gegebenheiten am Hindukusch vertraut gemacht haben. Deren Fehleinschätzungen schlagen voll auf die Soldaten zurück.

Doch wer nun den schnellen Abzug fordert, der sollte sich hüten, nicht den gleichen Fehler zu machen wie diejenigen, die er kritisiert. Wenn schon die Folgen des Einmarsches nicht hinlänglich überlegt wurden, dann sollte man nun zumindest das mögliche Ergebnis eines jähen Abzugs gründlich abwägen.

Die Islamisten, die in den schroffen Kategorien von schwach und stark, von Sieger und Verlierer denken, würden den Abgang als gloriosen Sieg und Beweis ihrer Überlegenheit über den Feind, also uns, feiern. Da sie sich in einem Weltkrieg gegen den „Unglauben“ wähnen, würden sie an allen Fronten nachsetzen, von den Bergen Pakistans bis in die Kölner Hinterhofmoschee. Der Motivationsschub infolge eines überstürzten Abzugs für die Islamisten aller Länder wäre enorm.

Es wird immer absurder

Von Konrad Badenheuer

Was ist erschreckender? Eine Empfehlung des Bundesinnenministers, künftig im innerstaatlichen deutschen Recht die Oder-Neiße-Gebiete bereits rückwirkend zum 2. August 1945 als polnisches respektive russisches Staatsgebiet zu betrachten? Oder die weitgehend fehlende Empörung der deutschen Öffentlichkeit über diesen unglaublichen Schlag ins Kontor nicht nur für Vertriebene, sondern für alle wertkonservativen und das Recht respektierende Bürger?

Der Vorgang ist in der Tat mehr als ärgerlich, zumal Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sich inzwischen in mehreren Briefen zur „Empfehlung“ aus seinem Haus bekannt hat und ein Irrtum damit ausgeschlossen ist. Das ist mehr als enttäuschend, denn Schäuble ist selbst ein exzellenter Jurist, weiß also auch die Tragweite der Empfehlung seines Hauses durchaus einzuschätzen. Die Begründungen, die der Bundesinnenminister für diesen beispiellosen Schritt in nunmehr zwei Briefen an den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, angeführt hat, sind alles andere als stichhaltig und wurden vom Sprecher der LO auch bereits zurückgewiesen.

> National-konservativer Flügel der CDU existiert nicht mehr

Allerdings ist selbst die unsägliche Empfehlung des Bundesinnenministerium (die ja sogar die im September 1945 in der damals noch in jeder Hinsicht deutschen Stadt Swinemünde auf die Welt gekommenen Menschen bescheinigt, sie seien „in Polen“ geboren worden) nicht der Gipfelpunkt aktueller rechtlicher und historischer Manipulationen aus dem politischen Bereich. Vor wenigen Tagen überraschte das nordrhein-westfälische Familienministerium unter Leitung von Minister Armin Laschet (CDU) mit einer Festschrift, deren Verfälschungen teilweise selbst die Machwerke der SED übertreffen (siehe Seite 20).

So wird dort wörtlich behauptet, dass „während des Krieges etwa zehn Millionen Deutsche in Polen (Ostpreußen, Pommern, Nieder- und Oberschlesien, Ostbrandenburg, Danzig und anderen Gebieten)“ lebten. Ohne Übertreibung: Das hat noch nicht einmal die SED behauptet.

Der Vorstoß Schäubles (CDU), die Oder-Neiße-Grenze rückwirkend zum 2. August 1945 anzuerkennen, war offenbar nur ein Vorgeplänkel. Armin Laschet, ebenfalls CDU, stimmt uns auf die Grenzanerkennung rückwirkend zum 1. September 1939 ein.

Der CDU scheint an Wählerstimmen von Vertriebenen nicht gelegen zu sein – aber abgesehen davon: Wohin soll dieser Weg denn noch führen? Wenn so die CDU argumentiert, deren national-konservativer Flügel offenbar nicht mehr existiert, wie hat man sich die Haltung einer zukünftigen Linksregierung in dieser Frage vorzustellen? Wird die Bundesrepublik Deutschland sich eines Tages noch dafür entschuldigen, dass irgendwann einmal Deutsche östlich von Oder und Neiße gelebt haben?

Selbst entscheiden

Von Rebecca Bellano

Jedes Mal, wenn ich ein junges Mädchen mit Kopftuch sehe, frage ich mich, ob sie es auch selbst so will. Für mich als Frau ist das Kopftuch unweigerlich mit der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts verbunden. Dass es nicht immer so sein muss, viele Muslima tragen die Kopfbedekkung auch aus religiöser Überzeugung, ändert nichts an den Emotionen, die das Stück Stoff in mir auslösen. Ich muss mich stets zur Toleranz gegenüber dem Kopftuch, das oft genug für das Gegenteil von Toleranz steht, zwingen.

Ich mag es einfach nicht, dass Menschen von anderen Menschen, mag es auch die eigene Familie sein, zu etwas gezwungen werden. Welche Religion die Unterdrücker ausüben, ist mir dabei unwichtig, es entspricht nur eben meiner festen Überzeugung, dass jeder sein Leben selbst bestimmen darf. Mit dieser Meinung bin ich nicht allein, wie das deutsche Grundgesetz belegt.

Derzeit reist eine Freundin gerade mit ihrem muslimischen Freund durch die Türkei. Sie sind seit über zwei Jahren zusammen, doch seine Eltern wissen davon nichts. Das tut meiner Freundin weh, aber sie akzeptiert es. Doch was für eine Zukunft hat so eine Beziehung? Sie will Kinder und zwar bald, doch aus Sicht seiner Familie ist sie nur eine ungläubige Deutsche.

Und während das Paar die Sonne des Südens auf sich strahlen lässt und den Alltag vergisst, schmieden seine Eltern weiter Heiratspläne für ihren Ältesten. Bis jetzt hat er sich dagegen gewehrt, doch irgendwann wird er nicht mehr ausweichen können. Er wird sich entscheiden – und ich fürchte: nicht für meine Freundin.



Billianter Denker und Redner: Der in Dublin geborene Staatsphilosoph Edmund Burke (1729 –1797) war lange Jahre Abgeordneter im englischen Unterhaus. Er gilt als ein geistiger Vater des Konservativismus (siehe Beitrag unten).

Bild: pa

Gastbeitrag

Freiheit statt Gleichheit

Von Josef Kraus



Zentrale Begriffe einer jeden Debatte um Gesellschaft und Staat sind Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese drei sind allerdings nicht zugleich zu haben. Die Menschen müssen sich also entscheiden, welches der drei Prinzipien Vorrang haben soll. Immer häufiger entscheidet man sich für das moralisch – vermeintlich – höchstrangige Gut: die Gerechtigkeit. Man räumt dabei aber nicht ein, dass man mit Gerechtigkeit oft Gleichheit, ja Gleichmacherei meint. Ein Klassiker der Meinungsforschung sind hier die seit 1972 vom Institut für Demoskopie in Allensbach erhobenen Studien zum Verhältnis der Deutschen zu Freiheit und Gleichheit. Im Jahre 1990 hatte das Institut herausgefunden, dass die Mehrheit der Deutschen die Freiheit höher einschätzt als die Gleichheit. Interessanterweise galt das damals für die Ostdeutschen noch mehr als für die Westdeutschen. 1990 konnte man sagen: Die Freiheit wird von denen am meisten geschätzt, denen sie versagt war. 2004 wurde die Studie wiederholt. Das Ergebnis war niederschmetternd: Gerade die Mehrheit der Ostdeutschen findet Gleichheit wichtiger als Freiheit.

Hinter diesem landläufigen Missverständnis eines Vorrangs der Gleichheit vor der Freiheit steckt eine Idee, die für nahezu alle politischen Utopien konstitutiv ist. Schon Plato verlangte die Beseitigung des persönlichen Eigentums und der Familie, denn das Erbrecht sei es, das Reiche und Arme, Gebildete und Unwissende, ja damit Gute und Böse schaffe.

Der neuzeitliche Prophet der Gleichheit ist Jean-Jacques Rousseau (1712–1778). Wie nach ihm Karl Marx (1818–1883) sowie der gesamte Sozialismus und Kommunismus betrachtete Rousseau das Privateigentum (das „Kapital“) als Ursache der Ungleichheit der Menschen und damit als Ursache allen Übels. Die Protagonisten der Französischen Revolution schlossen sich Rousseaus Vorstellungen gerne an. Robespierre wollte die „heilige“ Gleichheit errichten. Rousseau selbst blieb weit über seine Lebzeiten hinaus einer der Urväter des Kollektivismus, ja, er wurde zum „Vorläufer des modernen Totalitarismus“ (Hans Maier, 1977). Rousseau bleibt damit Ideengeber für die, die nicht nur ein Wort wie „Besserverdienende“, sondern auch wie „Begabung“ zur Missgunst-Vokabel gemacht haben.

Edmund Burke (1729–1777) widersprach Rousseau entschieden. In seinen „Reflections on the Revolution in France“ (1790) schreibt Burke, Freiheit schließe totale Gleichheit der Menschen aus. Burke fordert Gleichheit in Freiheit, als Gleichheit vor dem Gesetz, nicht als Gleichmacherei. Wenig später befasste sich Alexis de Tocqueville (1805–1859) mit den Gefährdungen der Freiheit. Freiheit versickere in Gleichheit, schreibt er in seinem Buch „Die Demokratie in Amerika“ (1835). Und: Freiheit erliege der Gleichheit, weil Freiheit mit Opfern erkauft werden müsse und weil Gleichheit ihre Genüsse von selbst darbiete, Freiheit dagegen Anstrengung verlange. Tocqueville machte dabei auf die wohl größte Gefahr der Gleichheit aufmerksam: Der Mensch verliere in ihr die Fähigkeit zum selbständigen Denken, Fühlen und Handeln. Am Ende sei den Menschen die Gleichheit in Knechtschaft lieber als die Ungleichheit in der Freiheit. 1848 fügt Tocqueville hinzu: „Demokratie erkennt jedem einzelnen seinen Eigenwert zu, Sozialismus degradiert jeden einzelnen zu einem Funktionär der Gesellschaft, zu einer bloßen Nummer.“

> Tocqueville: Gleichheit birgt die Gefahr, dass man das Denken verlernt

In jeweiliger Reinform schließen sich Freiheit und Gleichheit jedenfalls aus. Wenn Menschen frei sind, dann können sie nicht gleich sein, und wenn Menschen gleich sind, dann können sie nicht frei sein. „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane“ (Goethe). In der Wirklichkeit stellt sich solche Phantasterei so dar, wie es Churchill in seinem Bonmot beschrieb: „Das Problem des Kapitalismus ist, dass er das Glück ungleich verteilt, das Problem des Sozialismus ist, dass er das Unglück gleich verteilt.“ Übertragen etwa auf Bildung heißt das: Ein begabungs- und leistungsorientiertes Bildungswesen führt zu individuell unterschiedlichen Abschlüssen, ein Einheitsschulsystem verteilt Unbildung und im besten Fall Halbbildung gleich.

Ungleichheiten können und dürfen sich nicht verschleifen. Sonst wird daraus ein „Konvent von ungefähr gleich Unwissenden“ (Peter Sloterdijk, „Die Verachtung der Massen“, 2000). Die „conditio humana“ kennt aber keine Gleichheit. Deshalb ist es falsch, wenn so manche gesellschaftspolitische Diskutanten Gleichheit im Zuge einer vermeintlich in der Bevölkerung ankommenden Wohlfühlpolitik für Gerechtigkeit halten. Absolute Gerechtigkeit aber gibt es jedenfalls nicht. (Irdische) Gerechtigkeit kann es nur annäherungsweise in Form einzelner Gerechtigkeiten (Plural!) geben, zum Beispiel als Lohngerechtigkeit, Rentengerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Wehr- und Dienstgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit in Bildung und Ausbildung, Gerechtigkeit in der Rechtsprechung und im Strafrecht und so weiter. Anders ausgedrückt: Die Macht des Staates, Gerechtigkeit herzustellen, ist begrenzt.

> Bildung macht frei von äußeren aber auch inneren Zwängen

Das Grundgesetz hat Vorkehrung getroffen für einen Ausgleich von Ungleichheiten, nicht nur in Artikel 3 Absatz 1 („Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“), sondern auch manche der nachfolgenden Grundgesetz-Artikel zielen auf nichts anderes ab als auf den Ausgleich von Ungleichheiten: siehe Gleichberechtigung von Mann und Frau; Verbot der Diskriminierung aufgrund von Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung; freier Zugang zu Meinungsbildung und Meinungsäußerung; gleiches Wahlrecht.

Im übrigen sei nicht übersehen, dass auch die Reihung des Grundgesetzes mit seinen Artikeln 2 und 3 etwas aussagt: erst die Freiheit, dann die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese Reihung ist keineswegs ein Zufall. Außerdem impliziert die Gleichheit vor dem Gesetz, dass es außerhalb dieses Maßstabes unendlich viele Ungleichheiten geben darf.

Es gibt gleichwohl eine Möglichkeit der Versöhnung zwischen Freiheit und Gleichheit. Es sind dies Brüderlichkeit, Bürgerlichkeit und Bildung. Mit Nächstenliebe beziehungsweise (neudeutsch!) Solidarität können unverschuldete Unterschiede abgepolstert werden. Das ist die Idee der Katholischen Soziallehre, in concreto der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaatsgebotes des Grundgesetzes.

Brüderlichkeit wiederum setzt Bereitschaft und Freiheit zur Bindung voraus. Bindungslosigkeit, Beliebigkeit, ein „anything goes“ und eine Gleich-Gültigkeit aller Bezüge aber höhlen die Fundamente aus, auf die gerade eine freiheitliche Gesellschaft angewiesen ist. In seinem Buch „Kultur der Freiheit“ (2005) hat der Verfassungsrichter Udo di Fabio dies eindrucksvoll erläutert: „Wer Freiheit will, muss auch die tragende Kultur wollen und darf nicht ungehindert unter Berufung auf Freiheit eine kulturelle Ordnung zerstören, die Freiheit erst möglich macht.“ Man könnte das „Bürgerlichkeit“ nennen.

Bürgerlichkeit heißt zudem Leistungsethik, heißt Bildung und Selbstbildung. Bildung und Selbstbildung machen frei – nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich – frei von äußeren Umständen, frei von der öffentlichen Meinung, frei von inneren Zwängen. Es ist die große Errungenschaft von Bildung, dass sie Abermillionen Menschen Emanzipation und diese inneren Freiheiten eröffnet hat.

Josef Kraus (geb. 1949) ist Oberstudiendirektor an einem bayerischen Gymnasium und seit 1987 ehrenamtlich Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Ende August erscheint sein neues Buch „Ist die Bildung noch zu retten? – Eine Streitschrift“, Herbig, München, 16,95 Euro.

Eitelkeiten und leere Kassen

Max Klinger schuf für Hamburg ein Denkmal des Komponisten Johannes Brahms – Eine Ausstellung

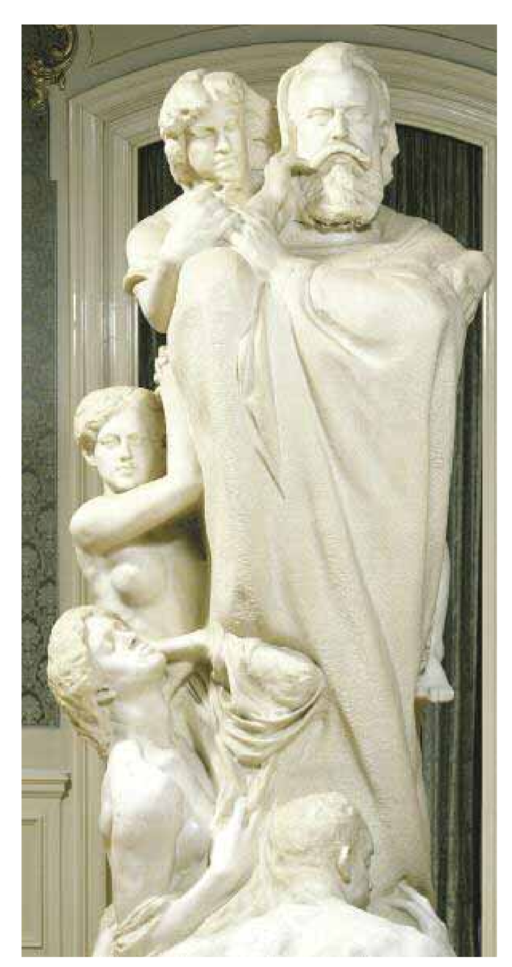
Eine ungewöhnliche Künstlerfreundschaft verband den Komponisten Johannes Brahms mit den Bildhauer und Graphiker Max Klinger, der schon früh eine schwärmerische Liebe zur Musik des Hamburgers entwickelte. Eine Ausstellung in der Hansestadt zeigt die Geschichte und die Früchte dieser Freundschaft.

Es ist eine Geschichte der Eitelkeiten und leeren Kassen, allerdings mit einem glücklichen Ausgang. Als im Sommer 1897 die Idee geboren wurde, dem Komponisten Johannes Brahms (1833–1897) ein Denkmal in seiner Vaterstadt zu setzen, ahnte man nicht, welche Klippen zu umschiffen wären. Joachim Kossmann, Leiter des Johannes-Brahms-Museums in Hamburg, in dem derzeit eine Ausstellung zu diesem Thema zu sehen ist, erzählt die Geschichte: „Ein alsbald gegründetes Bürger-Komitee rief zu Spenden auf, die allerdings nur spärlich flossen, und zwar nicht nur wegen der herrschenden Wirtschaftsflaute, sondern vor allem wegen der ‚nationalen Aufgabe‘, in Hamburg – ebenfalls vorwiegend spendenfinanziert – das größte Bismarck-Denkmal im Reich zu errichten. Selbst das Minimalziel des Denkmal-Komitees von 50 000 Reichsmark wurde nie erreicht. Die Stadt Hamburg fiel wegen ihres gigantischen Hafenausbaus (Speicherstadt) als Geldgeber ebenfalls aus. Für einen mit Prämien ausgelobten Denkmals-Wettbewerb standen gleichfalls keine Mittel zur Verfügung. Dies führte dazu, dass man eine Reihe Berliner Bildhauer einlud, Modell-Entwürfe beziehungsweise Skizzen zu einem Brahms-Denkmal einer von Alfred Lichtwark, dem Direktor der Hamburger Kunsthalle, geleiteten Jury einzureichen – ein Beteiligungs- und Auswahlverfahren, das erst nach öffentlichen Protesten Hamburger Künstler im Dezember 1900 auch für Letztere geöffnet wurde, ihnen wegen des extrem eng gesetzten Abgabetermins (1. Mai 1901) allerdings wenig nützte.“

Die Spenden flossen zunächst nur sehr spärlich

Eine Jury, zu der neben anderen der Architekt und Erbauer des Reichstages Paul Wallot, der Maler und Lichtwark-Freund Leopold von Kalckreuth und der aus Königsberg stammende Bildhauer Rudolf Siemering gehörten, begutachtete die Entwürfe und entschied sich für den aus Elbing stammenden jungen Bildhauer Reinhold Felderhoff (1865–1919). Parallel lief eine ganz andere Entwicklung, „deren treibende Kraft Alfred Lichtwark war“, so Kossmann. „Sich durch Klingers freundschaftliche Beziehung zu Brahms legitimiert fühlend, verfolgte Lichtwark wahrscheinlich von Anfang an das Ziel, den Denkmalsauftrag an Klinger zu vermitteln.“

Im Frühsommer vor 100 Jahren dann konnte das von Max Klinger (1857–1920) geschaffene Brahms-Denkmal in der neu errichteten Musikhalle enthüllt werden. Durch die großzügige Spende des Reeder-Ehepaars Carl Heinrich und Sophie Laeisz war in den Jahren 1903 bis 1908 das neue Konzerthaus errichtet worden. Kossmann: „Es spricht einiges dafür, dass Lichtwark es war, der Sophie Laeisz dafür gewann, das Foyer der Musikhalle für die Aufstellung des geplanten Brahms-Denkmals zur Verfügung zu stellen: ein höchst passender Ort, sollte doch das neue Konzerthaus vor allem das Werk von Johannes Brahms pflegen.“



Max Klinger: Brahms-Denkmal (Marmor, 1908) Bild: agentur bridgeman

Es war ein feierlicher Moment, als das Denkmal enthüllt wurde. Der „Hamburgische Correspondent“ schrieb in seiner Abendausgabe: „In einer Senatsequipage naht Herr Bürgermeister Dr. Burchard, Senatoren und Bürgerschaftsmitglieder, Vertreter der künstlerischen und wissenschaftlichen und der Gesellschaftskreise Hamburgs füllen den festlichen Raum, und mit ihnen erscheint die hohe Gestalt Max Klingers, dessen schöpferisches Genie nach seinem Beethoven nun auch ein Marmorbild von Johannes Brahms hat entstehen lassen, dem nun die Weihe gegeben werden soll. Noch steht es verborgen unter schneeweißer Hülle inmitten eines kleinen Haines voll Palmen und Lorbeerbäumen, und erwartungsvoll harrt die Menge des Augenblicks, der ihr den Anblick des Denkmals bringen soll.“ Zu sehen ist schließlich das von Klinger porträtähnlich ausgearbeitete Antlitz des Komponisten. Ein weites Gewand umhüllt den Körper und verbirgt dessen Fülle. Eine Muse legt ihre linke Hand auf die Schulter des Dargestellten. Die Figuren rechts verkörpern die Gemütsbewegungen Andacht und Verehrung. Unten schließt ein als Fragment gestalteter männlicher Rückenakt das Denkmal ab. Man nimmt an, dass er Klinger selbst darstellen soll, der voller Verehrung und Hingabe an die Musik die Füße des Meisters umfasst.

Silke Osman

Das Hamburger Johannes-Brahms-Museum, Peterstraße 39, ist dienstags, donnerstags und sonntags von 10 bis 16 Uhr geöffnet; die Ausstellung „Max Klingers Brahms-Denkmal für Hamburg“ ist dort bis 11. Oktober zu sehen, Eintritt 4 Euro.

Irrtum vorbehalten – auch in der Liebe

Berühmte Liebespaare der Kulturgeschichte: Max Klinger, Elsa Asenijeff und Gertrud Bock

Anno 1898 begleitete der bereits europaweit berühmte Bildhauer und Maler Max Klinger (1857–1920), Professor an der Akademie der graphischen Künste in Leipzig, seinen Freund Fritz Schumacher zu einem Literaturabend. Mitten in den Zuhörerkreis drängte sich eine Frau. Sie verschlug allen die Sprache. Ihr nicht der Zeitmode entsprechende Kleidung ließ die üppigen Körperformen erkennen. „Du lieber Himmel“, entsetzte sich Klinger. Schumacher warnte: „Pass‘ auf, sie will zu dir. Du sollst sie porträtieren.“ Da stand sie schon vor ihm. Lautstark redete sie auf ihn ein: „Ich bin Elsa Asenijeff, Schriftstellerin, ganz Leipzig kennt mich. Sie müssen mich malen, am besten eine Marmorbüste von mir schaffen, damit ich für die Nachwelt erhalten bleibe. Wann kann ich in Ihr Atelier kommen?“ Klinger, passionierter Alleinlebender, fühlte sich dem Wortschwall nicht gewachsen. Außerdem missfiel ihm die aufdringliche zur Schau gestellte Extravaganz. Er bemerkte das Rundumlächeln. „Wann?“ tönte Elsa. Hilflos schockiert murmelte Klinger: „Melden Sie sich in drei Monaten.“ Wieder trumpfte Elsa auf: „Ich komme morgen. Sie könnten sterben, bevor meine Büste fertig ist.“ Schumacher kam ihm zu Hilfe: „Wir gehen. Auf dich wartet die Arbeit an deinem Beethoven-Monument.“

Das Beethoven-Denkmal wurde sein berühmtestes Werk und auf Dauer im Hauptsaal des Leipziger Museums etabliert. Klinger schuf es aus verschiedenen Marmorsorten, Bronze, Elfenbein und farbigem Glasfluß. – Zum Kernzentrum seines unermüdlichen Schaffens zählten Motive aus der antiken Sagenwelt, erschütternde Bilderfolgen (Radierungen) sozialen Elends und auch Gemälde traumverhafteter Erotik.

Der Morgen kam und mit ihm Elsa Asenijeff. An der Wirtschafterin vorbei, stürmte sie ins Atelier. „Wir können gleich anfangen.“ Wut brandete in Klinger hoch. Fassungslos sah er, dass sie die Oberkleidung ablegte. „Haben Sie so etwas Schönes schon gesehen?“ Sie schlang die Arme um ihn. Klinger verfiel ihren Liebeskünsten. Mit erbarmungsloser Selbsterkenntnis stellte er fest, dass er dieser Frau sexuell hörig wurde. Trotz vieler Versuche gelang ihm die Trennung nicht. Zwölf Jahre hielt der Bann. Dann griff Freund Schumacher ein: „Ich weiß, dass ich heute unsere Freundschaft riskiere“, begann er ernst, „aber ich rate dir, dich von der Asenijeff zu lösen. Du bist zur Spottfigur Leipzigs geworden. Sie macht dich lächerlich.“ Tiefes Schweigen. „Soll ich gehen?“, fragte Schumacher. Klinger wandte sich zu ihm: „Niemals! Du hast mir eben den größten Freundschaftsdienst erwiesen.“ Als Klinger abends nach Hause kam, sah er Elsa vor der Haustür warten. Wie von ihm angeordnet, hatte die Wirtschafterin sie nicht eingelassen. „Was soll das?“, fauchte sie. Seiner selbst sicher erwiderte er: „Unsere Beziehung ist beendet. Ich kann dein dummdreistes Angebergehabe nicht mehr ertragen. Geh!“ Er ließ sie stehen. „Spießer“, schrie sie ihm nach. Die Gartentür knallte. Klinger trat ins Haus. Er schenkte sich ein Glas Rotwein ein. Es war der bekömmlichste Wein, den er je genossen hatte ...

Im Banne einer schönen Frau

Im November 1919 ging im strömenden Regen eine schlichtelegante Frau vor Klinger her. Der Sturm riss ihr den Regenschirm aus der Hand. Klinger sprang hinzu, hob ihn auf, reichte ihn ihr. „Er dürfte kaputt sein.“ Dabei blickte er ins Gesicht der Frau. Völlig kokettierelos sah auch sie ihn an. Ihre Aufmerksamkeit entging ihm nicht. „Mein Wagen steht in der Nähe. Darf ich Sie nach Hause fahren?“ „Das nehme ich gern an.“ Korrekt stellte sie sich vor: „Gertrud Bock.“ Er sah ihr nach, bis sie im Eingang zur Villa entschwand. Sonderlich berührt, ärgerte er sich, dass er sie nicht zum Kaffee eingeladen hatte. Aber er würde sie wiedersehen.



Im Tode vereint: Marmorstelen von Gertrud Bock und Max Klinger in Großjena Bild: akg

Bei dem Gedanken, sie könnte verheiratet sein, erschrak er. Warum? Im Atelier wurde ihm bewusst, dass sie seine Frau werden sollte. Sie war die Richtige, und sie zu finden, dazu gehörten Zufall, Schicksalsglück. Noch im November gleichen Jahres fand die Vermählung statt.

Nur kurze Zeit war ihrem Zusammenleben vergönnt. Acht Monate später starb Klinger. Doch beiden hatte sich ihr Bedürfnis nach zankfreiem Dasein, nach psychischer Harmonie erfüllt ... Einmal war Klinger in seiner Skizzenmappe seine Radierung „Der Fund“ in die Finger geraten. Auf ihr hebt Klinger den Handschuh einer Dame auf, den sie soeben verloren hatte. „Es könnte auch ein Regenschirm gewesen sein“, meinte Gertrud lächelnd. „Es war ein Regenschirm“, bekräftigte Klinger. Beim Weiterblättern stieß er auf das Foto der Marmorbüste von Elsa Asenijeff. Kopfschüttelnd betrachtete er es. „Für viele Lieben gilt: Irrtum vorbehalten.“ *Esther Knorr-Anders*

KULTURNOTIZEN

Wagner zum Anschauen

Nürnberg – Anlässlich der Bayreuther Richard-Wagner-Festspiele präsentiert das Germanische Nationalmuseum die Originalhandschrift der „Meistersinger von Nürnberg“ in der Musikinstrumentenabteilung des Museums. In Bayreuth ist die Musik zu hören – in Nürnberg kann sie betrachtet werden. Die Reinschrift Richard Wagners von 1866 bis 1867 für die Drucklegung der „Meistersinger“ im Verlag Schott in Mainz befindet sich im Besitz des Germanischen Nationalmuseums. Es erhielt die Originalpartitur anlässlich des 50. Jubiläums der Museumsgründung im Jahr 1902 von Prinzregent Luitpold. *PAZ*

Germanisches Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, bis 30. August täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, Eintritt 6/4 Euro, Führungen in deutscher und englischer Sprache auf Anfrage, Telefon (0911) 1331238.

Beliebte Schauspielerin

Königs Wusterhausen – Eine der beliebtesten Schauspielerinnen aus der ehemaligen DDR konnte am 2. August ihren 70. Geburtstag feiern. Die Elbingerin Ursula Karusseit, derzeit als resolute und nicht minder liebenswerte Charlotte Gaus in der ARD-Krankenhausserie „In aller Freundschaft“ zu sehen, gelangte schon in der DDR zu großer Popularität. als sie 1968 die bodenständige Magd Gertrud Habersaat in dem Mehrteiler „Wege übers Land“ verkörperte. Doch die anerkannte Brecht-Interpretin hat noch mehr zu bieten. nachzulesen in ihrer Biografie, die im September im Verlag „Das Neue Berlin“ unter dem Titel „Wege übers Land und durch die Zeiten“ erscheinen soll. *os*



Das Porträt im Wandel der Zeit

Krems – Das Porträt als klassische Bildgattung der Kunstgeschichte ist eine der ältesten Möglichkeiten gestalterischer Tätigkeit. Das Bildnis im Wandel vom Beginn der Moderne bis zur Gegenwart ist Thema der Sommerausstellung in der Kunsthalle Krems (Österreich). Die Schau zeigt das jeweilige Menschenbild einer Epoche mit seinen psychologischen, soziologischen und philosophischen Ausformungen, das als zentraler Aspekt der Erinnerung an einen Menschen, an seine Persönlichkeit und an bestimmte Momente seines Lebens fungiert. Die Ausstellung präsentiert rund 140 Meisterwerke der Kunstgeschichte mit Arbeiten von Lenbach, Cranach, Rembrandt, Paul Cézanne, Alexej von Jawlensky, Paul Klee, Pablo Picasso, Emil Nolde und anderen. Die Entwicklung des Porträts und der Porträtästhetik wird in seiner technischen und inhaltlichen Vielfalt anhand von Ölgemälden, Pastellen, Zeichnungen, Fotografien und Videos aus zahlreichen öffentlichen und privaten Sammlungen nachvollziehbar gemacht. *PAZ*

Kunsthalle Krems, Steiner Landstraße 3, bis 26. Oktober täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt 9/8 Euro

Freiheitsheld aus Tirol

Rund 100 Veranstaltungen über Andreas Hofer und seinen Kampf vor 200 Jahren

Ganz Tirol steht in diesem Jahr im Zeichen von Andreas Hofer und der Erinnerung an die vier Schlachten am Bergisel vom 12. April, 29. Mai, 13. August und 1. November 1809 gegen die Herrschaft der Franzosen und ihrer bayerischen Verbündeten.

Rund 100 Veranstaltungen in der italienischen autonomen Region Trentino-Südtirol ebenso wie im österreichischen Nord- und Osttirol prägen das „Hofer-Jahr“, darunter eine Wanderausstellung „Tirol 1809 – Vom Freiheitskampf zum Kassenschlager“. Diese präsentiert noch nie gezeigte Original-Exponate wie den Schlüssel zu Hofers Gaststätte „Sandwirt“, seine Pfeife, eigene Briefe und andere zeitgeschichtliche Dokumente, Landsturmwaffen sowie die ersten Bücher, die über das Jahr 1809 und die Person des Widerstandskämpfers geschrieben wurden – darunter eine 1820 in London erschienene Hofer-Biografie. Höhepunkt des Veranstaltungsreigens wird ein Festumzug am 23. September sein, zu dem über 20000 Teilnehmer erwartet werden.

Die Erinnerung an Andreas Hofer hat große politische Bedeutung, die durch historische Relativierungsversuche seiner Persönlichkeit kaum beeinträchtigt wird. Ein Mythos ist eben keine objektive Überlieferung, sondern eine gemeinschaftliche Form der Erinnerung voller Bilder und Symbole, erfüllt von Sehnsüchten und Wertungen.

Tatsächlich spielte der am 22. November 1767 geborene Schützenleutnant Hofer als Oberkommandierender der aufbegehrenden Schützenkompanien bei genauerem Hinsehen nicht die weithin angenommene Hauptrolle im Befreiungskampf. Auf der offiziellen Internetseite zum Landesjubiläum www.1809-2009.eu heißt es gar, er sei von seinen Aufgaben überfordert gewesen und verdanke seinen Rang in der kollektiven Erinnerung vor allem dem geschichtsträchtigen Verrat durch Franz Raffl und seiner anschließenden Erschießung, vor welcher der Tiroler Bauernführer, nachdem die Soldaten bei der ersten Salve nicht getroffen hatten, gesagt haben soll: „Ach, ihr Franzosen schießt schlecht!“

Andreas Hofer war Bauer, Gastwirt, Pferde-, Vieh- und Weinhändler und führte mit seiner Frau Anna Ladurner, den sieben Kindern und seinen Dienstboten den Sandhof zwischen St. Leonhard und St.


Foto: Wikipedia

Andreas Hofer: Ölgemälde aus der Mitte des 19. Jahrhunderts

Martin im Passeiertal. Bereits Vater, Groß- und Urgroßvater waren Wirte „am Sand“ beziehungsweise „an der Goldenen Krone“ gewesen und hatten als Anwälte wichtige Ämter in der Gerichtsverwaltung innegehabt. Nach dem Besuch der Volksschule – 1774 hatte Maria Theresia die allgemeine Schulpflicht eingeführt – schickten seine Eltern den jungen Andreas nach Welschtirol, um dort Erfahrungen für seinen späteren Beruf als Bauer und Wirt zu sammeln.

Anschließend übernahm er 1788 den Sandhof und betrieb diesen mit mäßigem Erfolg. Zur Zeit der bayerischen Regierung in Tirol ab 1805 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des ganzen Landes, was die Wirte und Händler besonders zu spüren bekamen, so dass sie unter den Aufständischen des Jahres 1809 in besonders großer Zahl zu finden waren. Der bis dato politisch unauffällige Andreas Hofer stellte als Schützenleutnant vom Schießstand Passeier seine Saumpferde für den Warentransport in die Militärlager zur Verfügung und stieg militärisch rasch auf, erst zum Schützenhauptmann, dann 1809 zum Oberkommandanten von ganz Tirol und schließlich noch im selben Jahr zum Landesregenten.

Zwar war Hofer im Passeiertal wegen seines Eintretens für die althergebrachten Rechte der Bauern hochangesehen, doch ist noch nicht völlig geklärt, warum gerade er für den Posten des Landesregenten vorgeschlagen und von der Obrigkeit bestätigt wurde. Mittlerweile glauben Historiker, dass Hofer sich nicht aus eigenem Ehrgeiz emporgearbeitet habe, sondern von seiner Umgebung in eine Führungsrolle hineingedrängt worden sei, die ihn klar überfordert habe.

So schreibt Meinrad Pizzinini in seiner vergangenen Herbst erschienen Biographie „Andreas Hofer – Seine Zeit – sein Leben – sein Mythos“: „Man muss bedenken, er hat sich ja nie aufgedrängt. Er wächst dann in eine immer höhere Position hinein und das ist ihm gar nicht so recht. Am Höhepunkt dann, als er die Regentschaft führen musste und in der Innsbrucker Hofburg residierte, hatte er keine Allüren eines Despoten. Er betonte immer, er vertritt ja nur den Kaiser, bis der endlich wiederkommt. Was man als Historiker schon sagen muss: Er war eine starke Persönlichkeit. Aber dennoch war er doch auch weich und hat sich beeinflussen lassen – gerade in der Endzeit.“

Bis zuletzt hoffte er auf militärische Unterstützung durch das Haus Österreich oder gar durch himmlische Mächte. Im Januar 1810 wurde Andreas Hofer verhaftet, am 20. Februar des Jahres in Mantua auf direkten Befehl Napoleons standrechtlich exekutiert.

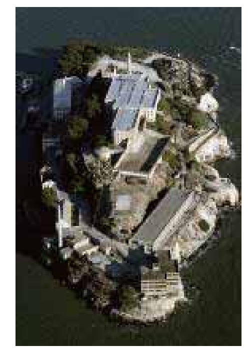
Martin Schmidt

Schrecken der schweren Jungs

Vor 75 Jahren wurde Alcatraz jener Nutzung zugeführt, die es weltweit berühmt machte. Ihren Namen verdient das Eiland an der US-amerikanischen Westküste dem spanischen Forscher Juan Manuel de Ayala. 1775 segelte er in die Bucht von San Francisco und gab einer der Inseln, die er dort vorfand, möglicherweise Alcatraz, den Namen „Isla de los Alcatraces“ (Tölpel-Insel).

Wie Kalifornien wurde auch Alcatraz Mitte des 19. Jahrhunderts US-amerikanisch. Dem zunehmenden Schiffsverkehr infolge des Goldrausches wurde 1852 durch den Bau eines Leuchtturmes auf der Insel Rechnung getragen, der 1854 in Betrieb ging. Er gilt als der älteste der US-amerikanischen Westküste. Des weiteren wurde die Insel zur Verteidigung des Hafens von San Francisco genutzt. 1853 bis 1859 wurde ein Fort errichtet. Erstmals im Krieg zwischen den Vereinigten und Konföderierten Staaten von Amerika wurden in der Anlage Gefangene untergebracht. Damals handelte es sich noch um konföderierte Kriegsgefangene und Internierte. Dieser Verwendungszweck trat gegenüber dem rein militärischen immer mehr in den Vordergrund. Alcatraz wurde Militärgefängnis.

1933 zog sich das Militär von der Insel zurück und der Komplex wurde in eine zivile Strafvollzugsanstalt umgebaut. Mit Datum vom 1. Januar 1934 wurde Alcatraz



Alcatraz Bild: privat

Bundesgefängnis. Vor 75 Jahren, am 11. August 1934, trafen mit 53 Häftlingen aus dem Staatsgefängnis in Atlanta die ersten zivilen Strafgefangenen ein.

Berühmt wurde die Strafanstalt vor allem durch ihre Häftlinge. Die Gefängnisinsel war nämlich über Jahrzehnte das Hochsicherheitsgefängnis der Vereinigten Staaten. Nicht nur wegen der Insellage galt das Gefängnis als besonders sicher. Auf der 85000 Quadratmeter großen und bis zu 41 Meter hohen Sandsteininsel gibt es kaum Vegetation, in der man sich hätte verstecken können. Um die Felseninsel herrschen tückische Strömungen. Das Wasser ist eiskalt und haiverseucht. Es handelt sich zwar nur um Katzenhaie, aber das erzählte man den Gefangenen nicht. Um die Inhaftierten nicht an das kalte Wasser zu gewöhnen, war Alcatraz das einzige Gefängnis im Land mit Warmwasserduschen. „The Rock“ erfüllte insofern die in ihn gesteckten Erwartungen, als kein einziger der nur 14 Fluchtversuche erwiesenermaßen erfolgreich war, vielmehr vieles dafür spricht, dass alle scheiterten.

Das Salzwasser zehrte jedoch an der Bausubstanz, wobei hinzu kam, dass man beim Bau, um Geld zu sparen, minderwertige Materialien verwandt hatte. Die Folge waren potenzielle Sicherheitsdefizite und hohe Unterhaltskosten. Robert F. Kennedy ordnete deshalb als Justizminister am 21. März 1963 die Schließung des Gefängnisses an. Heute ist das Ex-Gefängnis eine Touristenattraktion. *Manuel Ruoff*

Der 50. Stern auf der US-Flagge

Mit dem Beitritt Hawaiis fand vor 50 Jahren eine Entwicklung ihren Schlusspunkt, die knapp 14 Jahrzehnte zuvor ihren Anfang genommen hatte. Damals begannen die US-Amerikaner ein Machtvakuum zu füllen, das durch den Tod Kamehamehas des Großen entstanden war. Der „Napoleon des Pazifiks“ hatte die Briten von Hawaii vertrieben und seine Landsleute in einem Königreich geeint. 1819 starb er und seine Nachfolge trat sein stets betrunkener junger Sohn Kamehameha II. an.

So stand es um das Reich, als 1820 ein erster Schwung von US-amerikanischen Kongregationalisten mit der Brigg „Thaddeus“ in der Kailua Bay landete. Ein weiteres Dutzend Gruppen folgte in den folgenden drei Jahrzehnten. Der König verpachtete ihnen Land und sie betrieben Zuckeranbau auf Plantagen. Ganz in ihrem Sinne und von ihnen beraten privatisierte er 1848 im großen Stil bisheriges Gemeineigentum. Den Hawaiianern fehlte es hiermit an Erfahrung und schnell waren die meisten Gebiete im Besitz von US-Amerikanern.

Mit der Drohung, dass sonst Hawaii von den USA annektiert werde, setzten die US-amerikanischen Plantagenbesitzer 1875 den Verzicht Hawaiis auf Exportzölle auf Zucker durch. 1887 erreichten die USA die Überlassung des Marinestützpunktes Pearl Harbor. Einher mit der Entmachtung der Hawaiianer in ihrem eigenen Reich ging eine Überfremdung durch ausländische Arbeitneh-



Siegel des US-Staates Hawaii

mer, welche die US-amerikanischen Plantagenbesitzer aus China, Portugal, Madeira, den Azoren, Japan, Puerto Ricco, Korea und den Philippinen ins Land holten.

Als die Königin Liliuokalani daraufhin versuchte, den US-amerikanischen Einfluss zurückzudrängen, wurde sie 1893 von einem aus US-amerikanischen Plantagenbesitzern gebildeten „Komitee für Sicherheit“ mit Hilfe von US-Marines weggeputscht.

Das Ergebnis des Regimewechsels von 1893 war eine von den Putschisten gebildete Republik Hawaii, deren vorrangiges Ziel die Annexion durch die USA war. Dieses Ziel wurde 1898 erreicht. Während des Spanisch-Amerikanischen Krieges wurde Hawaii annektiert und zum US-Territorium.

Nachdem durch die Einwanderung von US-Amerikanern und ausländischen Plantagenarbeitern die Hawaiianer im eigenen Land zur Minderheit geworden waren, unterbreitete der US-Kongress dem US-Territorium das Angebot, als Bundesstaat der USA beizutreten. Bei einem Volksentscheid sprach sich die Mehrheit der Bewohner für die Annahme des Angebotes aus. Immerhin verbesserte sich dadurch der Status und Hawaii wurde gleichberechtigt mit den anderen Bundesstaaten, wurde zumindest formal vom Opfer zum Mitakteur, zum Beteiligten an US-amerikanischen Entscheidungen. Gemäß dem Ergebnis der Einwohnerbefragung wurde Hawaii am 21. August 1959 der 50. und bislang jüngste Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika. *M.R.*

»Die Deutschen kämpfen für uns«

Für seine Einstellung wurde Nobelpreisträger Hamsun nach 1945 in die Psychiatrie gesteckt

Als Knut Hamsun 1920 der Literaturnobelpreis verliehen wurde, war ganz Norwegen stolz auf seinen bislang bedeutendsten Schriftsteller. Vor 150 Jahren, am 4. August 1859, wurde der Künstler unter dem Namen Knut Pedersen in einem kleinen Ort namens Lom geboren. Er hatte eine bitterarme Kindheit und Jugend. Für die Schulden seines Vaters musste er sogar als Pfand bei seinem Onkel arbeiten. Insofern verwundert es nicht, dass er in die Neue Welt auswandern wollte. Zweimal reiste er in die Vereinigten Staaten von Amerika, kehrte allerdings beide Male nach Norwegen zurück. Die Lebensart der US-Amerikaner, der „American Way of Live“, stieß ihn ab. Das einfache, schlichte, arbeitsame Leben war sein Ideal. Hiervon ist denn auch sein zentrales Werk „Der Segen der Erde“ geprägt, das 1917 erschien und für das er 1920 den Nobelpreis erhielt. Viele seiner Werke wurden verfilmt, wie beispielsweise der tragische Liebesroman „Victoria“.

So sehr er die USA ablehnte, war er ein Freund und Förderer Deutschlands. Noch während des Ersten Weltkrieges ergriff er öffentlich Partei für das Reich. Deutschland verkörperte in seinen Augen das „junge Europa“, dem die Zukunft gehören würde. Als 1940 die deutsche Wehrmacht mit ihrer Besetzung Norwegens einer britischen Aggression um wenige Stunden zuvorkam, forderte er seine Landsleute auf: „Norweger! Werft das Gewehr weg und geht wieder nach Hause! Die Deutschen kämpfen für uns alle und brechen jetzt Englands Tyrannei über uns und alle Neutralen.“ Wie die USA stand er nämlich auch Großbritannien äußerst kritisch gegenüber, wobei seine Einstellung zu der Kolonialmacht durch deren Burenkrieg geprägt war.



Knut Hamsun Bild: Wikipedia

Obwohl er den Widerstand ablehnte, setzte er sich doch für verurteilte Landsleute ein und besuchte 1943 deswegen sogar Adolf Hitler. Er erreichte durch seine Fürsprache, dass zum Tode Verurteilten die Hinrichtung erspart blieb. Damit nutzte er dem Land womöglich mehr als diejenigen, die sich als Heckenschützen gegen die Besatzungsmacht betätigten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hamsun, der nicht bereit war, Abbitte zu leisten, finanziell ruiniert, indem er zu einer „Entschädigung“ von 325000 Kronen zuzüglich Zinsen und Verfahrenskosten wegen „Schaden gegenüber dem norwegischen Staat“ verurteilt wurde. Der intellektuellen Auseinandersetzung mit der deutschfreundlichen Einstellung des Nobelpreisträgers entging man dadurch, dass man ihn als psychisch beziehungsweise seelisch geschwächt zunächst in ein Altersheim und dann sogar nach stalinistischem „Brauch“ in eine psychiatrische Anstalt einwies. Wie verlogen dieses Verdikt war, zeigte der Schriftsteller selber mit seinem 1949 erschienenen Spätwerk „Auf überwachsenen Pfaden“. Am 19. Februar 1952 starb Knut Hamsun in Norholm bei Grimstad. *Hans Lody*

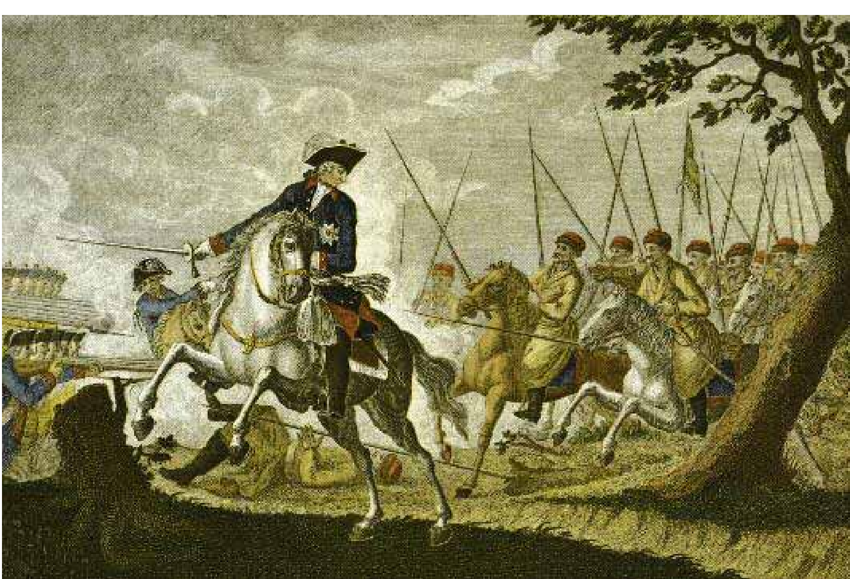
Das Wunder des Hauses Brandenburg

In der Schlacht bei Kunersdorf erlitt Friedrich II. eine schlimme Niederlage, aber der Preußenkönig triumphierte trotzdem

In der Schlacht bei Kunersdorf erlitt Friedrich der Große seine schlimmste Niederlage. Der Verzicht des Kriegsgegners, seinen Sieg kriegsentscheidend auszunutzen, ließ den Preußenkönig vom „Wunder des Hauses Brandenburg“ sprechen. Diese unerwartete Schwäche der miteinander verbündeten Russen und Österreicher gab dem Preußen die Zuversicht, dass dieser Gegner ihn nie würde besiegen können.

Am 12. August 1759 trafen 49 900 Preußen und 79 000 vereinigte Russen und Österreicher auf dem rechten Oderufer bei Kunersdorf gegenüber Frankfurt aufeinander. Die Preußen waren zunächst siegreich und eroberten die russischen Stellungen bis hinter den so genannten Kuhgrund. Ab 17.30 Uhr wendete sich das Schlachtenglück, denn die überlegenen Kräfte der Russen und Österreicher wehrten einen letzten Angriff der Preußen ab, drängten diese zurück und brachten den tapferen, aber erschöpften preußischen Soldaten, die ihre Patronen teilweise schon verschossen hatten, so verheerende Verluste bei, dass alle Regimenter ihr Heil in der Flucht suchten. Die Verluste waren auf Seiten der Russen und Österreicher schlimm – auf preußischer Seite waren sie katastrophal. Die Russen verloren 14 181 Mann, davon 566 Offiziere, die Österreicher 2331 Mann, davon 116 Offiziere, und die Preußen 18 063 Mann, davon 564 Offiziere sowie 172 Geschütze. Die Ereignisse nach der Schlacht zerfallen in drei Phasen, die einer korrekten Darstellung und neuen Interpretation bedürfen.

Noch am Abend des 12. August hatten sich auf dem rechten Oderufer bei der Pontonbrücke gegenüber von Ötscher 12 000 preußische Soldaten versammelt, weil der König dem Generalmajor von Fleming noch während des Zurückflutens der eigenen Truppen den Befehl zugeschickt hatte, nur Verwundete auf das linke Oder-Ufer durchzulassen. Außerdem zeigte sich der König den verzweifelten Soldaten, lobte einzelne Regimenter und verteilte Geldgeschenke. Damit die preußischen Truppen nicht auf dem rechten Oderufer unkontrolliert weit nach Norden flüchteten, war auf den Höhen bei Bischofssee eine Art Auffanglinie gebildet worden, entlang derer sich die Verbände sammeln konnten. Sie wurden dann durch Offiziere geordnet und neu formiert. Selbst wenn die Russen und Österreicher hätten folgen wollen, was nur der österreichische Befehlshaber Gideon Ernst v. Laudon befürwortete, dessen Truppen nicht so gravierende Verluste wie die Russen erlitten hatten, wären sie wegen der einsetzenden Dunkelheit nicht weit gekommen. Am nächsten Morgen gingen die Reste der preußischen Armee über die Oder.


„Friedrich läuft Gefahr, bei Frankfurt oder Kunersdorf von Kosaken gefangen zu werden“: Kolorierter Kupferstich von Peter Haas (1754–1813) nach einer Zeichnung von Bernd Rode (1725–1797)
Foto: Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Die drei Tage nach der Schlacht bilden die zweite Phase. Sie sind durch zwei Aspekte gekennzeichnet. Zum einen sah der König eine Nacht lang die Situation als verloren an. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1759 schrieb er in einem Brief an den Minister Finckenstein in Berlin, er „wollte den Untergang“ seines „Staates nicht überleben“. Am 13. August übergab er den Oberbefehl seines Heeres an den Generalleutnant von Finck und erteilte Order, dass die Armee auf seinen Nachfolger, seinen Neffen Friedrich Wilhelm, schwören solle. Das war der absolute Tiefpunkt in der Seelenverfassung des Königs. Von einer Abdankung, die in einigen Publikationen erwähnt wird, ist in den Quellen der Politischen Korrespondenz nichts zu finden. Friedrich der Große handelte auch sich selbst gegenüber nach dem Prinzip: alles oder nichts. Wenn die Russen und Österreicher jetzt mit vereinten Kräften auf dem linken Oderufer angegriffen hätten, wäre Preußen tatsächlich verloren gewesen. Es ist aber müßig darüber zu spekulieren, ob der König dann von eigener Hand aus dem Leben geschieden wäre.

Bereits am Abend des 13. August hatten sich in dem Lager links der Oder zwischen 12 000 und 18 000 Soldaten eingefunden und waren formiert worden. In der Nacht vom 13. zum 14. August hatte sich Friedrich in das Schloss Reitwein zurückgezogen. Er überwand seine Krise aus eigener Kraft und gab bereits am 14. Instruktionen zur weiteren Verteidigung. Am 16. übernahm er wieder den Oberbefehl.

Es begann die dritte Phase. Die zwei Wochen bis zum 1. September waren gekennzeichnet durch die Wiederherstellung der Schlagkraft der preußischen Armee und die Aufrüstung durch Kanonen aus Berlin und eine hinreichende Menge von Patronen. Am 24. August standen 34 000 Preußen ordentlich ausgerüstet in einem Lager bei Fürstenwalde. Der russische Oberbefehlshaber Peter Graf Szaltikow, der die eigenen Verluste vor Augen hatte, griff weiterhin nicht an. Friedrich kommentierte am 1. September gegenüber seinem Bruder Heinrich lakonisch: „Ich verkündige Ihnen das Wunder des Hauses Brandenburg: In der Zeit, in der der Feind die Oder überschritten hatte und mit dem Wagnis einer zweiten Schlacht den Krieg hätte beenden können, ist er von Mühlrose nach Lieberose marschiert.“

Das neue Buch von Eduard Kessel „Das Ende des Siebenjährigen Krieges 1760–1763“, Paderborn 2007, zeigt, welche Ressourcen Preußen auch in den letzten Jahren des Siebenjährigen Krieges noch hatte. Nach den drei von den preußischen Waffen nacheinander verlorenen Schlachten bei Hochkirch (14. Oktober 1758), Kay (23. Juli 1759 durch Generalleutnant Karl Heinrich v. Wedel) und Kunersdorf hätte der Feind triumphieren müssen. Er verpasste den endgültigen Sieg. Die literarische Formulierung Friedrich des Großen vom 1. September zeigt seine feste Zuversicht, dass dieser Gegner ihn nie würde besiegen können. *Jürgen Ziechmann*

»Kriegsverluste« zurück

Preußische Schlösserverwaltung erhält zwei Bilder aus Dresden

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) haben am 30. Juli zwei Gemälde nach Potsdam zurückführen können. Die Kunstwerke galten bisher als Kriegsverluste der preußischen Schlösserverwaltung. Die Rückführung ist nicht nur das Ergebnis einer systematischen Provenienzforschung in Dresden, die durch das von der sächsischen Staatsregierung geförderte Recherche-, Erfassungs- und Inventarisierungsprojekt „Daphne“ wesentlich intensiviert werden konnte. Sie resultiert auch aus der guten Zusammenarbeit zwischen Dresdener und Potsdamer Wissenschaftlern.

Rückgeführt wurden das 1771 entstandene „Bildnis des Staatsministers Ludwig Philipp Freiherr von Hagen“ von Anna Dorothea Therbusch geborene Lisiewska und ein ehemals Annibale Carracci zugeschriebene Darstellung der „Ruhe auf der Flucht nach Ägypten“ aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Beide Gemälde gehörten vor 1945 zum Sammlungsbestand der preußischen Schlösserverwaltung. Sie waren zuletzt im Berliner Schloss beziehungsweise im Orangerieschloss Sanssouci ausgestellt, bevor sie 1940 beziehungsweise 1932 an das preußische Finanzministerium ausgeliehen wurden. Die Bilder gelangten wahrscheinlich aus der Abteilung Tresorverwaltung des Ministeriums der Finanzen der DDR 1953 zur Aufbewahrung in die Berliner Gemäldegalerie. 1959 wurden sie dann an die Dresdener Gemäldegalerie abgegeben, da in Dresden und Berlin irrtümlicherweise angenommen wurde, sie stammten aus Sachsen. Die wahre Identität der Gemälde war gänzlich in Vergessenheit geraten, zumal die alten Inventaraufkleber verloren gegangen waren. Das Porträt des bedeutenden preußischen Finanzmannes von Hagen, dem Friedrich der Große im Berliner Schloss einen Ehrenplatz gegeben hatte, galt zu diesem Zeitpunkt als Werk eines unbekannten Künstlers; auch der Dargestellte galt als unbekannt.


Bildnis des Staatsministers Ludwig Philipp Freiherr von Hagen Bild: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Dass die beiden Bilder sehr wahrscheinlich zu den Kriegsverlusten der preußischen Schlösserverwaltung zählten, konnte erst im Zuge der Bearbeitung der nach 1945 in die Dresdener Gemäldegalerie gelangten Bilder ungeklärter Herkunft ermittelt werden, die derzeit im „Daphne“-Projekt fortgesetzt wird. Der Verdacht wurde von den umgehend kontaktierten Potsdamer Wissenschaftlern bestätigt. Zur erfolgreichen Recherche hat unter anderem der umfangreiche Katalog der Verluste der preußischen Schlösser im Zweiten Weltkrieg beigetragen, der von der SPSG 2004 publiziert wurde und das Therbusch-Gemälde im unversehrten Vorkriegszustand zeigt. *PAZ*

Gelungenes Freundschaftsfest

Minden beging den 250. Jahrestag der Schlacht vor seinen Toren

Bei dem Gedenken an den 250. Jahrestag der Schlacht bei Minden vom 1. August 1759 fielen dem Besucher zunächst die Einsatzfreude und Begeisterung der über 1000 freiwilligen Helfer auf, die bei den Vorbereitungen und der Durchführung aller Veranstaltungen sichtbar wurden. In der ganzen Stadt waren Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Technisches Hilfswerk (THW) und viele Helfer unterwegs, die für die Betreuung der Angereisten bereit standen. Die Festlichkeiten unter dem Motto „Forever friends in Europe“ waren geprägt von dem Wunsche aller Beteiligten, das Gedenken an eine Schlacht mit über 10 000 Toten und Verwundeten „umzuwidmen“ in ein Fest der Versöhnung. Überhaupt handelte es sich um eine überzeugende Integration von militärischen und zivilen Elementen.

Den ersten Höhepunkt gab es bereits am Vorabend des Jahrestages mit dem „Internationalen Festival der Traditionsmusik – The 1st Minden tattoo“ auf dem Simeonsplatz. Über 300 Musiker aus sieben Nationen demonstrierten vor der malerischen Kulisse des Preußenmuseums den Einklang von Musik und soldatischer Bewegung. Die dreistündige pausenlose Darbietung von sechs Militär- und einer Bergmannskapelle begeisterte die rund 6000 Zuschauer. Einige Nachzügler fanden leider keinen Platz mehr, denn die Veranstalter hatten mit nur 2500 Interessenten gerechnet.


„The 1st Minden tattoo“ Bild: Minden Marketing GmbH

Während des Festaktes am 1. August ab 11 Uhr erinnerte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers an die deutsch-britische Verbundenheit, die sich seit der Gründung seines Bundeslandes bis heute stets positiv entwickelt habe. Erstmals nahmen am „Minden Day“ auch Vertreter der Besiegten teil, so dass das Abspielen der deutschen, britischen und französischen Nationalhymne zu einem weiteren Höhepunkt wurde. Bevor der Festakt in der Gefahr war, martialisch zu werden, lockerten kleine Impressionen des „Augenblicks-Theaters“ und einer Gruppe „Firebirds“ die Veranstaltung auf, während nach dem Bürgermeister auch je ein hochrangiger Vertreter Englands und Frankreichs Grußadressen – beide auf deutsch – an die Gäste richteten.

Pünktlich um 15 Uhr begann eine Demonstration der Ausrüstung und Schlagkraft der Bundeswehr. Innerhalb kurzer Zeit schlug sie eine Brücke über die Weser, was die Verantwortlichen als einen symbolischen Brückenschlag verstanden wissen wollten. Die Besucher konnten so trockenen Fußes direkt auf ein Gelände gelangen, auf dem etwa 350 historisch interessierte Aktive Kampfszenen des 18. Jahrhunderts veranschaulichten.

Die preußische Sparsamkeit, die abschließend hervorgehoben werden muss, bezieht sich nicht auf den Einfallsreichtum der Veranstalter, sondern auf den Geldbeutel der Besucher. Sämtliche Veranstaltungen des in allen Aspekten gelungenen Festes waren entgeltlich zugänglich. Auf dem Marktplatz war eine internationale „Gourmet-Meile“ in Zelten aufgebaut, auf der leckere Speisen zu Freundschaftspreisen angeboten wurden. *Jürgen Ziechmann*

Polen muss reinen Tisch machen

Zu: „Polens Interessen" (Nr. 30)

Polen wird für uns ein Dauerproblem bleiben, und wir werden darauf zu achten haben, was die polnische Politik uns gegenüber im Schilde führt. Wir sind zwar beide in der EU, was aber Polens Beziehungen zu uns keineswegs verbessert. Wir haben sozusagen den Feind im eignen Haus.

Dabei sind die Beziehungen der Bürger Polens zu uns in der Regel gut bis herzlich. Es ist nur die machtausübende politische Klasse, die ihre bösen Spiele treibt und von Größenwahn erfüllt ist. Wir müssen auch sehen, dass ein Zueinanderkommen kaum jemals stattfinden kann, wenn Polen nicht endlich reinen Tisch mit der Vergangenheit macht. Ohne jeden Zweifel hat Polen seit 1919 die Minderheiten unterdrückt und sozusagen dem größeren Konflikt den Boden bereitet. Auch hat Deutschland Polen nicht überfallen, das war bei der langen Vorgeschichte des Krieges gar nicht möglich, das nationalistische Polen war regelrecht kriegsgeil. Und das Kapitel der Vertreibungen ist auf politischer Seite noch nicht einmal aufgeschlagen.

Wir werden auch weiterhin miteinander leben, aber werden nie vergessen, dass unser Nachbar im Osten uns in keiner Weise will.

Rudolf Heidemann, Baden-Baden

Wir erhalten gefilterte Nachrichten

Zu: „Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater" (Nr. 25)

Wir haben es hier mit einer interessanten und für uns alle sehr bedeutsamen Thematik zu tun. Es geht ja nicht nur darum, wo und wie der Journalist zu Nachrichten kommt, sondern doch vor allem darum, was für einen Wahrheits- und Informationsgehalt die Nachrichten für den Leser und Hörer besitzen.

Wir sind in unserem Wissen total auf die Medien angewiesen, denen nicht zu Unrecht ein Linkstrend unterstellt wird. Wir erhalten sozusagen gefilterte Nachrichten, deren Aufmachung vielfachen Manipulationsmöglichkeiten unterliegt.

Gegenwärtig wird so viel über Bildung gesprochen, wobei ich nicht ersehe, wie und von wem ich denn gebildet werden soll. Ziel aller Bildung müsste es sein, den Bürger wissend und somit kritik- und urteilsfähig zu machen. Aber wer informiert mich denn so, dass ich ohne Schlagseite urteilsfähig bin und werde? Doch nicht etwa die Zeitungen des Springer Verlages, von denen „Bild" und „BZ" höchstens verbilden?

Leider nützt auch hier eine Diskussion wenig, da die Medien nicht frei sind, entweder im eigenen Käfig gefangen oder von außen zum Gleichschritt gezwungen.

Gerhard Kalenburg, Berlin

Verantwortung

Zu: „Obama: Weniger Zustimmung" (Nr. 30)

Jeder Politiker wird von den ihn umgebenden Verhältnissen eingeholt. Da ergeht es Obama nicht anders, und er wird auch erkennen müssen, dass, wer Verantwortung trägt, anders handeln muss als derjenige, der die Macht erst noch gewinnen will. **Gerd Faesler, Aalen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Kronprinzenpalais: Kulturstaatsminister Bernd Neumann in der Ausstellung „Die Gerufenen". Bild: ZgV

Deutsche bauten Osteuropa mit auf

Zu: „Die Gerufenen" (Nr. 30)

Es waren die sogenannten Volksdeutschen, die in Südosteuropa benötigt wurden, um die Wirtschaft voranzubringen und den Lebensstandard seiner Bürger anzuheben.

Mit ihrem Fleiß und ihrer Tüchtigkeit waren sie begehrt und kamen darum nicht als Eroberer, sondern ganz einfach als eine Art von Nothelfer. Es mag sein, dass dabei ihr zunehmender Wohlstand seine Neider hatte.

Der Balkan war immer ein Hexenkessel, in dem Gewalt und Hass zu Hause waren, was sich gegen Ende des Krieges schrecklich zeigte. Die Opfer waren vor allem die Volksdeutsche.

Gewalt und Grausamkeiten ohne Ende, die heute weitgehend vergessen sein sollen. Aber auch sie fordern Erinnerungen, Trauer und Gedenken. Schuldhaftes Handeln darf nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Dass die heutigen Deutschen fast nichts oder auch gar nichts davon wissen, ist auf Medien zurückzuführen, die dieses Geschehen ganz einfach unterschlagen haben. Man nennt das Pressefreiheit.

Konrad Bakeburg, Duisburg

Rache ist unmenschlich

Zu: „„Es war Völkermord"" (Nr. 29)

Wenn ein Holocaust-Überlebender das feststellt, dann sehe ich darin keine Sensation, denn die Vertreibungen waren natürlich Völkermord. Kein Verbrechen hebt ein anderes auf, weder das Verbrechen des Holocaust noch das der Vertreibungen. Damit will niemand Verbrechen gleichsetzen oder gleich werten, denn solche Verbrechen sind unvergleichbar, jedes zählt für sich.

Und natürlich gibt es unter den Opfern des Holocaust Menschen, die das auch so sehen und für die Rache nicht zu menschlichem Verhalten zählt. Es gibt auch viele jüdische Mitbürger, die das historische Geschehen mit allen seinen Schrecken weit objektiver sehen, als dies die deutsche Öffentlichkeit tut. **Ludwig Bothmer, Essen**

Kein deutscher Politiker sprang für uns in die Bresche

Zu: „Diese Hetze gibt zu denken" (Nr. 29)

Halten wir fest: Ein Mörder tötet. Er tötet jemand vor einem Richter. Hatten wir das nicht schon? Ich erinnere mich, dass eine Mutter einen Kinderschänder vor den Schranken des Gerichts tötete. Dieser Fall erregte Aufsehen, weil er ungewöhnlich war. Auch der Fall Dresden war etwas Ungewöhnliches … aber man vergaß ihn. Ein Mordfall, wie er in unserem Land beinahe täglich vorkommt.

Was daraus wurde, das ist mit normalem Menschenverstand nicht mehr fassbar. Die gesamte deutsche Bevölkerung wird in die Mitschuld genommen für einen ausgeflippten „Ausländer", der sich im fernen Russland vielleicht nur eine „à la deutsche Schäferhund-Biographie" hat zurecht schreiben lassen … Was mich dabei furchtbar geschockt hat: Deutsche Politiker ließen sich vor den Karren der hetzenden Muslime spannen. Das Gegenteil hätte ich gerne gehört (und zwar nicht in Floskeln, sondern mit den Worten der Bürger): „Unsere Menschen haben nichts mit dem Mord eines Ausgeflippten zu tun, wir werden den Mörder wieder nach Russland zurückschicken."

Was macht unsere Politiker so feige? Was hält sie ab, sich für uns, für das Volk einzusetzen? Wir sind doch sonst wer … gehören doch zu den „Acht-Gipflern".

Ich warte auf den nächsten Mordfall. Mal sehen, was daraus gemacht wird. Eine ganz, ganz schlechte Kindheit hatte der Mörder ja dann sowieso!

Betty Römer-Götzelmann, Warstein

Zum Nachteil Kroatiens

Zu: „EU Heuchelei vorgeworfen" (Nr. 28)

Der Balkan war schon immer ein Unruheherd, von dem viel Unheil für Europa ausgegangen ist. Das hat sich abgemildert, aber die Glut ist noch nicht ausgetreten. Der Zweite Weltkrieg hat viele Konflikte ausbrechen lassen, die Nachkriegsordnung war Notbehelf.

Frankreich und England hatten auf dem Balkan immer ihre Interessen, ihre, nicht die der anderen Staaten Mitteleuropas. Was von ihnen bis heute trotz EU weiterwirkt, ist schwer abzuschätzen. Diplomaten und Völker handeln nicht im Einklang. So spricht einiges dafür, dass die beiden Großmächte hier zum Nachteil Kroatiens beteiligt sind. Aber auch der Nationalismus der Slowenen, unter dem auch Kärnten zu leiden hat, dürfte beteiligt sein. Hoffen wir, dass europäischer Geist hier die Konflikte auflösen kann. **Gisela Moritz, Berlin**

Potsdam: Keine Grundlage für unsere Vertreibung

Zu: Leserbrief „Was uns eine Reiseführerin im Schloss Cecilienhof verschwieg" (Nr. 29)

Der Leserbriefschreiber Nitsch, geboren 1937 in Königsberg, jetzt Chicago/USA, zeigte uns anhand seines Besuchs in Potsdam beispielhaft, wie nachlässig in unserem Land Geschichtsfakten vermittelt werden. Aber er irrte sich doch gravierend; denn auf der Konferenz der Kriegssieger im Juli/August 1945 wurde gerade nicht die Vertreibung der Deutschen aus dem Gebiet des Deutschen Reiches beschlossen. Das gemeinsame Protokoll spricht nur von der deutschen Bevölkerung Polens, Ungarns usw. Die Vertreiberstaaten können daraus also eben nicht ihre Verantwortung für die Vertreibungen mit all ihren Gräueln auf die Alliierten abschieben, wie sie es heute oft scheinheilig tun. Im Übrigen wussten die Konferenzteilnehmer in Potsdam sicher, von welchem Gebietsstand Deutschlands sie sprachen; denn schon die „Grenzformel 1937" (ein willkürlich gesetztes Datum, das das Memel- und Sudentenland ausschloss) weist darauf hin. Wir Vertreibungsopfer sollten immer wieder die Gelegenheit nutzen, in der Öffentlichkeit, auch gegenüber den Medien, auf verfälschende Aussagen hinzuweisen.

Dietmar Neumann, Hamburg

Anm. d. Red.: Leser Neumann hat recht, Artikel 13 des Potsdamer Protokolls spricht in der Tat nur von der „Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind". Auch in dieser Form, bei der die Oder-Neiße-Gebiete gar nicht erfasst sind, bleibt der „Transferbeschluss" zutiefst völkerrechtswidrig. Doch wäre die gesamte Staatengemeinschaft gehalten gewesen, in Zweifelsfällen (soweit hier Zweifel bestehen, denn das Protokoll stellt an anderer Stelle klar, dass in Potsdam keine Grenzänderung vorgenommen wurden), den Wortlaut des Textes „in Richtung Recht" zu interpretieren. Tatsächlich geschah das Gegenteil (und insofern hat auch wieder Leser Nitsch recht): Nicht nur Polen, sondern auch die drei Siegermächte interpretierten diese Passage stets so, als ob sie auch die Oder-Neiße-Gebiete umfassen würde. Dies kann ohne weiteres als Mitwirkung an einem Verbrechen bezeichnet werden, wird aber von Warschau seit jeher so gedeutet, als hätten die Alliierten eben doch die Oder-Neiße-Gebiete bereits Anfang August 1945 als Teil Polens begriffen. Spätere Klarstellungen insbesondere der USA, aber auch Großbritanniens, sprechen eine andere Sprache.

Blick in die Geschichte wäre Warnung gewesen

Zu: Lager Asse

Ich möchte Sie informieren, wie die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) im Auftrag der Bundesregierung an das inzwischen zu trauriger Berühmtheit gelangte Atommülllager Asse II kam. Von Wintershall bereits 1964 stillgelegt, sollte Wintershall plötzlich aufgrund neuerer Vorschriften der Bergbehörde, in dem nur mit einem Schacht erschlossenen Bergwerk „aus Sicherheitsgründen" einen zweiten Schacht abteufen. Natürlich wollte Wintershall nicht Millionen in ein bereits stillgelegtes Bergwerk investieren?

Da gerade die GSF ein Salzbergwerk für Forschungszwecke suchte, griff man 1965 zu. Den zweiten Schacht teufte dann die GSF aus Steuermitteln ab, und 1967 ging das „Versuchsbergwerk Asse" als Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Betrieb.

Hätte man sich einmal über die Geschichte des Bergwerkes informiert, so wäre es wohl nicht für Einlagerungen benutzt worden. Die hangabwärts gelegene Schachtanlage Asse I war um 1900 nach einem verheerenden Wassereinbruch abgesoffen.

Unsere Politiker aber versichern immer, die Anlage sei gegen Wassereinbruch völlig sicher.

Gert-Hartwig Quiring, Wiesbaden

Sinnloser Hass

Zu: „Diese Hetze gibt zu denken" (Nr. 29)

Ginge es nur um den Müll, der dem Mund des iranischen Präsidenten entfleucht, könnte man ihn auf geistige Unzurechnungsfähigkeit zurückführen. Aber der Mord in Dresden, der überall und mit Menschen jeder Herkunft hätte passieren können, bewegt Teile der muslimischen Welt, was uns zum Nachdenken Anlass gibt. Was bewegt diese Menschen? Was provoziert ihren sinnlosen Hass? Haben sie nicht den Verstand, um sich vorstellen zu können, dass der Mord von Dresden ein privater und zufälliger war? Warum machen die Medien in den arabischen Ländern diesen hasserfüllten Unfug mit? Sind sie völlig gewissenlos? **Martin Künzel, Frankfurt am Main**

Die heutigen Rentner haben den jetzigen Wohlstand ermöglicht

Zu: „Angst vor den Senioren" (Nr. 29)

Obwohl ich die *PAZ* gerne lese und mich mit den meisten Meinungen identifizieren kann, ist dies bei Ihrer Berichterstattung über die Rentengarantie nicht der Fall. Nicht, dass ich mich betroffen fühle, auch als Nichtrentner habe ich stets diese Meinung wie folgt vertreten: Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass der heutige Lebensstandard, auch der jüngeren Generation, den heutigen Rentnern zu verdanken ist.

Wer hat dieses Land nach dem Kriege aus Trümmern und Asche aufgebaut? Wer hat seinerzeit 48 Stunden und mehr wöchentlich gearbeitet? Wer hat nur acht oder 14 Tage Urlaub im Jahr bekommen? Was wurden früher für niedrige Entlohnungen gezahlt, die heute Grundlage der Rentenberechnungen sind?

Und wer hat trotz all dieser Mühen Kinder großgezogen und muss nicht die heutige demographische Situation verantworten?

Wenn argumentiert wird, dass früher auf mehr Arbeitnehmer ein Rentner kam als es heute der Fall ist, vergisst, dass heute zwei Arbeitnehmer die Produktivität von früheren fünf Arbeitern haben. Wo bleibt die Differenz dieser positiven Entwicklung. In den Taschen der Aktionäre?

Hat der Staat nicht durch seine Familien- und freizügige Gesellschaftspolitik die jetzige negative demographische Entwicklung hauptsächlich mitzuverantworten?

Ist es richtig, die Erziehung von Kindern bei der Rentenberechnung denen fast gleichzustellen, die keine Kinder großgezogen haben und mehr Möglichkeiten hatten, ihre Rente zusätzlich privat abzusichern?

Ich wehre mich auch dagegen, dass die 20 Millionen Rentner Druck auf die Politik ausüben. Wer hat fast zehn Jahre stillgehalten, als es quasi keine Rentenerhöhung gab, aber durch Inflation und Mehrwertsteuererhöhung die Rentner in diesem Zeitraum zwischen 15 bis 20 Prozent Einkommensverluste hinnehmen mussten?

Die in dem Artikel genannten Renten von netto 1700 Euro sind, zumindest in Ostdeutschland, so überhaupt nicht nachvollziehbar, obwohl zur Wiedervereinigung das Durchschnittsalter dort bei 28 Jahren lag. Wer hat davon wohl am meisten profitiert? Trotzdem liegen dort nach 20 Jahren die Durchschnittsrenten noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt, obwohl die heutigen Rentner schon viele Jahre im nun geeinten Land gearbeitet haben.

Die Rentner haben, im Gegensatz zu anderen Gesellschaftsschichten, die wenigsten Lobbyisten.

Wenn nun beklagt wird, dass die Bundesregierung 80 Milliarden Euro jährlich zur Rentenkasse beisteuern muss, ist dies lediglich die Folge ihrer verfehlten Familien- und Gesellschaftspolitik.

Konrad Adenauers Worte „Kinder kriegen die Leute immer" hat heute leider keinen Bestand mehr. Wer ist dafür verantwortlich? Nicht die heutige Rentnergeneration in ihrer übergroßen Mehrheit. **Reiner Schmidt, Güstrow**

Extreme Untaten

Zu: „Linke Gewalt gegen Ökohäuser" (Nr. 28)

Mein Eindruck, man muss dem linksextremen Mob nur einen Knochen hinwerfen, und schon wird aufgerüstet. Wir dürften hier einen Bodensatz von Asozialen haben, die sich besonders in Berlin und Hamburg konzentriert haben und auch sehr reiselustig sind. Dieser Mob hat bisher den Vorteil, von linksliberaler Verzeihung umgeben zu sein. Häufen sich die linksextremen Untaten, wird schnell die Geburtstagsfeier eines angeblichen Rechtsextremen gestürmt oder der Missbrauch des Internets zur Verbreitung rechten Gedankengutes beklagt. Dabei bin ich mir bewusst, dass ich keine Definition von rechts kenne. Rechts ist immer schlecht und das reicht.

Harald Benz, Greifswald

Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 8. August 2009

Letzte Ehre für die Toten von der Marienburg

Am Freitag, den 14. August findet auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Neumark (Stare Czarnowo) bei Stettin eine Einbettung ziviler deutscher Kriegs- und womöglich auch Nachkriegsopfer statt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wird dort die seit vergangenem Herbst nahe der Marienburg in Westpreußen exhumierten rund 2116 deutschen Toten beisetzen, unter ihnen 1001 Frauen und 377 Kinder. Die Identität der Toten ist unklar, nach Lage der Dinge handelt es sich aber ganz überwiegend teils um Flüchtlinge aus Ostpreußen, teils um Deutsche aus dem westpreußischen Marienburg und der näheren Umgebung.

Bei dem Begräbnis werden zahlreiche Gäste aus Polen und Deutschland erwartet, für die Landsmannschaft Ostpreußen wird deren stellvertretender Sprecher Dr. Wolfgang Thüne in Vertretung des Sprechers Wilhelm v. Gottberg eine Ansprache halten. Nachdem die Landsmannschaft Ostpreußen zunächst eine Beisetzung der Toten näher an ihrer Heimat befürwortet hatte, akzeptiert sie die Argumente des Volksbundes für eine Einbettung bei Stettin: Der Danziger Friedhof ist zu klein, und in Marienburg selbst hätte ein völlig neuer Friedhof ausgewiesen werden müssen, was etliche Monate gedauert hätte. LO-Sprecher v. Gottberg betont, dass im Vorfeld der Entscheidung für diesen Ort seitens des Volksbundes stets enger Kontakt mit ihm gehalten worden sei.

Volksbund-Präsident Reinhard Führer erklärte: „Wer diese Menschen wirklich waren und wie sie zu Tode kamen, wird vielleicht für immer im Dunkeln bleiben. Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen auf Dauer eine würdige Ruhestätte zu schaffen. Wir rechnen damit, bei unserer Suche nach deutschen Kriegstoten in Polen noch eine Reihe weiterer Gräber mit zivilen Opfern zu finden.“ Wie die *Preußische Allgemeine Zeitung* vom Pressesprecher des Volksbundes Fritz Kirchmeier erfuhr, steht man dort dem Gedanken, bei künftigen Exhumierungen von Kriegs- und Nachkriegsopfern zur Feststellung der Identität der Toten auch genetische Proben zu nehmen, an sich aufgeschlossen gegenüber. Bisher werde aber noch nicht so verfahren, zumal eine Identifizierung oft an fehlenden Vergleichsproben scheitern würde. Jedenfalls sei gesichert, dass die Gräber von Ziviltoten auf Kriegsgräberstätten von Soldatengräbern unterscheidbar seien – dies war stets ein Anliegen der Landsmannschaft Ostpreußen. Die LO appelliert an alle Landsleute, durch zahlreichen Besuch den Getöteten am 14. August die letzte Ehre zu erweisen. *K.B.*

Samland ist Glücksspielzone

Seit Juli ist das neue Reglement in Kraft – In der Praxis halten sich die Folgen in Grenzen

Ähnlich wie Michail Gorbatschow einst den Wodka bekämpfen wollte, ziehen Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew gegen die Spielhallen zu Felde. Seit dem 1. Juli ist das Glücksspiel nur noch in vier Sonderzonen der Russischen Föderation erlaubt, darunter das Königsberger Gebiet. Doch das frische Verbot wird bereits munter umgangen.



Demontage von Glücksspielwerbung: Häufig wird die Reklame nur durch solche für Lotterien oder Poker ersetzt. Bild: Tschernyschew

Der Beschluss, in Russland ein Gesetz „Über die staatliche Regulierung der Organisation und der Durchführung von Glücksspielen“ zu erlassen, wurde schon 2006 gefasst. Demzufolge sollen alle Glücksspieleinrichtungen und Säle mit Automaten in spezielle Zonen ausgelagert werden. Ein Projektentwurf, der die Zustimmung der Politiker fand, sieht die Gründung von vier „Spielzonen“ vor, in denen Kasinos und Spielhallen weitergeführt werden dürfen. Am 1. Juli ist die Frist für die Schließung aller bisherigen Glücksspieleinrichtungen abgelaufen. Alle Kasinos mussten in die speziellen Spielzonen umziehen oder schließen.

Eine dieser Spielzonen soll am Ostseeufer an einem Ort nahe Kirpehnen (Powarowka) bei Palmnikken (Jantarnyj) in Ostpreußen entstehen. Nach ersten Planungen wird die Zone auf einem 11,7 Quadratkilometer großen Gelände entstehen. Sie wird in zwei Sektoren aufgeteilt: in eine Erholungszone ohne Spieleinrichtungen mit Hotels und in eine reine Spielzone. Dort könnten zirka 20000 Spielautomaten und 800 Spieltische aufgestellt werden.

Das Thema erregt seit drei Jahren die Gemüter, die öffentliche Meinung ist geteilt. Während es eine starke Bewegung in der Region gegen die Spielzone gab, haben die Regionalpolitiker mit allen Mitteln versucht, die Bewohner des Samlandes von deren wirtschaftlichen Vorteilen für die Entwicklung der Region zu überzeugen.

Indessen beeilt sich niemand, in einer fast leeren Gegend etwas aufzubauen. Die Kosten für neue Spieleinrichtungen sind hoch, und ob die Ausgaben in absehbarer Zeit wieder hereinkommen, steht in den Sternen. Vor dem 1. Juli sahen die Kasinobetreiber in den Städten jedenfalls keine Veranlassung, ihre Geschäfte zu schließen, zumal es noch keinen Ort gibt, an den sie ziehen könnten. Die Geschäftsinhaber warteten vielmehr lange darauf, dass die Frist verschoben würde. Doch schon am 6. Mai erklärte der Präsident das Datum 1. Juli für endgültig.

Weder im Königsberger Gebiet noch in den drei anderen vorgesehenen Regionen für staatlich autorisierte Spielzonen haben bislang Bauarbeiten für Erholungs- und Spielzonen begonnen. Im Königsberger Gebiet beispielsweise wurde erst vor kurzem das erste Grundstück für den Bau von Spielhallen zum Kauf ausgeschrieben. Und dies erst, nachdem die Regierung wegen der Finanzkrise die Bestimmungen für die Veräußerung der Grundstücke geändert hatte. Statt einen Unternehmer auszuwählen, der für das Gesamtprojekt und die Erstellung einer Infrastruktur die Verantwortung übernimmt, entschieden die Politiker, die Grundstücke für die geplante Spielzone an jeden zu verkaufen, der Interesse zeigte.

Verbote werden mit viel Phantasie umgangen

Vermutlich wird das Projekt frühestens in zehn Jahren verwirklicht. Der Region drohen hohe Einnahmeverluste durch den Wegfall von Steuern aus dem Glücksspielgeschäft. Schon in diesem Jahr ist mit Steuerausfällen von 120 Millionen Rubel (2,8 Millionen Euro) zu rechnen. Dem stehen zwar Investitionen in Höhe von 600 Millionen Rubel (13,6 Millionen Euro) für das Spielzonen-Projekt gegenüber, doch werden diese wohl noch lange auf sich warten lassen.

An die Leiter von Spielhallen haben die Behörden vor dem 1. Juli die Aufforderung verschickt, ihre Tätigkeit fristgerecht einzustellen und sich von der Steuer abzumelden, um der zwangsweisen Schließung zu entgehen. Die Kasino-Könige hielten jedoch still und regten sich nicht sonderlich auf. Sie hatten längst Möglichkeiten gefunden, das Gesetz zu umgehen.

Eine besteht darin, virtuelle Glücksspiele in Internet-Cafes zu betreiben. Anstelle von Spielautomaten und Spieltischen stehen dort Computer, und mit speziellen Programmen und dem Internet können die Spieler sich an Glücksspielen beteiligen. Niemand kann zur Verantwortung gezogen werden, weil die Spielautomaten und -tische ganz woanders stehen und in einem „Internet-Cafe“ ja lediglich der Zugang zum Internet verkauft wird.

Eine andere Variante ist die Lotterie. Dabei werden Spielautomaten in Lotterieapparate umgebaut. Die Besucher beteiligen sich an Lotteriespielen und das ist völlig legal.

Eine weitere Möglichkeit ist Poker, der unlängst in Russland als Sport anerkannt wurde, also bisherige Spielhallen könnten in Pokersäle umfunktioniert werden und so ihre Dienste in den bisherigen Lokalen weiter anbieten.

In Königsberg und anderen Orten wurde Ende Juni mit der Demontage der Schilder und Leuchtreklame der bisherigen Spielhallen begonnen. Hier und da sind an ihre Stelle neue Reklameschilder für Lotterien getreten.

Jurij Tschernyschew

Masuren im Finale

Die Entscheidung über die »neuen 7 Naturwunder«

Masuren hat es in die Endausscheidung um die Zugehörigkeit zu den „New 7 Wonders“, den „neuen 7 Naturwundern“ geschafft. Auf der Liste der Finalteilnehmer befinden sich unter anderen auch Amazonien, ebenso die Cliffs of Moher in Irland und der Grand Canyon in den Vereinigten Staaten. In zwei Jahren werden Internet-Nutzer über die endgültigen Sieben abstimmen können. Im Jahre 2011 wird die Stiftung „New 7 Wonders“ die offizielle Liste der sieben Naturwunder bekannt geben.

Der Woiwodschaftsmarschall von Ermland und Masuren, Jacek Protas, äußerte sich optimistisch, dass dank der Abstimmung die masurischen Seen in der ganzen Welt bekannt geworden seien. Er ergänzte, dass die Förderungsaktion in der ganzen Region unter dem Motto „Masuren – Wunder der Natur“ weitergehen werde.

Freunde Masurens sollen im Internet ihr Votum abgeben

Die Bemühungen im Kampf um die Anerkennung als eines von sieben neuen Naturwundern werden von den masurischen Städten unterstützt. Die Bürgermeisterin von Lötzen, Jolanta Piotrowska, ist sich sicher, dass Masuren seine Nominierung verdient hat, und sie versprach intensive Förderung. Engagieren wird sich auch die Stadtverwaltung Angerburgs. Der Bürgermeister der Kreisstadt, Krzysztof Piwowarczyk, verspricht sich einen Entwicklungsschub für Masuren. So hofft er beispielsweise auf den Bau neuer Straßen, Hotels und Pensionen. Nach Meinung von Ewa Stajuda von der Stiftung zum Schutz der Großen Masurischen Seen hat die polnische Seenplatte eine gute Chance, die Abstimmung zu gewinnen. „Man muss Bekannte im Ausland zu einer Abstimmung für Masuren animieren“, feuert sie die Masurenfreunde unter ihren Landsleuten an. Die Aktion verdient in ihren Augen höchstes Engagement. *PAZ*

»Schmuckstück«

Soldatenfriedhof in Siegersfeld gepflegt

Neun Tage lang hat diesen Sommer eine Gruppe von Soldaten aus Sachsen unter der Führung von Oberstleutnant Jürgen Lehmann auf dem Soldatenfriedhof in Siegersfeld, Kreis Lyck gearbeitet. Es wurde an den Gräbern, den Grabkreuzen und den Kantensteinen sowie an der Friedhofsmauer gearbeitet. Mutterererde wurde ausgetauscht. Der Rundweg und der Eingangsbereich wurden mit Waschkies aufgefüllt. Dabei kamen 40 Tonnen Kies zur Verarbeitung.

Soldaten leisteten »Knochenarbeit«

Dem zuständigen Kreisvertreter Gerd Bandilla, dessen Geburtshaus rund zweieinhalb Kilometer von dem Soldatenfriedhof entfernt liegt, war es ein Herzensanliegen, Oberstleutnant Lehmann stellvertretend für seinen gerade einmal sieben Soldaten zählenden Trupp für dieses Engagement schriftlich zu danken: „Die Arbeit wurde fachmännisch sehr ordentlich durchgeführt. Allein das Verlegen der Folie unter dem Kies der Gehwege, die Unkraut-Wuchs verhindert, ist erwähnenswert. Für die Mitglieder Ihrer Gruppe war es ‚Knochenarbeit‘. Das alles ist sehr zu loben. Herzlichen Dank dafür allen Beteiligten! Der Friedhof ist jetzt ein Schmuckstück.“ *PAZ*

Ausverkauf im Sudetenland

Schwieriges Erbe von Benesch-Dekreten und Kollektivierung

Obwohl die Tschechische Republik bei ihrem EU-Beitritt ein Moratorium für den Verkauf von Ackerboden an Ausländer durchsetzen konnte, das noch bis 2011 gilt, gerät immer mehr landwirtschaftlicher Grund und Boden im Sudetentenland in nichttschechischen Besitz. Berichten der tschechischen Landwirtschaftskammer zufolge besitzen Ausländer bereits mindestens ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen in „Westböhmen“. Ursache hierfür ist, dass es im Sudetentenland infolge der Vertreibung der rechtmäßigen deutschen Eigentümer kaum alteingesessene Besitzer gibt, die an ihrer Scholle hängen.

Gemäß den Benesch-Dekreten wurde das landwirtschaftliche Eigentum der Deutschen und Ungarn „in die Hände des tschechischen und slowakischen Bauerntums und der Landlosen“ gegeben oder aber verstaatlicht. Die „tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen“ konnten sich jedoch nur kurze Zeit ihres neuen Besitzes erfreuen, denn mit der Kollektivierung verloren sie bald wieder die Verfügungsgewalt.

Seit der Überwindung des Sozialismus versucht Prag zwar, die Kollektivierung rückgängig zu machen, viele der Besitzverhältnisse in der kurzen Zeit zwischen der Vertreibung der Deutschen und der Kollektivierung sind jedoch schwer zu rekonstruieren. Zudem wissen wir aus der Geschichte der DDR, dass aus den Bodenreformen im Machtbereich der Sowjetunion viele kleine Parzellen hervorgegangen sind, die eine Familie kaum ernähren konnten. Böse Zungen behaupten, dass dieses in der vorausschauenden Absicht geschah, bei diesen sogenannten Neubauern dann um so weniger Widerstand gegen eine Zusammenlegung in Form der Kollektivierung erwarten zu müssen. So haben heute, wie die „Sudetendeutsche Zeitung“ berichtet, vier Millionen Hektar Land fast drei Millionen Besitzer.

Das neu geschaffene Eigentum erweist sich als wenig stabil

Diese Tatsache, dass das Sudetenland weniger durch lebensfähige Höfe als durch privaten Kleinstbesitz und Staatsbesitz geprägt ist, erleichtert es internationalen Investoren, hier auf Einkaufstour zu gehen und von dem im Vergleich zu den westeuropäischen EU-Partnern extrem niedrigen Bodenpreisniveau zu profitieren. Das erwähnte Moratorium bis 2011 wird dabei meist durch die Gründung von Handelsgesellschaften mit tschechischer Beteiligung umgangen. *Manuel Ruoff*

Ständchen für die Kanzlerin

Oberschlesier und Ostpreußen sangen zu Merkels Geburtstag

Auch zu Angela Merkels 55. Geburtstag hat eine Delegation von Oberschlesiern und Ostpreußen mit Bewohnern des Geburtshauses in Hamburgs Stadtteil Harvestehude das bereits traditionelle „Geburtstagsständchen aus der hanseatischen Geburtsstadt“ gehalten, verbunden mit einem herzlichen „Glück auf!“ Gemeinsame Glückwünsche und die besten Wünsche für die Bundestagswahl gingen zum CSU-Parteitag nach Nürnberg, wo sich die CDU-Chefin zu diesem Zeitpunkt gerade aufhielt, und nach Berlin, ihrem heutigen Lebensmittelpunkt. In den Gratulationsbrief trug sich auch als einer der Jüngsten der gerade fünfjährige Julius de Wall ein. Der Hausbewohner Markus Sebastian lud die Ex-Bewohnerin zu einem privaten Besuch in die damalige elterliche Wohnung ein.

Auch sonst waren die Oberschlesier vergangenen Monat aktiv. So sind zu ihrer Wallfahrt zahlreiche Abordnungen aus dem gesamten Bundesgebiet nach Haltern gekommen. *PAZ*



Im Gesang vereint: Oberschlesier und Ostpreußen Bild: Piesch

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es geschieht immer wieder, dass meine – nicht ostpreußischen Begleiter – den Kopf schütteln, wenn ich mich auf einem Heimattreffen lange und herzlich mit den andern Teilnehmern unterhalte, die ich nie zuvor gesehen habe. So wird dann zwangsläufig die Frage gestellt: „Kennt Ihr Euch?“, worauf unsererseits ein Kopfschütteln erfolgt. Ich wage dann manchmal zu behaupten: „Wenn zwei Ostpreußen sich treffen, haben sie nach fünf Minuten Plachandern schon mindestens einen gemeinsamen Bekannten, nach weiteren zehn Minuten sind es bereits fünf und nach einer halben Stunde sind sie auch noch verwandt.“ Das ist natürlich leicht übertrieben, aber wirklich nur leicht, denn niemand außer uns kann verstehen, was das Bindeglied „Heimat Ostpreußen“ bewirken kann. Ich habe es wieder einmal zu spüren bekommen. Nicht bei einer persönlichen Begegnung, sondern als ich das Buch von **George Turner** „Die Heimat nehmen wir mit“ aufschlug, das mir der Verfasser übersandte, weil er eine Frage hatte, die mit seiner Ahnenforschung zusammenhängt. Er ahnte nicht, dass er mich dabei an den Wurzeln gepackt hatte, denn der Untertitel „Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45“ weckte sofort die Alarmglocken in mir. Denn ich bin mütterlicherseits – fast lupenreiner – Salzburger Abstammung und kann dank der Familienforschung meines Vetters **Georg Reinecker** unsere Ahnen bis zu jenem **Rupert** verfolgen, der aus Goldegg bei Schwarzach nach Preußen zog, um an der östlichsten Grenze im Kreis Stallupönen die ostpreußische Linie Reinecker zu begründen. Dies zur Erklärung, warum ich sofort das Buch in die Hand nahm. Ich war sehr angetan von der Art, wie der Autor anhand der Geschichte seiner Familie vor klar gezeichnetem historischem Hintergrund die Historie der 15 000 Salzburger Emigranten behandelt, von denen allein 12 000 in das durch Pest und Tatareneinfälle „wüst“ gewordene Preußen kamen – und deren Nachkommen nun, wie einst ihre Vorfahren, aus ihrer ostpreußischen Heimat vertrieben wurden. So schlägt der Autor – Universitätsprofessor, Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Berliner Senator – einen Bogen über die Jahrhunderte und beweist mit der Einfügung der unterschiedlichsten Schicksalsberichte aus seinem Familienbereich, dass immer ein Neubeginn möglich ist, wenn man „die Heimat mitnehmen kann“. (Das Buch von George Turner „Die Heimat nehmen wir mit“, Berliner Wissenschafts-Verlag, wurde in Folge 4 der *PAZ* rezensiert).

Wie sagte ich doch zu Beginn meiner Kolumne? „... nach einer halben Stunde sind wir auch noch verwandt!“ Es dauerte noch nicht einmal so lange, bis ich auf den Namen „**Wiemer**“ in der Ahnenliste von Herrn Turners mütterlicher Linie **Hofer** stieß. Es ist der Mädchenname seiner Urgroßmutter – und der meiner Urgroßmutter. Und auch weitere Familiennamen tauchen auf, bei denen eine verwandtschaftliche Beziehung möglich wäre, wie **Flötenmeyer** oder **Mett** – na ja, die Ehen unserer Altvordern waren mit Kindern reich gesegnet. Aber soviel steht fest: Sie stammen alle aus der gemeinsamen Urheimat, dem Salzburgischen. Und damit komme ich zu dem eigentlichen Anlass, den Professor Turner bewog, sich an mich zu wenden: Es geht um die väterliche Linie Turner, über die er nur wenig Angaben hat. Während die Familiengeschichte der Hofers bis zum letzten Winkel ausgeleuchtet ist – sogar die Zugroute der Exulanten im achten Trupp der Angesessenen, zu dem der Urahn **Martin Hofer** gehörte, ist vom Verlassen des Erzstifts Salzburg bis zur Ankunft in Königsberg am 6. Oktober 1732 etappenweise aufgelistet! –, klaffen in dieser Familiengeschichte große Lücken. George Turners Mutter **Martha** Hofer war in erster Ehe mit dem Besitzer des Gutes Doblentschen, **Albert Turner**, verheiratet. Kurz nach der Geburt ihres Sohnes George 1935 wurde die Ehe geschieden, der Vater fiel 1944. Zweifellos stammt die Familie aus Salzburg. Es ist anzunehmen, dass eine Verbindung zu **David** Turner besteht, der von Oberpichl. Ger. Radstadt – Algnberg nach Preußen ausgewanderte und in Kötschen ansässig wurde. Angeblich soll die Exulantenfamilie sieben Söhne gehabt haben, eine entsprechende Eintragung ist jedoch nirgends zu finden. Aber David und seine Frau **Margarete** geborene **Kendlpacher** hatten nachweisbar sieben Kinder, darunter fünf Söhne, einer von ihnen dürfte zu George Turners Vorfahren zählen, da sein Vater wie auch Großvater **Otto Turner** in Kötschen geboren wurde. Eine exakte Feststellung der Abstammung war wegen lückenhafter Kirchenbücher und anderer Annalen bisher nicht möglich, obgleich der Name Turner mehrfach auftritt. Mündliche Überlieferungen gibt es nicht, außer einem Halbbruder sind keine Verwandten ausfindig zu machen. Es wäre nun für George Turner wichtig zu erfahren, ob es noch Nachkommen von ostpreußischen Familien dieses Namens gibt, ob und welche Unterlagen über deren Abstammung vorhanden sind und auf welchen Quellen diese beruhen. (Prof. George Turner, Kurfürstendamm 213 in 10719 Berlin, Telefon 030 / 8812836, Fax 030 / 8812277. E-Mail: George.Turner@t-online.de)

Und eine ganz besondere Erinnerung hat dieses Buch in mir geweckt, und auch sie führt zurück nach Salzburg, in einen wundervollen Sommer in den späten 30er Jahren. George Turner bezieht in seine Familiengeschichte auch die Dichterin **Agnes Miegel** mit ein – ihre Mutter war ja eine geborene Hofer. Ihre Ahnen wie die des Autors stammen vom Oberhof in Filzmoos. Agnes Miegels Vorfahr, der nach Preußen zog, war **Johann Hofer**, der Bruder von George Turners Ahnherrn Martin Hofer. In der fünften Generation dieses Hofer-Zweiges, der in der Niederung eine neue Heimstatt fand, wurde eine Tochter **Helene** geboren: die Mutter von Agnes Miegel. Die Dichterin und ich haben viel über unsere Salzburger Vorfahren gesprochen. Und nun kommt das nie vergessene Erlebnis, das sich in Schwarzach abspielt. Ich hatte Goldegg aufgesucht, wo meine Vorfahren herstammen, und stehe an der Fahrstraße, als ein großes Auto plötzlich bremst. Eine Frauenhand winkt mir zu, und ich höre meinen Namen. Es war Agnes Miegel, die – zusammen mit ihrer Freundin **Alma Rogge** – ebenfalls die Heimat ihrer Vorväter aufsuchte. Da standen wir nun zusammen an jener Stelle, wo ihre und meine Vorfahren einst als Exulanten ausgezogen waren. Und nahmen das Bild dieser wundervollen Landschaft in uns auf, wie Agnes Miegel in ihrem Gedicht „Meinen Salzburger Vorfahren“ schreibt: „So wie's in singender Brüder Zug der Ahne sah zum letzten Mal!“ Am Oberhof erinnert eine Gedenktafel an die Dichterin und ihre mütterlichen Vorfahren, die in dem Buch abgebildet ist.



Afghanischer Staatsbesuch in Berlin 1928: Hauptmann Koldemann, Reichspräsident v. Hindenburg und König Aman Ullah beim Abschreiten einer Ehrenformation der Reichswehr Bild: privat

Sollte ich heute zu sehr auf meine persönlichen Empfindungen eingegangen sein, so sehen Sie es mir bitte nach. Wenn man eine so lange Lebensspanne aufweisen kann und die in ihr gespeicherten Erlebnisse noch voll abrufen kann, wenn man dazu täglich mit Fragen und Wünschen zu tun hat, die mit diesen zu verbinden sind, dann wird man eben zur Chronistin und will die Erkenntnisse weitergeben. Als ich einmal in einem Seminar gefragt wurde, warum ich in meinem hohen Alter noch immer so viel schreibe und vortrage, habe ich erklärt, dass ich mein glücklich schätze und dankbar dafür bin, dass ich mein durch Erleben bereichertes Wissen über meine Heimat Ostpreußen in diese Arbeit mit einbringen kann. Und das werde ich, auf die Seminararbeit bezogen, auch am letzten Septemberwochenende in Bad Pyrmont tun, wenn im Ostheim das diesjährige Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen stattfindet.

Die ostpreußische Familie

Jetzt kann unsere Familie auch etwas zu dem Thema „Hindenburg“ beitragen, denn wir bekamen ein Foto übersandt, das wahrscheinlich aus einem privaten Album stammt. Frau **Christel Behrend** aus Hamburg meint, es könnte was für unser Archiv sein, aber wir wollen es unsern Lesern nicht vorenthalten, denn es könnte für einige interessant sein. Es zeigt Hindenburg mit dem König **Aman Ullah** von Afghanistan bei einem Staatsbesuch in Deutschland im Jahre 1928. Zwei Jahre zuvor hatte der Emir das Land am Hindukusch nach blutigen Kämpfen gegen die Engländer und errungener Unabhängigkeit zum Königreich gemacht und selber den Thron bestiegen. Seine Untertanen waren mit den Reformen des Königs nicht einverstanden und vertrieben ihn ein Jahr später aus dem Land. Damals stand also König Aman Ullah auf der Höhe seines erstrittenen Erfolges. Da das Foto wohl nicht von einem Reporter aufgenommen ist, wirft sich die Frage auf, ob hier persönliche Gründe eine Rolle mitspielen. Vielleicht sollte es eine Erinnerung für den Hauptmann **Koldemann** sein, der auf dem Bild links zu sehen ist, dann hätte das Foto vielleicht für dessen Familie einen gewissen Wert. Ein Staatsbesuch mit Ehrengarde war schon ein Ereignis. Wo der Empfang stattfand, ist nicht vermerkt, mit Sicherheit in Berlin. Übrigens hat dieses kleine Bild auch Erinnerungen an einen Hindenburg-Besuch in Königsberg geweckt. Damals durfte meine ältere Schwester **Anny** ihm als weiß gekleidete Ehrenjungfrau einen Blumenstrauß überreichen. Er sagte sehr freundlich: „Danke, mein Kind“, und strich ihr über den blonden Kopf. Das ging in die Annalen unserer Familiengeschichte ein. Leider ohne Foto.

Ein erfreulicher Brief erreichte uns aus dem US-amerikanischen Texas. Dort lebt die Familie **Pomper Gilliland**, und **Christina** und **Bill** Gilliband bedanken sich für eine paar gute Ratschläge für eine geplante Ostpreußenreise, die sie in diesem Jahr machen wollten. Die ich aber nicht allein erteilte, und deshalb muss ich den Dank weiterreichen, in dem ich diesen wörtlich wiedergebe: „Seit einiger Zeit habe ich das *Ostpreußenblatt* gelesen, fand aufgrund Ihrer Empfehlungen **Frank Schneevogt** in Berlin und **Oleg Popov** in Cranz/Königsberg, der mich wiederum auf **Klaus Lunau** aufmerksam machte, und somit fand ich vieles wie erwartet. Es war ein herrlicher Urlaub. Von Anfang Januar 1945 bis Anfang Juni 2009 ist eine lange Zeit, ich hatte jedoch Cranz in bester Erinnerung. Ich danke allen vielmals für die Ratschläge meiner Ostpreußenreise.“ Herzliche Grüße nach Texas!

Ruth Geede Foto: Pawlik

Eure

Ruth Geede



ZUM 103. GEBURTSTAG

Wilke, Ernst Otto, aus Illowo, Kreis Neidenburg, jetzt Baltrumstraße 5, 45665 Recklinghausen, am 15. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Marzian, Friederike, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 144, jetzt Burgstraße 47, 21720 Grünendeich, am 12. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Laudin, Erna, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 29, 58849 Herscheid, am 15. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schiminowski, Fritz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmansker Straße 5 c, 06130 Halle, am 12. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bsdurreck, Selma, geb. **Klingenberg**, aus Heldenfeld-Romotten, Kreis Lyck, jetzt Basdahler Straße 2, 28239 Bremen, am 15. August

Dautzenberg, Irene, aus Lyck, jetzt Brohltalstraße 189, 56651 Niederzissen, am 7. August

Schumann, Hedwig, geb. **Schukat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Beverstraße 2, 37574 Einbeck, am 10. August

Siemund, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Feldstraße 138, 24105 Kiel, am 13. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brohl, Karl, aus Lötzen, jetzt Blankenburgerstraße 24, 47259 Duisburg, am 16. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grickschat, Anna, geb. **Podien**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Lerchenstraße 67, 47918 Tönisvorst, am 14. August

Kosidowski, Martha, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt Marie-Juchacz-Straße 11 a, 49565 Bramsche, am 16. August

Titius, Victor, aus Altenburg, Kreis Wehlau, jetzt Landhaus Horn, Schwachhauser Heerstraße 264, 28213 Bremen, am 7. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fitzner, Harry, aus Bromberg, Pommern, am 31. Juli

Nachtigal, Lydia, geb. **Mertsch**, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt In den Eichgärten 18, 35625 Hüttenberg, am 16. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Falk, Richard, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Paul-Gerhard-Straße 4, 49143 Bissendorf, am 13. August

Hartwich, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 115, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 32, 22848 Norderstedt, am 16. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Demmler, Lieselotte, geb. **Brix**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 53, jetzt Westerwaldstraße 30, bei Schmitz, 56170 Bendorf, am 12. August

Schwarz, Elfriede, geb. **Rowinski**, aus Tapiau, Lindemannstraße, Kreis Wehlau, jetzt Otto-Wels-Weg 11, 37077 Göttingen, am 12. August

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, und Pareyken, Kreis Wehlau, jetzt Brahmsweg 2, 27299 Etelsen, am 15. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Eidam, Käthe, geb. **Wargalla**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Leuner Straße 1, 35619 Braunfels, am 13. August

Entz, Magdalene, aus Weepers, Kreis Mohrungen, jetzt Driescherstraße 18, 53819 Neukirchen/Seelscheid 2, am 16. August

Machts, Käthe, geb. **Quehl**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, jetzt Brunnenquell 11, 35094 Gossfelden, am 11. August

Meischt, Elfriede, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, jetzt Schlamerstraße 6, 23774 Heiligenhafen, am 10. August

Koschorreck, Frieda, geb. **Segatz**, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Am Wasserturm 53, AWO-Seniorenheim, 23963 Grevesmühlen, am 13. August

Rabe, Hildegard, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Anton-Bruckner-Straße 5, 63179 Oberhausen, am 11. August

Rubbel, Helene, geb. **Bolli**, jetzt Am Elisabethstein 30, 26215 Wiefelstede, am 16. August

Stürzl, Käte, geb. **Glitz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Haydnstraße 12, 69245 Bammental, am 11. August

Voigt, Gustav, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Seestraße 4, 18439 Stralsund, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alberti, Brunhild, geb. **Schulz**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Saaleweg 27, 30179 Hannover, am 13. August

Bemba, Edith, aus Grundensee, Kreis Lötzen, jetzt Kurfürstenallee 6 a, 53177 Bonn, am 10. August

Birnbacher, Hilde, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Jessen 16, 01623 Lommatzsch, am 16. August

Blank, Rudi, aus Königsberg, und Heiligenbeil, Bertholdweg 5, jetzt Angermoosstraße 22, 86971 Peiting, am 12. August

Jaquet, Eleonore, geb. **Bajer**, aus Stadthausen, und Liene, Kreis Wehlau, jetzt Segouer Straße 12, 01587 Riesa, am 11. August

Kieckebusch, Anny von, aus Pr. Eylau, jetzt Gutshof, 34270 Schauenburg, am 15. August

Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, jetzt Sonnentauweg 16, 27356 Rotenburg, am 14. August

Kunkel, Ursula, geb. **Böhm**, aus Heiligenbeil, Neubauerweg 7, jetzt Guts-Muths-Str. 31, 30165 Hannover, am 16. August

Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Am Hopfenberge 7, 37124 Rosdorf, am 16. August

Schwabe, Lisette, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, jetzt Grabenstraße 2, 67551 Worms, am 12. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Bruno, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Bornfeld 10 A, 61389 Schmitten, am 13. August

Alff, Elfriede, geb. **Stumpf**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Große Wollweberstraße 17 A, 17033 Neubrandenburg, am 16. August

Ballay, Fritz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schützenstraße 30, 46535 Dinslaken, am 14. August

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Waldsiedlung 9 A, 18146 Rostock, am 10. August

Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, jetzt August-Hinrichs-Straße 10, 28816 Stuhr-Varrel, am 15. August

Chilla, Erika, geb. **Senff**, aus Lukkau, Kreis Ortelsburg, jetzt Ulmerstraße 25, 48734 Reken, am 11. August

Dahlke, Christel, aus Heiligenbeil, Alfarthweg 7, jetzt Heidnocken 18, 58093 Hagen, am 18. August

Dausch, Adelheid, geb. **Bednarz**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Lehmberg 1. 45307 Essen, am 16. August

Dormeyer, Else, geb. **Adomeit**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, jetzt Mardersteg 6, 31275 Lehrte, am 14. August

Gieseler, Anni, geb. **Schirrmacher**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hansaring 33, 48155 Münster, am 15. August

Harksel, Siegfried, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Meklenburger Landstraße 32, 23570 Lübeck-Travemünde, am 12. August

Hauer, Helga, geb. **Szomm**, aus Wehlau, Langgasse, jetzt An der Marsch 41, 29690 Gilten, am 12. August

Henke, Eleonore, geb. **Neumann**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kritenbarg 32, 22391 Hamburg, am 4. August

Hennig, Walter, aus Königsberg, und Heiligenbeil, Egerländer Weg 5, jetzt Ringstraße 11, 76857 Völkersweiler, am 12. August

Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Holunderweg 11, 49476 Meppen, am 10. August

Kreutzberger, Hans, aus Kühnen, Kreis Schloßberg, jetzt Albert Schweitzer Straße 42, 75305 Neuenbürg, am 9. August

Kroll, Hubert, aus Schulen, Kreis Heilsberg, jetzt Hasenstraße 19, 46119 Oberhausen, am 15. August

Kortz, Ingrid, geb. **Bienert**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Eißendorfer Straße 66, 21073 Hamburg, am 16. August

Lunkowski, Horst, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Nosenberger Straße 73, 40472 Düsseldorf, am 14. August

Mark, Edith, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Daniel-Schürmann-Straße 8, 42853 Remscheid, am 11. August

Nellesen, Helmut, aus Pregelswalde Abbau, Kreis Wehlau, jetzt Küpperstraße 1, 47533 Kleve, am 10. August

Neumann, Edith, geb. **Versick**, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Spitalweg 12, 89264 Weißenhorn, am 13. August

Rathje, Ingeborg, geb. **Schmieder**, aus Lyck, Yorkstraße 6, jetzt Schillerstraße 5, 24116 Kiel, am 13. August

Raus, Lieselotte, geb. **Krupke**, aus Bielken, und Berghöfen, Kreis Labiau, jetzt 17121 Trantow, am 10. August

Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Johannisburger Straße 10, 44793 Bochum, am 13. August

Reiter, Margarete, geb. **Runge**, aus Schlottau, Kreis Trebnitz, Schlesien, jetzt Kiebitzbrink 89, 28357 Bremen, am 16. August

Rummler, Edith, geb. **Schwill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Otto-Grotewohl-Ring 14, 07937 Zeulenroda, am 4. August

Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt Annabergweg 15, 52355 Düren, am 10. August

Schröter, Ilse, geb. **Dreher**, aus Döhringen, Kreis Osterode, jetzt Breslauer Straße 14, 30982 Pattensen, am 7. August

Simon, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Mittelfeldstraße 36, 70806 Kornwestheim, am 15. August

Söckwik, Harry, aus Trakehnen, jetzt Nackstraße 56, 55118 Mainz, am 8. August

Taube, Irmgard, geb. **Bauer**, aus Horn, Kreis Mohrungen, jetzt Kreuzstraße 36, 42277 Wuppertal, am 11. August

Urban, Elli, geb. **Westphal**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kirchenknapp 5, 42555 Velbert, am 12. August

Seminar Werkwoche

Hamburg / Bad Pyrmont – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Mustersticken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

Kulturhistorisches Seminar

Bad Pyrmont – Vom 2. bis 6. November findet im Ostheim wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, wird sich die Tagung mit den Wendepunkten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert beschäftigen. Der einleitende Vortrag von Enno Eimers beschäftigt sich mit dem Jahr 1919 und der Frage, ob die Republik von Weimar eine Demokratie ohne Demokraten gewesen ist. Im Anschluss daran spricht Hartmut Kiehling über die Weltfinanzkrisen von 1929 und 2008 im Vergleich. Auch ein Blick auf die Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 darf nicht fehlen: Ulrich Matthee wird über die fünf Pariser Vorortverträge und über den Umbruch Europas nach dem Absturz der drei Schwarzen Adler berichten. Über Ursachen des Zweiten Weltkrieges, des „Krieges, der viele Väter hatte“, referiert General a. D. Gerd Schultze-Rhonhof. Die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 sind die Themen eines Vortrages von Helmut Grieser. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 sowie den Auswirkungen der welthistorischen Wende von 1989/90 auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands. Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen nimmt die LO, Herr Wenzel, Buchtstraße 4, in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400825, E-Mail: wenzel@ostpreussen.de gerne entgegen.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

26. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 9. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 9. August, 20.15 Uhr, RTL: Tristan und Isolde.

Sonntag, 9. August, 23.30 Uhr, ZDF: Countdown zur Katastrophe. Bericht über die Ereignisse vor Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Montag, 10. August, 19 Uhr, Arte: Nächster Halt Sibirien. Workuta und mehr.

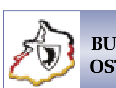
Dienstag, 11. August, 20.45 Uhr, MDR: DDR im Wohnzimmer.

Dienstag, 11. August, 22.45 Uhr, ARD: Überleben im Versteck – Jüdische Kinder und ihre Retter.

Mittwoch, 12. August, 21 Uhr, Arte: Der Sommer 1939 – Zeitzeugen berichten über das Europa kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

»Wir gratulieren« auch unter www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

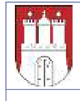
BJO – Mehrgenerationenreise ins südliche Ostpreußen: Vom 29. August bis zum 6. September erkundet der BJO mit dem Pkw die alte Heimat. Kosten für Übernachtungen: zirka 400 Euro pro Person. Die Benzinkosten werden pro Pkw unter den Mitreisenden geteilt. Informationen bei Rainer Claaßen, Birkenring 3, 97618 Wülfershausen (Saale), Telefon (09762) 421.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 18. August, 14 Uhr, Treffen im Biergarten Insel.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 16. August, 14 Uhr, Besuch der **Freilicht-Theateraufführung der Dittchenbühne in Elmshorn**. Gespielt wird „Das Jahr IX“, ein historisches Schauspiel unter der Regie von Vilija Neufeldt. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt. Gesamtpreis 28 Euro, 18 Euro ohne Busfahrt. Anmeldung und nähere Informationen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

Sonnabend, 22. August, 7.45 Uhr, Abfahrt ZOB, **Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“** im **ICC Berlin**. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa“. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Informationen und Anmeldungen beim LvD, Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon (040) 346359, oder Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304, und Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

Sonnabend, 29. August, 14 Uhr, **Sommerfest der Landesgruppe** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477, Einlass: 13 Uhr. 14 Uhr, Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel. 14.15 Uhr, „Lewe Landslied!“ – mit humorvollen Dichtungen und Erzählungen aus der Literatur Ostpreußens wird Ruth Geede zum Schmunzeln und Nachdenken anregen. Dudelspielend mit heimatlichen Melodien wird die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt diesen literarischen Vortrag begleiten. 15 Uhr, Kaffeepause. 15.30 Uhr, der LAB-Chor unter der Leitung Dieter Dziobaka wird mit Solisten und ihrer Instrumentalgruppe Volkslieder und alte Schlager zum Besten geben. Fröhliches Mitsingen ist angesagt. Danach wird das Sommerfest gemütlich ausklingen. Durch die Veranstaltung führt Sie Hans Günter Schattling. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 2. September, 13 Uhr, Besuch einer befreundenden Heimatgruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kulturelles Programm ist geplant. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017. Im Juli und August ist Sommerpause, es finden keine Veranstaltungen statt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 22. August, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15. „Erzählkaffee“ – plachandern von früher und heute bei Kaffee und Kuchen und kleinerem Verteiler. Unkostenbeitrag für Gäste 4 Euro, Mitglieder werden um eine Spende gebeten.

Helmstedt – Dienstag, 18. August, 12.30 Uhr, Abfahrt zum Fischessen. Informationen Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Göttingen – Sonnabend, 5. September, Ökumenischer Gottesdienst „60 Jahre Durchgangslager Friedland“. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutschen und Gäste. Programm: 11 Uhr Begrüßung, 12 Uhr Mittag (Königsberger Klopse), 13 Uhr Führung durch das Lager, 14.30 Uhr Gottesdienst in Pfarrkirche St. Norbert, anschließend Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.15 Uhr Holtenser Landstraße, 10.30 Uhr ZOB/Zoologisches Institut, 10.40 Uhr Bürgerstraße, 10.45 Uhr Kiesseestraße/Zur Linde. Informationen: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. Anmeldungen bis spätestens 25. August.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 20. August, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

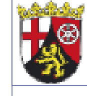
Düren – Freitag, 21. August, 18 Uhr, Treffen im HDO. – Sonnabend, 22. August, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Foyer des Rathauses.

Düsseldorf – Dienstag, 18. August, 15 Uhr, Frauengruppe mit Ursula Schubert im GHH, Ostpreußenzimmer 412.

Ennepetal – Donnerstag, 20. August, 17 Uhr, Monatsversammlung, Grillen bei Ursel und Rudolf Broziewski, Kämpershausweg 8.

Hagen – Am 11. Juli war es wieder so weit. Die Kreisgruppe – ohnehin voller Tatendrang – veranstaltete wieder ihren obligatorischen Jahresausflug. Diesmal ging es wieder zu einem beliebten Ziel, dem Steinhuder Meer. Das Wetter hatte es einigermaßen gut gemeint. Aber so etwas ist schließlich nicht vorhersehbar. Es wäre ja zu begrüßen, wenn man einen Zwei-Tagesausflug machen könnte. Aber das ist nicht durchführbar, die meisten wollen abends wieder zu Hause sein. Trotzdem – es war, wie man hörte, ein gelungenes Unterfangen. Es ging morgens per Bus ab Hagen los. Die Stimmung war gut und der Bus bis zur letzten Platz gefüllt. In der Nähe von Herford war dann erst einmal Pause für ein opulentes Frühstück. Das Hotelrestaurant war fast allen von früheren Fahrten bekannt. Dann ging es weiter zum eigentlichen Ziel, wo die Besichtigung einer Aalräucherei im Programm stand. Dort war dann auch reichlich Zeit, um Aal und sonstigen Fisch einzukaufen. Natürlich wurde davon reichlich Gebrauch gemacht. Ein Besuch eines Museums schloss sich an, der nach allgemeiner Meinung sehr lehrreich war. Die weitere Zeit bis zum Beginn zur Rückfahrt stand zur freien Verfügung. Leider wurde auch diese Zeit öfter durch Regenschauer unterbrochen. Frohen Mutes ging es dann Richtung Heimat. Auf dem Plan stand aber noch ein gemeinsames Abendessen im so genannten, bekannten „Gastlichen Dorf“. Dieses Essen war wiederum reichlich und gehaltvoll. Lebensmittel, falls für zu Hause noch was fehlte, konnten auch eingekauft werden. Ein schöner Tag in geselliger Runde ging damit zu Ende. Ein besonderer Dank gilt nicht zuletzt dem Vorsitzenden Herbert Gell, der alles in bekannter Weise hervorragend organisiert und durchgeführt hat.

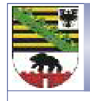
Haltern – Dienstag, 18. August, Halbtagesausflug zum Mühlenhof-Museum in Münster. Abfahrt um 12.45 Uhr ab Kärntner Platz.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 19. August, Schiffs-Kaffeefahrt in den Rheingau mit der Primus-Linie. Abfahrt 14.30 Uhr ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie. – Sonnabend, 22. August, Tag der Heimat in Berlin im ICC Berlin, Saal 1, Neue Kantstraße / Ecke Messedamm. Das Leitwort lautet: Wahrheit und Gerechtigkeit – Ein starkes Europa!



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 19. August, 14 Uhr, Frauennachmittag im Bestehornhaus, Hecknerstraße 6.

Dessau – Montag, 17. August, 14.30 Uhr, Treffen der Singegruppe im Waldweg 14.



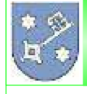
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Uetersen – Freitag, 7. August. 15 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe im Haus „Ueterst End“. – Die Ortsgruppe der Ost- und Westpreußen hat bei ihrer diesjährigen Sommerausfahrt einen guten Draht zu Petrus gehabt. Bei schönstem Sonnenschein, in einem modernen Reisebus erreichte sie auf ihrer Fahrt durch die äußerst reizvolle Landschaft der Holsteinischen Schweiz Neustadt an der Ostsee als erstes Ziel. Nach einer Stadtrundfahrt, bei der sie von Elmar Gehlen von der Fernsehserie „Küstenwache“' willkommen geheißen wurde, ging es zur Besichtigung des Küstenwach-Studios in der früheren Glücksklee-Dosenmilch-Fabrik. Hier konnte man staunen, mit welchen einfachen Mitteln mit Hilfe zahlreicher Kulissen so ein Fernsehfilm zustande kam. Alleine die Talente der Darsteller vermitteln den Eindruck beim Einsatz des Küstenwachbootes auf hoher See zu sein. Nach dieser interessanten Führung ging die Fahrt weiter nach Grömitz zu einem sehr schmackhaften Mittagessen. Im Anschluss gab es noch die Gelegenheit, die nahe Strandpromenade zu erkunden. Hier herrschte reges Leben von Urlaubsgästen. Zur Kaffeezeit erreichte die Reisegruppe das Gut Marienhof. Hier konnte jeder nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken im dortigen Hofladen noch etwas einkaufen. Auf der Rückfahrt über Schönwalde am Bungsberg wurde noch die durchaus romantische ehemalige Residenzstadt Eutin angefahren. Ein Bummel durch die Altstadt mit Markt und durch den Schlosspark zur Freilichtbühne beendete dann das Ausflugsprogramm. Zufrieden und voll des Lobes kamen alle Teilnehmer wohlbehalten gegen Abend zu Hause an. Der Reiseleiter Joachim Batschke und die Vorsitzende Ilse Rudat dankten im Namen aller dem Fahrer für das sichere Geleit durch das Land zwischen den Meeren.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Einladung zum Hauptkreistreffen – Zu unserem Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen, die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, die Abgeordneten unserer Heimatkreisgemeinschaft sowie alle an unserem Heimatkreis Interessierten am 12./13. September recht herzlich nach Rendsburg in das Hotel Conventgarten ein. Auch in diesem Jahr haben wir ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Als besonderes Erlebnis empfehlen wir Ihnen am Sonnabend, 12. September, eine Stadtrundfahrt durch Rendsburg. Sie dauert zirka eineinhalb Stunden und sieht zum Beispiel einen Besuch der berühmten Eisenbahnhochbrücke, der Schiffsbegrüßungsanlage und des Fußgängertunnels am Conventgarten, sowie der historischen Bauten in der Innenstadt vor. Für Sie steht ein Bus mit 56 Sitzplätzen am Hotel Conventgarten bereit. Die Fahrt beginnt um 14.30 Uhr und ist im Eintrittspreis des Treffens enthalten. Alle Besucher, die in die Heimatstube, Königinstraße 1, wollen, können am Sonnabend in der Zeit von 11 bis 17 Uhr mit einem kleinen Bus im halbstündigen kostenlosen Pendelverkehr dorthin fahren. Der Bus startet vom Conventgarten. Die Abfahrtszeiten werden noch gesondert mitgeteilt. Wir wünschen Ihnen ein frohes Wiedersehen, erlebnisreiche Begegnungen in unserer Gemeinschaft und zwei schöne Tage in unserer Patenstadt Rendsburg und unserem Patenkreis Rendsburg-Eckernförde.

Programm des Treffens: Sonnabend, 12. September, 9 Uhr, Öffnung des großen Saals im Hotel Conventgarten (Verkaufs- und Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan im Foyer); 9.30 Uhr: Begrüßung; 10 bis 12 Uhr: Kreistagssitzung; 11 bis 17 Uhr: Öffnung der Heimatstube, Königinstr. 1 (Pendelbusverkehr ist eingerichtet); 14.30 bis 16 Uhr: Stadtrundfahrt mit Führung; 15 bis 18 Uhr Filmvorführungen: Während dieser Zeit werden Filme über Ostpreußen vor 1945 und aus dem Kreis Gerdauen nach 1945 gezeigt. Ein Programm wird aushängen. 18 Uhr: Begrüßung und Eröffnung des Abendprogramms; 18.05: Uhr Musik zum Mitsingen; 20 bis 21: Uhr Konzert des Bläserensembles der Musikschule Rendsburg; 21 bis 24 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik

Sonntag, 13. September, 9 Uhr, Öffnung des großen Saals im Hotel Conventgarten (Verkaufs- und Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan im Foyer); 11 bis 12.30 Uhr: Feierstunde im großen Saal des Hotels Conventgarten (Musikalische Begleitung: Bläserensemble der Musikschule Rendsburg, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Stadt Rendsburg durch den 1. Stadtrat Hans-Peter Robin, Festrede Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer, Geistliches Wort und Totengedenken Pastorin Regina Ellmer, Schlusswort des Kreisvertreters, Ostpreußenlied); 13.30 bis 15.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube, Königinstr. 1 (ohne Pendelbusverkehr); 13.30 bis 16 Uhr: Filmvorführungen – während dieser Zeit werden Filme über Ostpreußen vor 1945 und aus dem Kreis Gerdauen nach 1945 gezeigt. Ein Programm wird aushängen.

Einladung zur Kreistagssitzung: Gemäß unserer Satzung laden wir alle Mitglieder des Kreistages, die stellvertretenden Kirchspielvertreter und die Mitglieder des Ältestenrates zu unserer nächsten Kreistagssitzung ein, die anlässlich des Hauptkreistreffens am Sonnabend, 12. September, um 10 Uhr im Hotel Conventgarten unserer Patenstadt Rendsburg beginnt. Die Tagesordnung der Sitzung sieht wie folgt aus: 1. Rahmenbedingungen (a. Begrüßung, b. Anwesenheitsfeststellung, c. Feststellung der Beschlussfähigkeit, d. Totengedenken, e. Schriftliche Anträge auf Änderung der Tagesordnung.

Nachfrage auf Anmeldung von Themen für den Punkt „Verschiedenes“, g. Genehmigung der Tagesordnung, h. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung vom 10. Mai 2008), 2. Vorstandsarbeit (a. Aktionsliste, b. Finanzen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Ein heimattreues Herz
hat aufgehört zu schlagen

Ewald Grzanna

* 14. 10. 1923 Wilhelmsthal † 27. 7. 2009 Traben-Trarbach

38 Jahre lang hat er in der Kreisgemeinschaft unter anderem als zweiter Vorsitzender und in verschiedenen Funktionen im Kreistag unermüdlich für seine Heimat gearbeitet.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kreisgemeinschaft Ortelsburg e.V.

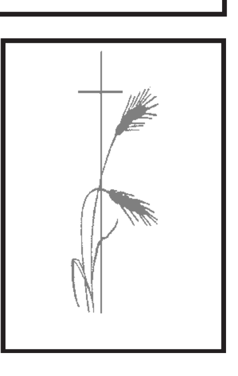
In treuem Gedenken
zur Erinnerung
an unsere liebe Tante

Friedel Lipke

* 11. 8. 1905 in Königsberg
† 19. 10. 1976 in Rostock

Familie Heinz Zallmann

Bielefeld



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

– Bericht Schatzmeister, Bericht Kassenprüfer, Beschluss über die Entlastung des Vorstandes, Reisekostenrichtlinie, c. Wahlen – Bestätigung Nachwahl Kirchspielvertreter, Nachwahl Ältestenrat, Wahl der Kassenprüfer, d. Hauptkreistreffen – Hauptkreistreffen in Rendsburg, Beschluss über Hauptkreistreffen 2010, e. Familienforschung / Girdawe – Sachstandsbericht, Beschluss über Änderung der Satzung der HKG, Beschluss über Änderung der Wahlordnung der HKG, f. Buchprojekt Kreis Gerdauen – Sachstandsbericht, g. Ehrungen, h. Heimatstube/Archiv – Sachstandsbericht, i. Heimatbrief, j. Kreiskartei, k. Bruderhilfe, l. Wolfskinder), 3. Verschiedenes



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldaper Heimattreffen vom 4. bis 6. September in Stade – Freitag, 4. September, 18.30 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Naturwunder Ostpreußen" mit kleinem Empfang im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Große Schmiedestraße 5, Stade. Sonnabend, 5. September, 9 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages) im Hotel Vier Linden. 11 Uhr: Mitgliederversammlung (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Hotel Vier Linden. 16 Uhr: Festveranstaltung im Hotel Vier Linden mit Begrüßungsansprache des Kreisvertreters Stephan Grigat, Grußworten der Gäste, Ehrungen und Vortrag „Das nördliche Ostpreußen heute" von Siegfried Hoefer. 20 Uhr: Heimatabend mit den „Hogener Lünen". Zum Tanz spielt Dieter Kohn. Sonntag, 6. September, 10 Uhr, Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi. Danach Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen. 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal. 12.15 Uhr: Bustransfer zum Hotel Vier Linden. 13 Uhr: Hauptkreistreffen mit gemeinsame Mittagessen und gemütlichem Beisammensein. 14 Uhr: „Ostpreußisch Platt" mit Gertrud Braumann, Anna-Elise Färber und Dieter Mau.

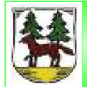
14. Goldaper Sommerfest – Traditionell findet am zweiten Juliwochenende das Goldaper Sommerfest statt. Auch in diesem Jahr fanden sich zahlreiche Gäste aus Ostpreußen und dem Bundesgebiet (darunter eine von den Eheleuten Trucewitz geleitete 45köpfige Busreisegruppe) auf der Seeterrasse des Hotels Lesny Zakatek am Ufer des Goldaper Sees ein, um zünftig zu feiern. Kreisvertreter Stephan Grigat und die Vorsitzende der Goldaper Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Goldap, Lila Zamojtuk, konnten unter anderen den Minister der ermländisch-masurischen Regionalregierung Jaroslav Sloma, den Starost des Kreises Goldap Jaroslaw Podziewski und den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm v. Gottberg als Ehrengäste begrüßen. Auch aus vielen ostpreußischen Kreisen waren Gäste gekommen, so aus Angerburg, Treuburg, Lyck, Sensburg und Bischofsburg. Der Deutsche Generalkonsul in Danzig Joachim Bleicker hatte aus terminlichen Gründen absagen müssen und eine schriftliche Grußbotschaft geschickt. Auch Perkunos, der prußische Wetter- und Donnergott, stattete dem Goldaper Fest seinen schon traditionellen Besuch ab: Pünktlich zum Beginn des Festes gab es ein 15-minütiges Gewitter mit heftigem Regen; zum Glück folgte dann aber gleich wieder Sonnenschein und warmes Sommerwetter, so dass der „harte Kern" der Goldaper und der Festbesucher bis Mitternacht feierte. Besonders zum Gelingen trug Ottilie aus Bischofsburg mit deutschen Volksliedern und Akkordeonmusik bei.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kirchspiel Balga – Für das Kirchspiel veranstalten wir zum 770. Gründungsjahr ein Sondertreffen. Wir treffen uns in Verbindung mit dem Heiligenbeiler Jahrestreffen am Freitag, 11. September, 14 Uhr, im Veranstaltungszentrum, Sorgenser Straße 31, 31303 Burgdorf. Hierzu laden wir alle Landsleute und Freunde unseres Kirchspiels sehr herzlich ein. Wir bitten sich rechtzeitig Ihr Quartier schon für eine Nacht früher zu bestellen. Weitere Informationen: Kirchspielvertreter Günter Neumann-Holbeck, Neugrabener Bahnhofstraße 71, 21146 Hamburg, Telefon (040)7016862, gneubeck@ t-online.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (05171) 805972, Fax (05171) 805973. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Telefon (04636) 1560, Fax (04636) 8833.

Mykossen (masurisches Dorf im Kreis Johannisburg) – Sonnabend, 6. September, Ausstellung „Mykossen – schönstes Dorf Masurens" im Rahmen des Bundestreffens des Heimatkreises Johannisburg im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen in Dortmund.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kreistreffen mit Wahl zum Heimatkreisausschuss am 3. und 4. Oktober in Minden, Hotel Bad Minden – Sollten Sie an dem Treffen und daher an der Wahl nicht persönlich teilnehmen können, so können Sie durch Briefwahl Ihre Stimme abgeben. Die Unterlagen für die Briefwahl sind ebenfalls beigefügt. Lesen Sie bitte alles genau durch und beteiligen Sie sich bitte an Wahl beziehungsweise Briefwahl (Posteingang der Wahlbriefe muss bis zum 29. September bei der Heimatkreisgemeinschaft erfolgt sein). Sie bekunden dadurch Ihr Interesse an der Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft, auf das wir sehr angewiesen sind. Wir laden Sie und Ihre Freunde herzlich ein, nach Minden zu kommen. Wir haben uns bemüht, ein interessantes Programm zusammenzustellen, in dem neben aktuellen Fragen, die unsere Heimat betreffen, auch Zeit für Unterhaltung und Vergnügen vorgesehen ist. Für viele dürften die Fotoalben von Interesse sein, die nunmehr für alle Ortsgemeinschaften und Kirchengemeinden fertiggestellt sind. Das gilt auch für die DVDs unserer Heimatdörfer, die Sie an der Tagungsstätte einsehen, aber auch käuflich erwerben können Auch einen Gang durch unser Samland-Museum ist zu empfehlen. Sollten Sie noch keine Hotelbuchung vorgenommen haben, so müssten Sie das umgehend tun. So kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass viele Landsleute den Weg nach Minden finden – keiner weiß, wie lange das noch möglich ist – und dass wir eine schöne heimatliche Veranstaltung erleben werden. Mit heimatlichen Grüßen in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in Minden. – **Wahlaufruf des Kreisausschusses der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) e. V.** – Gemäß der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) e. V. veröffentliche ich die folgende vorläufige Kandidatenliste für den am 3. Oktober, 17.30 Uhr, in Minden, Hotel Bad Minden, neu zu wählenden Kreisausschuss. Vorläufige Liste der Kandidaten (alphabetisch geordnet): Dorothea Blankenagel, geb. am 6. Mai 1929, Heimatort Neuhausen, Beruf: Beamtin i. R., seit 1974 Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft Heerstraße 59, 47053 Duisburg. – Gisela Broschei, geb. am 5. März 1931, Heimatort Groß Ottenhagen, Beruf Rechtsanwältin, wohnhaft Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, seit September 2003 Kreisvertreterin. Axel Doepner, geb. am 26. März 1935, Heimatort: Scheduhnen, Beruf Speditionskaufmann, früher Mitglied des Bundes Ostpreußischer Studierender, heute Mitglied des Akademischen Freundeskreises Ostpreußen, wohnhaft Am Ostbahnhof 14, 40878 Ratingen. Wolfgang Knitter, geb. am 26. August 1937, Heimatort Schaaksvitte, Beruf Amtsgerichtsdirektor a. D., seit 2003 Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft Otternhagener Straße 53, 31535 Neustadt a. R. Peter Laux, geb. am 23. August 1943, die Großeltern stammen aus Schaaken, seit 2005 Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft in Moselblickstraße 27, 56864 Bad Bertrich. Carl Mückenberger, geb. am 24. Juli 1931, Heimatort Stangau bei Waldau, Beruf Dipl. Ingenieur, seit 1988 Mitglied des Kreisausschusses, seit September 2003 stellv. Kreisvertreter und Geschäftsführer, wohnhaft Neißestraße 13, 32425 Minden. Herbert Paulusch, geb. am 2. Januar 1932, Heimatort Schaaken, wohnhaft An der Kreuzwiese 13, 61440 Oberursel. Dietrich Riebensahm, geb. am 5. August 1931, Heimatort Schaaken, seit 2003 Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft Gothaer Straße 20, 34289 Zierenberg. Manfred Schirmacher, geb. am 28. März 1937 Heimatort Postnicken, Beruf Ingenieur, seit etwa 50 Jahren Mitglied des Kreisausschusses, wohnhaft Aakerfährstraße 5-7, 47058 Duisburg.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Bezirkstreffen Waldwerder in Bad Pyrmont – In regelmäßigem Abstand von zwei Jahren veranstaltet der Bezirk Waldwerder mit den Ortschaften Waldwerder, Berndhöfen, Millau, Kechlersdorf, Kielen und Auersberg ein Treffen im Ostheim in Bad Pyrmont. Das Ostheim mit seiner ausgezeichneten Betreuung durch das Ehepaar Winkler und seinem hilfsbereiten Personal ist für die Teilnehmer des Treffens mittlerweile schon ein Stück Heimat geworden. Die Freude, sich wieder zu sehen, war groß und die Erinnerungen an die gelungenen Tage im Jahr 2007 wurden in diesem Jahr in der Zeit wieder aufgefrischt. Insgesamt 30 Personen dokumentierten mit ihrem Kommen erneut den Zusammenhalt und das Bekenntnis zur ihrer ostpreußischen Heimat. Noch vor dem Abendessen trafen sich alle im „Preußensaal", wo Bezirksvertreter Günther Skorzinski alle aufs herzlichste begrüßte und willkommen hieß. Das Abendprogramm „Lustiges Beisammensein" übertraf alle Erwartungen. Es wurde viel, stimmgewaltig und mit Freude gesungen, instrumental begleitet von den „Lycker Lorbassen" (Hans Skubich, Edelgard und Günther Skorzinski). Viele Teilnehmer hatten sich bereits mit lustigen Texten und bühnenreifen Sketchen für diesen Abend vorbereitet, die sie zum Besten gaben. Am Sonnabend wurde ausgiebig gefrühstückt und danach stand der Vormittag bis zum Mittagessen zur freien Verfügung. Natürlich wurde er bei herrlichem Wetter zu einem Gang durch die wunderschönen Kuranlagen und zu einem Bummel in die Stadt genutzt. Nach der Mittagpause wurde das Treffen offiziell durch den Bezirksvertreter, Günther Skorzinski, eröffnet. Er begrüßte die Teilnehmer des Treffens, unter anderem Frau Kulessa aus Millaus als älteste Teilnehmerin (90 Jahre) sowie Herrn Purwin mit seiner Ehefrau und Herrn Moldzio als Gäste. Das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" wurde gesungen und in einer Schweigeminute der Verstorbenen gedacht. Den Festvortrag hielt Dr. Manfred Rüthlein mit dem Titel: „Der Deutsche Ritterorden von der Gründung bis heute". Frei und lebendig vorgetragen, wurde das anspruchsvolle Thema in der Form einer „erzählten Geschichte" für alle verständlich und interessant dargeboten. Dafür gab es viel Lob und anerkennenden Beifall. Das Kuchen- und Tortenbuffet mit selbst gebackenen Köstlichkeiten der teilnehmenden Damen wurde eröffnet. Die große Vielfalt ließ die Idee aufkommen, bewährte gute Rezepte aus „Omas Backstube" im nächsten HLB zu veröffentlichen. Der Abend gestaltete sich wieder einmal sehr kurzweilig mit Gesprächen, Musikeinlagen, tiefsinnigen und nachdenklichen Beiträgen, aber auch amüsanten, witzigen und humorvollen Anekdoten und Gedichten, so dass jeder auf seine Kosten kam.

Warum fühlten sich Gäste, die an diesem Treffen das erste Mal teilnahmen und keine gebürtigen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Ostpreußen sind, in dieser Runde ausgesprochen wohl? Es lag schlicht an der guten Atmosphäre, der aufrichtigen Herzlichkeit untereinander und der natürlichen Freundlichkeit, die nichts Aufgesetztes hat. Fremdes konnte so gar nicht erst aufkommen und sehr schnell wuchsen auch „Neulinge“ in die ostpreußische Familie hinein mit dem Wunsch, in zwei Jahren wieder dabei zu sein zu können. Am Sonntagvormittag, eine leichte Aufbruchstimmung machte sich bereits bemerkbar, fanden sich alle zu einer Morgenandacht ein, die Gustav Scherello mit einem Lied, Gebet und einer Lesung aus Ernst Olschewskis „Predigtbuch“ (ev. Pfarrer, geb. in Kielen, Kreis Lyck) hielt. Nach dem Sonntagessen hieß es „Abschied nehmen“ mit dem Vorsatz, sich in zwei Jahren wiederzusehen, denn darin waren sich alle einig: es war wieder einmal ein ausgesprochenes gelungenes Treffen, zu dem nicht wenig Günther Skorzinski, mit seinem Humor und seinem Organisationstalent beitrug. Dafür danken ihm alle Beteiligten.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de Stellvertretende KReisvertreterin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (040) 7373220.

Aula der Oberschule in Mohrungen wird J.-G.-Herder-Aula – Mit großer Freude teilen die Organisatoren der „Ehemaligen Herderschüler in Mohrungen“, Georg v. Groeling-Müller und Martin Haese, mit, dass die feierliche Benennung der Aula ihrer alten Schule in Mohrungen „Herder Aula“ nun unmittelbar bevorsteht. Dazu schreibt der das Projekt leitende heutige Deutschlehrer Tomasz Osekowski an die Kreisgemeinschaft Mohrungen und die „Ehemaliger Herderschüler“: „Unsere Schule ‚Zespol Szkol Licealych w Moragu im L. Kruezkowsiego‘ (Leon Kruczkowski Oberschule) und der Klub ‚Inicjatyw Mlodziezowych‘ (Jugendklub), die das Herder-Aula-Projekt machen, möchten alle Herderschüler aus Mohrungen zu uns zu der offiziellen Herderaula-Ernennung, die vom 15. bis 17. Oktober in unserer Schule stattfindet, einladen.“ In den drei Tagen wird, so Tomasz Osekowski, am Donnerstag, 15. Oktober, 15 Uhr, die Schule für alle Besucher geöffnet sein. Man kann die Schule selbst und drei verschiedene Ausstellungen, die heutige Schüler im Rahmen eines Jahresprojektes erarbeitet haben, besichtigen. Es wird sowohl eine J.-G.-Herder-Ausstellung gezeigt, als auch eine spezielle Herderschul-Ausstellung sowie eine Ausstellung „Mohrungen/Morag früher und heute“. Am Freitag, 16. Oktober, 10 Uhr, Beginn der offiziellen Aula-Ernennung nach dem großen Sohn der Stadt Mohrungen. Im Mittelpunkt wird neben den offiziellen Reden und Grußworten ein Festvortrag des renommierten Herderkenners Fred Manthey aus Rothenstein stehen. Der weitere Rahmen der Veranstaltung wird durch Schülervorträge, Lieder und Gedichte gestaltet. Für den Sonnabend, 17. Oktober, werden verschiedene Treffpunkte angeboten. Hier ist sowohl wieder ein Treffen an der Herderschule möglich, als auch ein Besuch der „Mohrunger Stube“ im Rathaus, die von der Kreisgemeinschaft Mohrungen (unter Federführung des Autors dieses Artikels) gestaltet wurde, möglich. Ebenfalls sind Treffen mit dem „Verein der Deutschen Bevölkerung Herder in Mohrungen“ und eine Kranzniederlegung am Herderdenkmal vorgesehen. Das endgültige Programm wird zur Zeit noch bearbeitet und die offizielle Einladung mit den Unterschriften der Schulleitung wird demnächst verschickt. Tomasz Osekowski schreibt weiter: „Wir erwarten, dass viele von Ihnen kommen!“ Dem schließen sich die Organisatoren der „Ehemaligen Herderschüler“ uneingeschränkt an und rufen alle Mohrunger auf, an diesem Festakt teilzunehmen. Je nach Anzahl der Anmeldungen wird dann für eine gemeinsame Reiseplanung gesorgt. Deshalb die Bitte: Richten Sie Ihre Anmeldung per Postkarte möglichst bald an: Martin Haese, Koppelweg 9, 27711 Osterholz-Scharmbeck oder Wolf-Rüdiger von Halfern, Luxemburger Allee 48, 45481 Mülheim/Ruhr.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Einladung zur Kreistagssitzung – und Mitgliederversammlung am Sonntag, 23. August, 11.30 Uhr, in der Niederrheinhalle Wesel, anlässlich unseres 53. Hauptkreistreffens. Tagesordnung: Begrüßung durch den Kreisvertreter, Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, Bericht des Kreisvertreters, Kassen- und Prüfungsbericht, Entlastung des Vorstandes und der Kassenführung, Haushaltsplan 2010, Heimatbrief „Rund um Rastenburg“, Bildband, Rastenburger Treffen 2009/2010, Mitgliedsbeitrag, Satzungsänderung, Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 10. August einzureichen.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

7. Kirchspieltreffen Ribben – Irmtraut Meistrowitz berichtet: Herrliches Wetter begleitete das 7. Kirchspieltreffen Ribben, das im Naturfreundeferienheim in Seevetal-Maschen stattfand. Obwohl viele Landsleute aus Alters-, Krankheits- oder familiären Gründen fehlten, waren doch noch 72 zu unserem Treffen gekommen. Auch der Tod hat große Lücken in unsere Gemeinschaft gerissen: In knapp zwei Jahren verstarben zwölf Landsleute. Besonders tragisch ist der Tod des Ehepaars Herbert und Erika Kullick, die bisher an jedem Treffen teilgenommen haben. Trotzdem war die Freude über das Wiedersehen sehr groß. Hildegard Weiß, geb. Katanek aus Ribben und 85 Jahre, war in Begleitung ihrer Tochter angereist. Die älteste Besucherin unseres Treffens, Anna Thiel, geb. Gunz, aus Warpuhnen war im Alter von 89 Jahren in Begleitung des Ehepaars Willi und Helga Alms nach Maschen gekommen. Es war ein fröhliches Beisammensein. Das Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Sensburg, Siegbert Nadolny, wurde mit großem Beifall belohnt. Anschließend hielt Günter Ruskowski das Totengedenken. Das Ehepaar Günter und Irmgard Ruskowski trug viel zum Gelingen unserer Veranstaltung bei. Hierfür möchten wir uns auch an dieser Stelle besonders bedanken. Günther Ruskowski kümmerte sich um die Teilnehmerlisten, er fotografierte und zeigte anschließend die Bilder auf dem Monitor. Auch die Bilder von der Ostpreußenfahrt 2006 wurden noch einmal vorgeführt und lösten wiederum helle Begeisterung aus. Einige Landsleute hatten in letzter Zeit die unvergessene Heimat besucht und hatten viel zu berichten. Mit großem Beifall wurde der Vortrag von Christel Skiba aufgenommen, die Gedichte und Lieder über Ostpreußen aus ihren Büchern vorlas. Alle Teilnehmer bedankten sich herzlich für die schönen Stunden des Beisammenseins und freuen sich auf das nächste Kirchspieltreffen.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Heimattreffen des Kirchspiels Herzogskirchen vom 4. bis 6. September im InterCity Hotel, Nordwall 22, 29221 Celle, Telefon (05141) 2000. Ansprechpartner ist Irene Kleiner, Jagdweg 21, 29227 Celle, Telefon (05141) 86859.

Schöne Töne

Gumbinner Heimatpreis für Musikanten



Einstudiert: Schüler singen die Ostpreußenhymne. Bild: D. D.

Über 200 Schülerwettbewerbe erreichen uns im Durchschnitt innerhalb eines Jahres. Wir hängen sie alle zur Kenntnis unserer Schüler ans schwarze Brett“, erzählte mir ein Lehrer, den ich dafür gewinnen wollte, seinen Schülern zu empfehlen, sich an unserem „Gumbinner Heimatpreis“ zu beteiligen. Dass es dem Gumbinner Heimatpreis unter diesen Umständen dennoch gelingt, Schülerarbeiten einzuwerben, grenzt fast an ein Wunder. Hauptsächlich liegt es an engagierten Lehrern, die ihren Schülern die Teilnahme empfehlen oder im Rahmen ihres Unterrichtes ein der Ausschreibung entsprechendes Thema behandeln und dazu Arbeiten anfertigen lassen.

120 sangen »Land der dunklen Wälder«

So geschehen auch im vergangenen Jahr, als Herr Scheld, Fachlehrer für Politik, Wirtschaft und Geschichte, sowie die Musiklehrer Giebeler (Schulorchester) und Müller (Schulchor) des Wilhelm-von-Oranien-Gymnasiums in Dillenburg beschlossen, die „Nationalhymne“ aller Ostpreußen, „Land der dunklen Wälder“, nach den Originalnoten des Komponisten Herbert Brust einzustudieren und auf eine CD zu brennen. Anfängliche Schwierigkeiten konnten rasch und relativ problemlos überwunden werden. So stellte der in Langen bei Bremerhaven lebende Sohn des Komponisten Munin Brust die Originalnoten zur Verfügung. Nicht ganz so einfach war es, alle für die Aufführung benötigten Instrumente zusammen zu kriegen. Da fehlte es dem Schulorchester an Holz- und Blechbläsern sowie Kontrabässen. Man fand aber bald eine Lösung, indem man Lehrer, Eltern von Schülern und Freunde der Schule mit den gesuchten Instrumenten in das Orchester integrierte, so dass am Ende um die 120 Beteiligte im Chor und Orchester bei der Einstudierung und Aufführung mitwirkten. *Dieter Dziobaka*

Die Stadt Bismark wird 800 Jahre

Bismark – Sonnabend, 22 August, Feier zum 800. Geburtstag der Stadt Bismark im Landkreis Stendal. Um 16.15 Uhr hält der 1. Vorsitzende des Bismarckbundes, Günter Marklein, in der Aula der Mehrzweckhalle einen Vortrag über das Thema „Die Bismarcks aus Bismark – Adel und Bürgertum“. Informationen bei Lorenz Füßlein, Mitglied des Bismarckbundes, Telefon (04154) 6121.

Pfarrerbilder, Sagen und Mythen

Ernst-Wiechert-Gesellschaft erforscht seit 20 Jahren den Nachlass des Dichters

Ihre Zehnte Wissenschaftliche Tagung konnte die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) mit einem Rückblick auf ihr 20jähriges Bestehen verbinden.

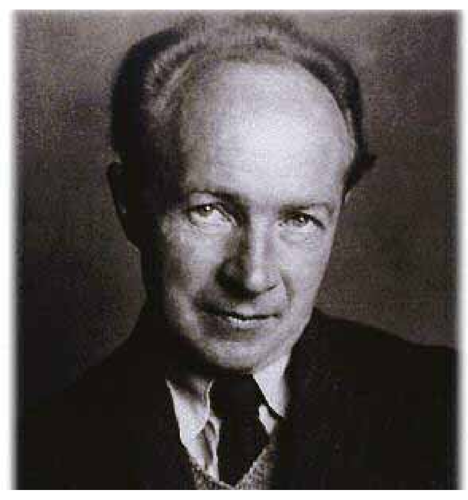
Der Tagungsort war wieder „Die Wolfsburg“, die beliebte Katholische Akademie in Mühlheim/Ruhr. Im Mittelpunkt stand die wissenschaftliche Arbeit. So begann die Tagung mit einem Referat von Marie-Luise Pfeiler: „Ein anderer Aspekt der Pfarrerbilder in Ernst Wiecherts Literatur“.

Die Referentin hatte akribisch aufgelistet, wie viele Pfarrerfiguren in Wiecherts Werk vorkommen und wie sie jeweils einzuordnen sind. Auf diesem Wege kam sie zu fundierten Ergebnissen und stellte fest, dass die positive Darstellung der Pfarrerfiguren überwiegt.

Eine literarische Besonderheit stellte Dr. Leonore Krenzlin vor. „Geisterreigen und Masuren-Schwermut – Ernst Wiecherts erster unveröffentlichter Roman ‚Der Buchenhügel‘“ – die gespannte Erwartung der Wiechert-Freunde wurde nicht enttäuscht. Der unbekannte Roman, geschrieben von dem 20jährigen Wiechert, zeigt die reiche Sagen- und Mythenwelt seiner masurischen Heimat, die eine Gegenwelt zur so genannten „Realität“ bildet, in der jedoch stabilere Gesetze herrschen als in der Wirklichkeit. Der Erstling enthält Ansätze, die Wiechert später nicht weitergeführt hat; so die Darstellung des Dialektes und bestimmter Verhaltensweisen – die Zuhörer fühlten sich an „Suleyken“ von Siegfried Lenz erinnert – wie auch die Nennung konkreter Orte und politischer Gegebenheiten, was im späteren Werk stilisiert wird. Der große Arbeitsaufwand der Referentin, die das Manuskript durchlesen und durcharbeiten musste, hat sich gelohnt.

Das literarische Werk wurde in der stets beliebten Gruppenarbeit weiter gewürdigt, und zwar mit den Novellen „Der Mann von 40 Jahren“ und „Die Fahrt um die Liebe“. Eine dritte Gruppe befasste sich mit dem Bericht „Der Totenwald“ und setzte sich somit mit dem Dichter im Widerstand auseinander.

Dieser Aspekt bildete einen besonderen Schwerpunkt der Tagung. „Der Totenwald“, eine Schilderung der Haftzeit Wiecherts im KZ Buchenwald von Mai bis August 1938, ist 2008 vom Suhrkamp Verlag neu aufgelegt worden. Außerdem wurde am 22. November 2008 im saarländischen Oberthal der Film „Johann Becker – Fragmente eines Lebens“ uraufgeführt. Er schildert das Leben und Leiden des Kommunisten Johannes Becker, der Wiechert durch seine Hilfe im KZ das Leben rettete und dem Wiechert im „Totenwald“ ein Denkmal setzte. Eine Kopie des Filmes war organisiert worden und konnte den Wiechert-Freunden vorgeführt werden, die mit betroffenem Schweigen reagierten.



Schwermütiger Masure: Ernst Wiechert (1887–1950) Bild: Archiv

Ernst-Wiechert-Preis für Hans-Martin Pleßke Bild: Beutner

Das Jubiläum wurde fröhlich begangen. Der stellvertretende Vorsitzende Klaus Weigelt gab einen ausführlichen Überblick über die Geschichte und die Leistungen der Gesellschaft, bereichert durch ein geschickt zusammengestelltes Bildmaterial. So kann die IEWG zwölf informative „Mitteilungen“ und drei wissenschaftliche Publikationen in ihrer „Schriftenreihe“ vorweisen, sie kann auf zehn wissenschaftliche Tagungen zurückblicken und eine gute Zusammenarbeit mit den polnischen und russischen Wiechert-Freunden vorweisen. Mit besonderem Stolz hob Weigelt die im Frühjahr erschienene russische Übersetzung von „Wälder und Menschen“ und „Jahre und Zeiten“ hervor. Der Höhepunkt war die Verleihung des Ernst-Wiechert-Preises der Stadtgemeinschaft Königsberg an Dr. Hans-Martin Pleßke. Der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Klaus Weigelt nannte in seiner Laudatio die Verdienste Pleßkes für das Werk des Dichters. Als Vorsitzender der IEWG organisierte er große Veranstaltungen, u.a. zum zehnjährigen Bestehen in Berlin oder zum 50. Todestag Ernst Wiecherts in Wolfratshausen: Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen sind die Bände der Schriftenreihe „Zuspruch und Tröstung“ und „Von bleibenden Dingen“ und die Broschüren „Noch tönt mein Lied“ und „Der die Herzen bewegt“ für die Wiechert-Freunde besonders wertvoll.

In seiner Danksagung schilderte Hans-Martin Pleßke seine lebenslange Verbundenheit mit Ernst Wiechert und nannte die Preisverleihung den Höhepunkt seiner Bemühungen.

Zum Ehrenmitglied wurde außerdem Horst Radeck erhoben, der Begründer und langjährige Vorsitzende des Ernst-Wiechert-Freundeskreises in Braunschweig. Leider konnte er nicht anwesend sein, aber die von Dr. Joachim Hensel kunstvoll gestaltete Urkunde wurde dem Vorstandsmitglied Christel Heinemann, ebenfalls in Braunschweig, mitgegeben. *Bärbel Beutner*

Stein des Anstoßes

An Flucht und Vertreibung erinnern



Als Vierjähriger Vertrieben: Harri Tietz mahnt an. Bild: Abel

Sie fällt nicht sofort ins Auge, die Sandsteinplatte mit der eingemeißelten Inschrift „Gegen Flucht und Vertreibung“ in der Gildehauser Schlesierstraße. Harri Tietz hat dort sein persönliches Denkmal errichtet, mit dem er einen Anstoß zum Nachdenken geben will. „Es wird so viel Theater um eine nationale Gedenkstätte gemacht. Für uns, die wir durch Flucht und Vertreibung so viel Leid ertragen mussten, haben die Politiker bisher keine angemessene Gedenkstätte geschaffen“, so Harri Tietz. Er ist darüber ungehalten, dass 64 Jahre nach Kriegsende das umstrittene Zentrum zur Erinnerung und zum Gedenken an Flucht und Vertreibung sich noch immer in der Planungsphase befindet. „Den Gedanken, in Eigeninitiative etwas zu schaffen, hatte ich schon lange“, verrät Tietz. Eine Sandsteinplatte, die er in den nahegelegenen Kuhlen fand und die er mit Erlaubnis des Besitzers nach Hause transportierte, gab den Anstoß.

Das persönliche Schicksal von Harri Tietz steht beispielhaft für die über zwölf Millionen deutschen Vertriebenen. Der 1940 im ostpreußischen Bartenstein geborene Tietz flüchtete am 28. Januar 1945 mit seinen Eltern, vier Geschwistern mit Pferden und Wagen vor der anrückenden Roten Armee zunächst zum Frischen Haff. Als nach einer Zwischenübernachtung in Ufernähe der Vater die Pferde wieder anspannen wollte, explodierte hinter ihm eine Bombe und riss den Wagen mit in die Tiefe, während die Pferde durchgingen und den verletzten Vater mit sich rissen – drei Jahre blieb er verschollen, bis der Suchdienst ihn in Dänemark aufspürte.

Zu Fuß gelang der Mutter mit ihren fünf Kindern bei eisiger Kälte und Tieffliegerbeschuss die Flucht über das zugefrorene Haff nach Pillau, um von dort mit einem Schiff über Danzig nach Kolberg zu gelangen. In einem Bunker fanden sie Unterschlupf, aber die Mutter war mit ihren Kräften am Ende. Als rettender Engel erwies sich ein versprengter Soldat, der den Wagen mit dem einjährigen Schwesterchen, den vier Kindern und der erschöpften Mutter auf das letzte Schiff Richtung Westen bringt. Trotzdem starb eine Schwester.

Mit seinem Stein will Tietz nun einen Anstoß geben. *Hartmut Abel*

Sinn zur Wahrnehmung von Schall	französisch: Wasser		Gentleman, anständiger Mensch		Probe, Stichprobe	braten		Tierunterkunft		Durchfahrt, Durchgang		Gesangsrolle (Bühne)		Vorname Strawinskys	Absage, Ablehnung	Anzahl kleiner Lebewesen		Strudelwirkung	gefährl. Kunststück (Film)		Edelgas
						die fünf Bücher Mosis im Judentum						Schlemmer, Feinschmecker									
Bottich, hölzernes Fass			Natriumkarbonat					leichter Schlag (ugs.)		spanisch: Fluss				aufwickeln		Sportwette					Felsenhöhle
						Abk. für Lastkraftwagen				sächsische Stadt an der Elbe		Säuberung									
Nelkenpfeffer	poetisch: Biene		griechische Siegesgöttin	Gewürz-, Gemüsepflanze									Hausvorbau			ehe, früher als		Feuerkröte		geschorene Kopfstelle	
						hohler Rundkörper	handeln								ohne Abzüge (Gehälter)						
Art und Weise							Schnuller		Auto alten Typs		Einschnitt, Vertiefung						biblischer Stammvater		Ansporn, Motivation		
Handmähgerät			altkretische Stadt (Palast)								Stadt an der Donau		ein Erdteil		offen, unbesetzt						
					kreisförmig			amerik. Filmkomiker (Stan)							dänische Stadt auf Fünen						
										altindischer Gott		politischer Fanatiker						Zierpflanze, Efeugewächs			grollen, sich ärgern
						schwed. Asienforscher (Sven)		Klangfarbe der Stimme							einerlei; gleichartig	Monatsname					
											hoher Grad der Freude						Vernunft, Einsicht			altrömische Monatstage	
												dt. Schriftsteller (Günter)		Himmelsrichtung	Anmut, Liebreiz						
						unbekanntes Land	Heiliger, Patron Böhmens	natürlicher Brennstoff							langer, dünner Speisefisch				Grundgedanke		
											rein, unverfälscht		auf eine andere Strecke führen								
						Vorsilbe: unterhalb (lat.)		römischer Liebesgott	Ding; Angelegenheit	Hotelboy					Fährte, Abdruck	Teil des Bogens					
						Abschnitt eines Textes							Gemahlin Lohengrins			Bruder Kains		Seemannsruf		weibliches Bühnenfach	
														Staat in Mittelamerika							Nachtlokal
						Statist			Zeichen für Zentimeter		eingeschaltet, nicht aus	Blattwerk der Bäume					geteilt, unvollkommen				
														Stadt in Nevada (USA)					chem. Zeichen für Tantal		
						auf jeden Fall, unbedingt		den Geist betreffend							Sprossensteige						

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Pfropf, 2. Ufenau, 3. Siegel, 4. Egoist, 5. Strafe, 6. Tapete – Pfeife, Fagott

Kreiskette: 1. Glarus, 2. Ranzen, 3. Runzel, 4. Rummel, 5. Roemer – Glanznummer

Sudoku:

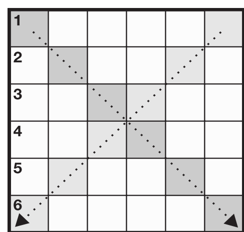
7	6	2	1	4	3	8	9	5
9	5	4	7	8	6	2	1	3
3	8	1	2	5	9	7	4	6
6	7	9	5	3	1	4	2	8
2	4	8	9	6	7	5	3	1
5	1	3	4	2	8	6	7	9
4	2	6	3	1	5	9	8	7
8	3	7	6	9	2	1	5	4
1	9	5	8	7	4	3	6	2

Sudoku

		2				8		
9		4	7		6	2		3
3				5				6
	7		5		1		2	
				6				
	1		4		8		7	
4				1				7
8		7	6		2	1		4
		5				3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



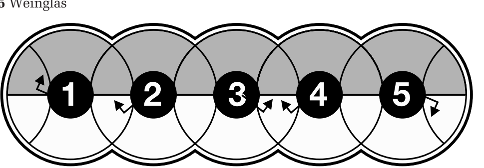
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Blasinstrumente.

1 Stöpsel, Zapfen
2 Insel im Zürichsee
3 Stempel
4 Ichmensch
5 Vergeltung für Unrecht
6 Wandpapier

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte den wirkungsvollsten Teil einer Darbietung.

1 Kanton der Schweiz, **2** Tornister, **3** Hautfalte, **4** Lärm, Menschengewühl, **5** Weinglas



Geschichtsklitterungen noch 64 Jahre danach

Berlin: Junge Offiziersanwärter werden von russischer Museumsführerin wegen des Zweiten Weltkrieges beschuldigt

Den Zweite Weltkrieg, so wie ihn die Russen sehen, erlebten deutsche Bundeswehrsoldaten mitten in Berlin. Widersprüche waren unerwünscht. Ein Erlebnisbericht:

Ich bin seit etwa zwei Jahren Leser Ihrer Zeitung, die, wie ich finde, eine wohltuend andere Sicht auf bestimmte Problematiken aus Politik und Zeitgeschichte bietet. Aus diesem Grund fühle ich mich animiert, von einem Erlebnis zu berichten, das ich vor einigen Wochen hatte.

Kurz zu meiner Person: Ich bin 20 Jahre alt und durchlaufe zurzeit meine Ausbildung zum Offiziersanwärter der Bundeswehrschule des Heeres in Dresden. Im Rahmen dieser Ausbildung fand vor etwa einem Monat eine sogenannte Ausbildungsreise statt, die uns für drei Tage nach Berlin führte. Bei dieser Ausbildungsreise ging es darum, uns Offiziersanwärtern das „Bild des Offiziers" zu vermitteln, weshalb wir einige Sehenswürdigkeiten und Gedenkstätten aufsuchten, die politische beziehungsweise geschichtliche Relevanz haben.

Unter anderem besuchten wir das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst. In diesem Museum, welches bis 1990 von der Sowjetunion beziehungsweise deren Nachfolgestaat finanziert wurde, geht es darum, an die dort unterschriebene Kapitulation vom 8. (beziehungsweise 9. nach russischer Sicht) Mai 1945 zu erinnern.

Als wir am Museum eintrafen, teilten unsere Ausbilder uns hörsaalweise einer der Damen zu, die uns durch das Museum führen sollten. Wir hatten es mit einer jungen Dame zu tun, die ich auf zwischen 25 und 28 Jahre schätzte. Auf jeden Fall war diese junge Frau Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Sie wirkte sehr nervös angesichts unserer Uniformen, denn wir waren zusammen mit unserem Ausbilder, einem Offizier im Range eines Oberstleutnants, 23 Mann. Nach den ersten Sätzen, die sie gesprochen hatte, wurde uns klar, warum die junge Dame vielleicht so aufgeregt war, denn es handelte sich um eine russische Studentin, die allerdings hervorragend Deutsch sprach.

Schon in den ersten Räumen des Museums fiel uns auf, dass die Ausstellung sehr einseitig aufgebaut war und das Thema Kapitulation und die Entwicklung bis zum und während des Krieges an der Ostfront fast ausschließlich aus sowjetischer / russischer Sicht darstellte. Es fiel kaum ein Wort über die deutsch-russische Zusammenarbeit während der 30er Jahre und auch kaum ein Wort zum geheimen Zusatzprotokoll beim deutsch-russischen Nichtangriffspakt aus dem Jahre 1939.

Mein Ausbilder, der sehr gradlinig und historisch gebildet ist, zeigte schon Anzeichen von Unmut ob der Einseitigkeit, ließ aber zunächst alles von unserer jungen Führerin Gesagte unkommentiert im Raume stehen. Als die Führung zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion kam, behauptete die uns begleitende junge Dame, dass die Bevölkerung und die Armee der UdSSR auf den deutschen Angriff völlig unvorbereitet gewesen und als friedliebende Nation überfallen worden seien.



Bis 1990 von der Sowjetunion finanziert, seitdem vom deutschen Steuerzahler: Im Deutsch-Russisches Museum in Berlin-Karlshorst werden Geschichtsklitterungen verbreitet. Bild: privat

Ein Oberstleutnant widersprach sachlich …

Hier erhob unser Oberstleutnant nun doch seine Stimme und konfrontierte die Dame mit einigen Fakten, wie den immensen Gefangenenzahlen aus den großen Kesselschlachten des Sommers und Herbstes 1941 oder dem Inhalt von V. Suworows Buch „Der Eisbrecher", aus dem hervorgeht, dass Stalin seinerseits den Angriff für das Jahr 1942 geplant hatte und die Rote Armee nur deshalb solche immensen Verluste erlitten habe, weil ihr Offizierskorps sich 1941 von den durch Stalin durchgeführten Säuberungen noch nicht erholt hatte. Sichtlich irritiert antwortete unsere Führerin, dass eine solche Sichtweise davon abhänge, welche Bücher man lese.

In einer weiteren Abteilung wurde das Thema Kriegsgefangene behandelt, welches auf zwei Räume aufgeteilt war. Auf die Frage eines meiner Kameraden, warum denn die deutschen Kriegsgefangenen nicht genauso ausführlich wie die sowjetischen dargestellt und kommentiert würden, erhielt er zur Antwort, dass es sich bei den deutschen Kriegsgefangenen doch um abgeurteilte Kriegsverbrecher gehandelt habe, die von russischen Gerichten nach dem Krieg zu 25 und mehr Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden waren – zudem seien doch die meisten schon nach etwa zehn Jahren freigelassen worden, obschon sie für die Beseitigung der von ihnen angerichteten Schäden noch dringend benötigt worden wären.

Hier meldete sich unser Oberstleutnant wieder zu Wort und wies die Dame darauf hin, dass diese Prozesse vor russischen Gerichten doch Schauprozesse gewesen seien, bei denen das Urteil von vornherein festgestanden habe, egal ob nun ein General vor Gericht stand oder ein vielleicht 19-jähriger Soldat, der in den letzten Tagen des Krieges als Melder eingesetzt worden war. Zudem sei es keineswegs die von der jungen Dame angedeutete „Großzügigkeit" der Sowjetunion gewesen, die deren Führung Anfang der 50er Jahre dazu bewegt hatte, die deutschen Kriegsgefangenen freizulassen, sondern vielmehr das Anliegen, damit die Wiederbewaffnung und den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Nato zu verhindern. Die Dame sagte darauf nichts, sondern mahnte zur Eile, da durch die Fragen die Zeit davonlaufen würde.

Es kam dann zum „großen Finale" im doppelten Sinne. In den letzten Räumen vor dem großen Saal, in dem 1945 die Kapitulation unterzeichnet worden war, wurde der Abschnitt des Einmarsches der Roten Armee nach Deutschland ab dem Januar 1945 behandelt. Hier wurde uns erklärt, dass die sowjetischen Soldaten voller Hass und Rachedurst waren, als sie das Territorium des Feindes betraten (jeder von uns konnte das nachempfinden) und es sei auch, um gleich Fragen unsererseits zuvorzukommen, zu Vergewaltigungen durch einzelne russische Soldaten gekommen, die man aber als Übergriffe von Einzelpersonen einstufen müsse. Jetzt regte sich auch bei meinen Kameraden lauter Unmut und einige erwähnten dann die Erzählungen, die sie von ihren Großeltern, besonders von ihren Großmüttern, über die Zeit der Flucht vor der Roten Armee im Jahre 1945 gehört hatten, und konfrontierten unsere Führerin mit Aussagen darüber, dass russische Tiefflieger Flüchtlingstrecks beschossen und bombardiert hatten, dass russische Panzer Trecks überrollt hatten und dass das Eis der Ostsee so bombardiert worden war, dass die Trecks, die dadurch nicht mehr weiterziehen konnten, leichter von den vorstoßenden Kräften der Roten Armee eingeholt werden konnten.

Die junge Dame antwortete darauf, dass dies ja subjektiv geprägte Einzelerlebnisse seien, die man nicht zur Verallgemeinerung heranziehen könnte.

Jetzt meldete sich wieder unser Oberstleutnant zu Wort, der die junge Dame mit den Schriften eines Ilja Ehrenburg, der den Aufruf an die russischen Soldaten „Tötet die Deutschen" verfasst hatte, konfrontierte. Er wies darauf hin, dass die massenhafte Vergewaltigung von Frauen befohlen worden war und die Fälle von Vergewaltigungen in die Zigtausende gingen. Später musste sogar von der sowjetischen Militäradministration in der SBZ ein Erlass herausgegeben werden, der es Frauen, die durch diese Vergewaltigungen schwanger geworden waren, erlaubte, abzutreiben.

… und wurde prompt denunziert

Nunmehr verbal und argumentativ in die Ecke gedrängt äußerte die junge Dame Folgendes, was ich wörtlich wiedergeben möchte: „Nachdem, was Ihr uns angetan habt, kann man doch wohl wegen dieser Vorfälle angesichts von 60 Millionen Toten nicht von deutschem Leid sprechen."

Bei dem Wort „Ihr" zeigte sie auf uns, Soldaten Anfang 20 in der Uniform der Bundeswehr, und bei dem Wort „uns" legte sie beide Hände auf die Brust, womit die Rollen für sie 64 Jahre nach Ende des Krieges und 20 Jahre nach der Wende – klar verteilt waren.

Unser Oberstleutnant war klug genug, kühlen Kopf zu bewahren und die Emotionen zu dämpfen. Er erklärte, dass es auf keinen Fall darum ginge, Unrecht und Leid gegeneinander aufzurechnen, was geschehen sei, sei schlimm genug und würde sich hoffentlich nie wiederholen. Er äußerte sich jedoch enttäuscht darüber, dass an einem Ort wie diesem nicht objektiv dokumentiert und kommentiert würde und der Gedanke der Versöhnung, zumindest bei den jüngeren Generationen, nicht im Vordergrund stehen würde. Charmant beendete er mit der jungen Dame zusammen kurz darauf die Führung und dankte für die interessanten Informationen, die man erhalten hatte.

Ich hätte eine solche Veranstaltung 64 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und 20 Jahre nach der Wende und der Wiedervereinigung nicht für möglich gehalten, noch dazu von einem Menschen, der wenig älter ist als ich selbst und der den Krieg selbst nicht miterleben musste.

Noch mehr aber hat mich der Mut und die Geradlinigkeit meines Ausbilders, des Oberleutnants beeindruckt, der aufrecht und unerschrocken Missdeutungen des Zeitgeistes oder ideologisch gefärbten Interpretationen entgegengetreten ist und nicht „weggeschaut" hat, als es darum ging, historisch Inkorrektes zu korrigieren. Ich bin froh darüber, dass die Bundeswehr noch Ausbilder von solchem Format hat, die uns Offiziersanwärtern als Vorbild dienen können.

Um meine Schilderungen abzuschließen, sei noch erwähnt, dass diese Geradlinigkeit allerdings dazu geführt hat, dass irgendjemand aus den Reihen der Offiziersanwärter eine Eingabe an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gemacht hat, in der er diesen Ausbilder ob seines Verhaltens kritisierte.

Aus diesem Grund möchte ich Sie auch darum bitten, falls Sie meine Schilderungen veröffentlichen, meinen Namen nicht zu nennen, denn freie Meinungsäußerung gilt anscheinend nicht bei allen Themen in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf deren Boden wir alle stehen.

Name und Anschrift des Autors sind der Redaktion bekannt.

So weit ging noch nicht einmal die SED

Neue Broschüre des Landes Nordrhein-Westfalen: Ostpreußen, Schlesien und Pommern waren angeblich schon vor 1945 polnisch

Der bedauerlicherweise weitestgehend auf die Vertriebenenkreise beschränkte Sturm der Entrüstung, welchen die „Empfehlung" des Bundesinnenministeriums bezüglich der melderechtlichen Anerkennung des ehemaligen Ostdeutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 mit dem Stichtag 2. August 1945 als „Ausland" hervorgerufen hat, ist gerade abgeflaut.

Man wähnte sich in einem wohligen Sommerloch, da schießt das nordrhein-westfälische Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration unter Armin Laschet einen noch dickeren Bock, als das von Dr. Wolfgang Schäuble verantwortete Ressort.

Die anlässlich der Schließung der ehemaligen Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW in Unna-Massen am 30. Juni herausgegebene Festschrift „Landesstelle Unna-Massen – Ein starkes Stück Landesgeschichte" trägt ihren Namen wahrlich zu recht.

Unter der Überschrift „Aussiedler aus Polen 1955 bis 1959" findet der interessierte Leser auf Seite 13 solch wunderbare Feststellungen wie, dass „während des Krieges etwa zehn Millionen Deutsche in Polen (Ostpreußen, Pommern, Nieder- und Oberschlesien, Ostbrandenburg, Danzig und anderen Gebieten)" lebten. Es geht dem Autor vorwiegend nicht um völkerrechtliche Erörterungen, dennoch seien die Verantwortlichen der genannten Broschüre auf die jüngste Empfehlung des Bundesinnenministeriums hingewiesen worden, dass der deutsch-polnische Grenzvertrag, welcher die Ober-Neiße-Linie als Grenze zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland bestätigte, erst am 16. Januar 1992 mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft trat.

Aus sieben Millionen werden 3,6 Millionen

Auch Zahlen scheinen in Düsseldorf arge Probleme zu bereiten. Denn weiter heißt es auf Seite 13: „Nach Kriegsende müssen zwischen 1945 und 1950 zirka 3,6 Millionen Deutsche aus Polen sowie aus Ostdeutschland fliehen oder werden vertrieben. Tausende finden den Tod." Abgesehen davon, dass mit „Ostdeutschland" wohl die DDR gemeint sein dürfte – denn anders hätte die obige Erklärung dessen, was unter Polen (Ostpreußen, Pommern usw.) verstanden wird, keinen Sinn –, reicht ein Blick in regierungsamtliche Quellen aus, um feststellen zu können, wie dem Integrationsministerium NRW Zahlen verloren gegangen sind.

Laut dem vom Bundesministerium für Vertriebene in den Jahren 1953 bis 1961 herausgegebenen fünfbändigen Werk und einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1958 lag die Anzahl der aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches 1945 bis 1950 Vertriebenen bei knapp sieben Millionen und die der Todesopfer (Vertreibungsverluste) bei mindestens 882 000 Zivilisten.

Nicht genug der Unterschlagung Hundertausender toter Landsleute, auch die Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der späteren DDR werden mit einigen Verharmlosungen bedacht. Auf Seite 9 erfährt man Erhellendes über die Motivlage der Flüchtlinge aus der SBZ ab dem Jahr 1947, von denen etliche zunächst aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Mitteldeutschland kamen: „Die ersten, direkt aus der alten Heimat eintreffenden Vertriebenen, haben die Einheimischen größtenteils bereitwillig als unmittelbar Not leidende aufgenommen. Die neuen Flüchtlinge haben die sowjetische Zone aus mehr oder weniger freien Stücken verlassen." Wie gesagt: Mehr oder weniger … – Wem das noch nicht ausreicht, die Qualität des Heftes zu beurteilen, dem sei die Seite 16 empfohlen. Dort heißt es über das Verlassen der Sowjetischen Besatzungszone seit Kriegsende: „Ein kurzer Marsch über einen Acker oder durch ein Waldstück, schon ist man drüben. Die relativ offene ‚Grüne Demarkationslinie' zum Westen lässt sich leicht überqueren."

Verharmlosung des SBZ-Grenzregimes

Eine ältere gebürtige Breslauerin, die mir persönlich bekannt ist, schrieb über die „leichte Überquerung": „Naiver geht es wirklich nicht mehr! Ich war 16jährig so eine ‚Illegale', die zirka neun Stunden vor der Abholung zur Zwangsarbeit in das Bergwerk Aue eine Nacht lang durch Felder und Wiesen, Gebüsch und Sträucher gekrochen war, während die Vopos auf alles, was sich bewegte, geschossen haben. Die Schreie der getroffenen Menschen werde ich nie vergessen."

Wie gesagt: Diese Broschüre ist wahrlich ein starkes Stück. Nicht der Landesgeschichte NRW, sondern vielmehr dank des verharmlosenden Tons und dank der ungehörigen Ignoranz gegenüber Tatsachen, die aus den angeführten Beispielen spricht (siehe Kommentar Seite 8). *Tobias Körfer*

Ritual, Entrüstung, Verführung

Badefreuden aus zwei Jahrtausenden – Eine Ausstellung zeigt die wechselvolle Geschichte

Wasser ist ein Lebenselixier, das sowohl der Reinigung als auch der Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens dient. Eine Ausstellung in der Residenzgalerie Salzburg widmet sich Badeszenen in der Kunst.

Da sitzen sie, Bruder Franz und Bruder Fritz, zu zweit in einer Wanne. Der Übermut spricht ihnen aus den Gesichtern. Und natürlich – als das alte Hausmädchen Lene geht, nicht ohne ermahnende Worte – da geht's auch schon los mit der Keilerei unter Brüdern, die schließlich in einer großen Sauerei endet. Lene kann nur noch „voll Würde und voll Schmerz“ sagen: „Die Reinlichkeit ist nicht zum

> »Die Reinlichkeit ist nicht zum Scherz«

Scherz!“ Wilhelm Busch (1832–1908), der Meister der Bildergeschichten, beendet seine Geschichte „Das Bad am Samstagabend“ mit dem sinnigen Fazit: „Und die Moral von der Geschicht': Bad zwei in einer Wanne nicht!“ Es blieb ärmeren Familien früher jedoch nichts anderes übrig, als eine Wannenfüllung für die ganze Familie zu nutzen, denn heißes Wasser war eine Kostbarkeit. Es musste mühselig auf dem Feuer erhitzt und dann in den Badezuber gekippt werden.

Aus der Zeit Wilhelm Buschs stammen zwei Badewannen, die in einer Ausstellung der Residenzgalerie Salzburg zu sehen sind: eine Schaukel- oder Wellenwanne aus Zinkblech, mit der man genüsslich das Wasser über den ganzen Körper verteilen konnte, und eine Sitzbadewanne, die am Fußende einen Behälter für heiße Steine oder Kohle hat. Durch Strampeln wurde das warme Wasser in der Wanne verteilt. Die Wannen, die den an heutigen Luxus gewohnten Badbenutzer eher an Folterinstrumente erinnern, sind jedoch nur Anschauungsobjekte zum Thema Badekultur. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Kunstwerke, auf denen Badefreuden aus zwei Jahrtausenden zu sehen sind – von der Antike bis zur Gegenwart. Abgerundet wird die mehr als 110 Objekte umfassende Schau von antiken Utensilien bis hin zu historischer Bademode.

Schon in der Antike nutzte man Wasser zum Baden und zelebrierte den Vorgang geradezu. Wasser wurde als Quelle der physischen und metaphysischen Energie gefeiert. Badeanlagen versprachen körperliche sowie spirituelle Reinigung. Das gemeinsame Bad mit dem anderen Geschlecht, das sich im Mittelalter als lustvolle Entspannung vom rauen Alltag großer Beliebtheit erfreute, wurde erst in späteren Epochen als unsittlich verdammt. Badende Frauen waren ein beliebtes Motiv in der Kunst, boten Badeszenen der künstlerischen Fantasie doch ungeahnte Möglichkeiten, den nackten Körper darzustellen. Kaum ein See, Meeresstrand oder Tümpel, an dem nicht eine Göttin, Nymphe oder Hirtin ihren Körper benetzte. Bis ins 18. Jahrhundert bedient sich die Kunst der vielfältigen Möglichkeiten, die in der bildlichen Darstellung mythologischer Begebenheiten zur Verfügung stehen, um Diana, Venus und Nymphen beim Badegenuss zu zeigen. Auch Szenen des Alten Testaments boten sich an: Die bekanntesten Sujets sind wohl Susanna und Bathseba. Beim Betrachten der Bilder ist die wechselvolle Geschichte der Badekultur nachzuvollziehen. Sittenwächter gingen schließlich sogar so weit, das Baden als schädlich zu verdammen. Ab dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurde es zunehmend zu einem wesentlichen Freizeitvergnügen, bis im 20. Jahrhundert die Badefreude zur Wellnesswelle hochschwappte und zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor wurde.

Nicht zu vergessen die medizinischen Seiten des Badens, die schon im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert gepflegt wurden. Wer etwas auf sich hielt, fuhr zur Kur in ein See- oder Thermalbad. Man legte auch wieder gesteigerten Wert auf Hygiene. Die Zeiten, da man Körpergeruch mit Puder und Parfüms zu übertünchen versuchte, waren vorbei. Der Adel verfügte über private Badezimmer bereits nach Lust und Bedarf in jeder Epoche, wenn sie auch nicht immer ausgiebig benutzt wurden. So erzählt man sich die Anekdote von Kaiser Wilhelm I., der sich aus dem Hotel de Rome eine Badewanne bringen ließ, da sein Schloß über einen solchen Luxus nicht verfügte. Heute ist Baden und Schwimmen längst zu einem Freizeitvergnügen geworden, das sich auch in der zeitgenössischen Kunst widerspiegelt. Das Bild, das Johanna Kandl vom Frainer Stausee in Südmähren gemalt hat, zeigt eine typische Szene mit fliegenden Händlern und Erholungssuchenden.

Silke Osman



Johanna Kandl: Ohne Titel (Am Stausee), Eitempera auf Holz, 2002 — Bild: Residenzgalerie Salzburg

Die Ausstellung „Badeszenen – Ritual, Entrüstung und Verführung“ in der Residenzgalerie Salzburg, Residenzplatz 1, ist bis zum 1. November dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 6/5 Euro, Katalog 15 Euro.

100 Jahre Hetjens-Museum in Düsseldorf

Die Bedeutung der Sammlung liegt in den ausgesucht schönen und seltenen Stücken, und diese sind so zahlreich, dass nur wenige öffentliche Museen eine Konkurrenz werden aushalten können“, schrieb die Presse zur Eröffnung des Düsseldorfer Hetjens-Museums 1909. Die ursprüngliche Sammlung mit ihren 2000 Inventarnummern ist mittlerweile auf etwa 15 000 Inventarnummern angewachsen. Weltweit ist dieses Museum das einzige Institut, das die universelle Keramikgeschichte von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, quer durch alle Kulturen und durch alle Epochen, sammelt und präsentiert. Die Abteilungen sind nach Herstellungsregionen und keramischen Gattungen gegliedert. Sammlungsbereiche sind der Vordere Orient, Ostasien, Afrika, das präkolumbische Amerika, die Antike und das Mittelalter. Entsprechend sind alle keramischen Materialien, die Irdenware, das Steinzeug, die Fayence und das Porzellan vertreten. Zum 100-jährigen Bestehen des Museums ist nun ein Buch zu seiner Sammlungsgeschichte erschienen. Gezeichnet werden die Lebensbilder der Direktoren, die, jeder für sich, das Haus geprägt haben. Im Mittelpunkt steht natürlich Laurenz Heinrich Hetjens (1830–1906), der dem Museum seinen Namen gab und den Grundstock für die Sammlung legte. *PAZ/os*

***Sally Schöne (Hrsg.): „Keramik aus Leidenschaft – Das Hetjens-Museum in Düsseldorf und seine Sammlungsgeschichte“,** Dietrich Reimer Verlag, Berlin 2009, 224 Seiten, 70 Farb- und 50 schwarzweiße Abbildungen, broschiert, 19,90 Euro*

Die Clinton des Ostens

Glamouröse Präsidentschaftskandidatin, die keine sein will

Obwohl die Präsidentschaftswahlen erst im Herbst 2010 stattfinden, wird in Polen bereits ganz intensiv über die Nachfolge gerätselt, wahrscheinlich auch, weil man mit dem derzeitigen Staatsoberhaupt Lech Kaczynski nicht gerade zufrieden ist. Es ist allerdings kein Politiker, der alle Umfragen überlegen gewinnt, sondern eine der charismatischsten Frauen Polens: Jolanta Kwasniewska. Die beliebte Frau des Ex-Präsidenten Aleksander Kwasniewski würde sowohl den Ministerpräsidenten Donald Tusk mit über 50 Prozent als auch den amtierenden Präsidenten Lech Kaczynski mit über 70 Prozent schlagen, berichtete kürzlich die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Es sieht fast so aus, als ob die Polen von den dauernden politischen Affären die Nase gestrichen voll haben und lieber jemanden wählen, der eher unpolitisch ist und das Land nach außen hin würdig repräsentiert.

Mit ihrem aristokratischen Auftreten, dem karitativen Engagement und der Volksnähe scheint die elegante Ex-First Lady die perfekte Kandidatin ... nur dass Jola, wie sie die Polen liebevoll nennen, gar nicht Präsidentin sein möchte. „Ich bin keine Politikerin und will es auch nicht sein“, beteuert sie immer wieder.

Man mag es daher kaum glauben, dass dennoch fast jede polnische Tageszeitung Umfragen in Auftrag gibt, in denen Frau Kwasniewska als potentielle Präsidentin gehandelt wird. Die Spekulationen um das höchste Amt für die „Hilary Clinton des Ostens“ wie sie früher oft genannt worden ist, begannen schon in der letzten Legislaturperiode.

Damals war sie noch „amtierende“ First Lady, als im November 2003 das Politmagazin „Polityka“ die Polen befragte, wer ihr Wunschpräsident für 2005 sei.



Jolanta Kwasniewska — Bild: idol. pol

Das überraschende Ergebnis: 34 Prozent gaben an, dass sie am liebsten Frau Kwasniewska als Nachfolgerin von Herrn Kwasniewski sehen würden. (Er durfte laut Verfassung nach dieser Amtszeit nicht noch einmal antreten.) Trotz der vielversprechenden Ergebnisse hatte sie sich gegen den Präsidentensessel entschieden, den letztendlich Lech Kaczynski gewann. Nun wird wieder über eine Kandidatur der 54-jährigen Juristin für die Wahlen 2010 spekuliert. Auch wenn ihr der Rummel um ihre Person sehr schmeichelt, auf den stressigen 16-Stunden-Arbeitstag eines Staatsoberhauptes möchte sie lieber verzichten. Bereits als First Lady musste Jola, die vorher eine steile berufliche Karriere gemacht hatte, von ihrem Geschäftsführerposten abtreten, weil die Polen laut damaligen Umfragen keine berufstätige Präsidentengattin wollten. Auch an ihrem Aussehen, ihren etwas zu kurzen, nicht standesgemäßen Röcken und ihren grellen Kostümen wurde anfänglich viel gemäkelt. Doch schnell lernte sie die ungeschriebenen Regeln und machte sich und ihren Präsidentengatten zum polnischen Vorzeigepaar, zu den „Clintons aus Warschau“, wie sie häufig betitelt wurden.

Jola, „die Königin der Herzen“, wurde zum personifizierten American Dream – nur made in Poland. Immer noch erscheint kaum eine Frauenzeitschrift, ohne über sie zu berichten, meist als Expertin für Mode und Stil. So erklärte einst Jacek Rakowiecki, Chefredakteur des Boulevardmagazins „Viva“, sie sei für die Polen wie eine Ikone einer besseren Welt, eines westlichen Märchens, freundlich, klug und elegant.

„Unsere Leser lieben sie!“ Und damit es auch so bleibt, sagt Jolanta Kwasniewska der Zeitung „Gazeta Wyborcza“, möchte sie sich weiterhin mit Dingen beschäftigen, von denen sie Ahnung hat, und ganz sicher nicht Präsidentin werden. *Anna Gaul*

Geheimnis des Bernsteins

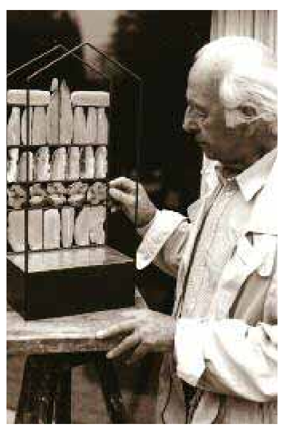
Zum 100. Geburtstag des Bildhauers Jan Holschuh

Die Kräfte, die Bernstein entstehen ließen und absicherten, sind für uns technisch eingebundene Menschen nach Millionen von Jahren nicht messbar. Es bedurfte des schöpferischen Vermögens von Jan Holschuh, um das in ihnen verborgene Geheimnis ihrer Existenz erahnen zu lassen, ohne ihre Einmaligkeit zu gefährden“, schrieb Max Peter Maass 1989 im Katalog zu einer Ausstellung mit Arbeiten des Bildhauers Jan Holschuh im Deutschen Elfenbeinmuseum Erbach.

Die (meist) kleinen Kunstwerke, die unter der Hand von Holschuh aus Bernstein entstanden, sind von faszinierender Schönheit. Stets ließ der Künstler die Ursprünglichkeit des Bernsteins deutlich hervortreten. Krusten mit Resten der Blauen Erde blieben erhalten, die Strukturen, die unterschiedliche Farbe, eventuelle Inklusen – alles wurde mit einbezogen in die Aussage, die der Künstler mit seiner Arbeit verband. Oft hat es der Bildhauer der Phantasie der Betrachter überlassen, sich hineinzufinden in die Welt seiner Ausdruckskraft.

„Menschliche Körper und Köpfe werden zu Inklusen“, hat er selbst einmal seine Arbeiten beschrieben. „Wie unter Zwang kreisen die Themen um Flucht und Auflösung. Was ich für überwunden hielt, wird wieder lebendig, drängt sich immer wieder neu auf und vermischt sich mit Gegenwärtigem, mit dem Fragen um die Existenz des Menschen und den Zweifeln, die hintergründig unseren Alltag durchsetzen.“

Geboren wurde Jan Holschuh am 9. August 1909 im hessischen Beerfelden. In Erbach (Odenwald) besuchte er die Fachschule für Elfenbein, bevor er 1927 nach Königsberg ging, um dort an der Kunst- und Gewerkschule seine Studien fortzusetzen. Der Schüler von Franz Andreas Threyne und Ernst Grün begeisterte sich schon bald für das „Gold der Ostsee“, für den Bernstein, dem er wundervolle Formen entlockte. Für eine Eisbären-Skulptur erhielt er 1929 einen Grand Prix bei der Weltausstellung in Barcelona.

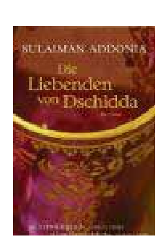


Jan Holschuh — Bild: Archiv

Nach weiteren Studien an der Hochschule für Bildende Künste in Weimar zog es Jan Holschuh 1932 wieder nach Königsberg, wo er 1933 die künstlerische Leitung der Staatlichen Bernsteinmanufaktur als Nachfolger von Hermann Brachert übernahm. An „seiner“ alten Kunst- und Gewerkschule hatte er darüber hinaus als Lehrer die Möglichkeit, seinen Schülern die Faszination des Materials Bernstein nahezubringen. In dieser Zeit beteiligte er sich auch an Kunstausstellungen des Königsberger Kunstvereins (1935 und 1941). 1936 erhielt er einen zweiten Grand Prix bei der Weltausstellung in Paris.

Als der Krieg über Ostpreußen hereinbrach, kam auch für Jan Holschuh die Schicksalswende. 1946 wurde der Soldat aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Zunächst in Augsburg, dann in Erbach begann die Familie ein neues Leben. Die meisten seiner Arbeiten waren in Königsberg verbrannt. In Erbach fand er einen neuen Wirkungskreis und konnte dort von 1950 bis 1978 die Fachschule, seine erste Ausbildungsstätte, leiten. In dieser Zeit schuf er vor allem zarte Arbeiten aus Elfenbein, aber auch große Metallplastiken und beteiligte sich bei „Kunst am Bau“.

Gut ein halbes Jahrhundert musste vergehen, bis Jan Holschuh sich wieder dem Bernstein zuwandte. Als der Bildhauer am 2. August 2000 in Erbach starb, hinterließ er eine Reihe von eindrucksvollen Arbeiten, die in einer Dauerausstellung im Deutschen Elfenbeinmuseum Erbach (Odenwald) zu sehen sind. Weitere Arbeiten werden im Deutschen Bernsteinmuseum in Ribnitz-Damgarten und im Odenwaldmuseum präsentiert. *Silke Osman*



Welt ohne Frauen

Afrikaner über Saudi-Arabien

Zwar erzählt Sulaiman Addonia in „Die Liebenden von Dschidda“ nicht seine eigene Geschichte, doch autobiographisch geprägt dürfte der wunderbar tragische Liebesroman sein. Genau wie sein Held Naser ist Sulaiman der Sohn einer Eritreerin und verbrachte nach dem Om-Hajar-Massaker 1976 einige Jahre in einem Flüchtlingslager im Sudan. Danach lebte er in Dschidda in Saudi-Arabien. Doch während der Autor dort studierte, schlägt sich Naser als Autowäscher durch.

Als Zehnjähriger mit seinem jüngeren Bruder von seinem Onkel aus dem Sudan in scheinbar geregelte Verhältnisse geholt, erlebt Naser früh, wie sehr die Ausländer von dem guten Willen der Araber abhängig sind. Jeder Ausländer braucht einen saudischen Bürgen, einen Kefil. Dieser bürgt selten aus lauter Menschenfreundlichkeit, sondern erwartet Gegenleistungen in Form von Geld oder Dienstleistungen.

Addonia hat in den 80er Jahren in Saudi-Arabien gelebt, sein Roman spielt auch zu dieser Zeit. Inwieweit die dort beschriebenen Vorgänge heute noch aktuell sind, erfährt der Leser leider nicht. Überall fährt die Religionspolizei Streife, Frauen und Männer leben derart streng voneinander getrennt, dass Naser feststellt, dass er nach fast zehn Jahren in Dschidda keine einzige Frau gesehen oder gar gesprochen hat. Er lebt in einer reinen Männerwelt, die zudem ihre sexuellen Bedürfnisse bei Jünglingen wie ihm befriedigt.

Der Autor schildert Ereignisse, die skandalös und erschreckend sind. Inwieweit er hier ein reales Problem anspricht oder nur seiner Phantasie freien Lauf lässt, ist leider nicht überprüfbar. Den ersten sexuellen Kontakt hat Naser als Halbwüchsiger mit dem Kefil seines Onkels, der den Jungen vergewaltigt, woraufhin Naser von daheim wegläuft. Aber auch die Teestube, in der er sein Auskommen als Bedienung verdient, offenbart sich als Kontaktbörse. Erst als Naser in eine Autowäscherei wechselt, bleibt er von Nachstellungen verschont.

Zu Sex mit Männern gezwungen

Zusammen mit seinen Freunden hängt der Junge in seiner Freizeit in der Nähe eines alten Schlosses rum, schnüffelt Klebstoff und träumt von der großen Liebe. Als ihm eines Tages eine verschleierte Frau heimlich einen Liebesbrief vor die Füße wirft, verliert Naser jeglichen Halt. Er gibt seinen Job auf und lungert nur noch auf der Straße rum, in der Hoffnung, dass die Frau ihm Zeilen zusteckt. Die Aussicht, geliebt zu werden, ist stärker als jede Vernunft, auch wenn er nicht weiß, wer sich hinter den Schleiern verbirgt. Naser schreibt der Unbekannten, der er den Namen Fiore gibt, Briefe, und sie entdecken eine Möglichkeit, um sich nahe zu sein, obwohl die Religionspolizei auf den Straßen patrouliert.

Die intensive Liebesgeschichte bezaubert, auch wenn sie kein Märchen aus 1001 Nacht ist. Überall hetzen muslimische Prediger gegen die Liebe und beschimpfen die Weiber, die Männer um den Verstand bringen, in denen sie ihnen die Liebe versprechen. Erstaunlicherweise sind es aber gerade die Mullahs, die Naser näher an seine Fiore bringen. *R. Bellano*

***Sulaiman Addonia: „Die Liebenden von Dschidda“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2009, gebunden, 383 Seiten, 22 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD,
Telefon (03 41) 6 04 97 11, zu beziehen.



Familiengespenster locken

Bewegende Schicksale: »Kriegsenkel – Die Erben der vergessenen Generation«

Erlebte Katastrophen bleiben nicht nur für die unmittelbar Betroffenen eine oft lebenslange Erfahrung. Auch Kinder und, wie nun dieses Buch deutlich macht, auch Kindeskinder sind davon betroffen und schleppen mitunter eine Last der Vergangenheit mit, der sie sich oft nur in einem mühsamen Prozess entledigen können.

Die in Köln lebende Journalistin Sabine Bode hat vor einigen Jahren ein vielbeachtetes Buch über die Kinder der Kriegsgeneration herausgebracht, also über jene Generation, die noch während des Krieges geboren wurde, oft Flucht und Verfolgung halbwegs bewusst erlebte und davon oft nie so richtig loskam. Ihr neues Buch über die Kinder dieser Kriegskinder verdankt sich dem für die Autorin selbst überraschenden Umstand, dass sich nach der Veröffentlichung des genannten Buches viele Menschen, seit den 1960er Jahren geboren, meldeten und berichteten, dass auch sie, obwohl nun wirklich in guten äußeren Verhältnissen lebend, nach wie vor mit den Traumata ihrer Eltern konfrontiert und oft in belastender Weise geprägt seien. Ihr neues Buch versteht sie denn auch als Versuch, „die Kriegsenkel (zu) ermutigen, ihre Familiengespenster endlich aus ihrem Schatten herauszulocken, damit diese keine Verwirrung mehr stiften können“.

Am Beispiel von 18 Einzelschicksalen zeigt sie die Ursachen für ein verunsichertes Lebensgefühl dieser Menschen: Berufliche und private Ängste, Unsicherheiten und Kontaktscheu belasten sehr stark das alltägliche Leben. Die Ursachen, das finden sie nach und nach heraus, sind lang zurückliegende, fast immer aus Erfahrungen bei Krieg, Vertreibung und Flucht herrührende Traumata der Eltern, die sich diese aber nicht eingestehen, sondern in sich vergraben, dadurch selbst harte, scheinbar kalte Menschen sind, worunter die Kinder manchmal extrem leiden. Der Teufelskreis kann durchbrochen werden, wenn in den Familien offen darüber gesprochen wird.

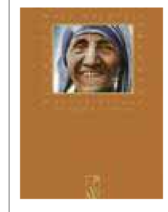
Von Traumata gezeichnete Eltern erscheinen kalt, worunter die Kinder leiden

Nicht von ungefähr spielen die meisten der Berichte in Familien, die früher im deutschen Osten lebten. Da ist das kleine Mädchen, das die Vergewaltigung der Mutter miterlebt; da ist die 13-Jährige, die selbst von einer Gruppe Rotarmisten mehrfach vergewaltigt wird und sich seitdem geradezu in sich verkriecht; da ist der Verlust eines Hauses in Königsberg, die Strapazen der Flucht mit vielen Toten am Wegesrand, der Massenmord an Deutschen im tschechischen Aussig im Juli 1945 – nur zu verständlich, dass solche Erfahrungen ein Leben lang prägen, was die eigenen Kinder schmerzlich zu spüren bekommen: „Waren Mutter und Vater in ihrem eigenen Lebensgefühl und in ihrer Identität verunsichert, konnten sie ihren Kindern wenig Orientierung geben.“

Die von den Kindern bemerkten Defizite versuchten solche Eltern mit Geld und Wohlstand zu überdecken, was nicht gelingen kann. Erfahrene Gewalt im Krieg, so sagen es mehrere Gesprächspartner, hört mit Kriegsende nicht auf, sondern lebt als bittere Erfahrung über Jahrzehnte weiter. Die Autorin zieht daraus ein nüchternes Fazit: „Viele Kriegsenkel werden lernen müssen, sich selbst wichtig zu nehmen und notwendige heftige Auseinandersetzungen mit den Älteren nicht länger aus dem Weg zu gehen.“

Es ist zwar ein bedrückendes, aber mehr noch ein befreiendes Buch, zeigt es doch, wie die Last der Vergangenheit, die offensichtlich noch immer viele Familien in Deutschland, gerade Vertriebenenfamilien, prägt, gemildert werden kann. Das Buch ist nicht von ungefähr bei Klett-Cotta erschienen; der Verlag publiziert seit Jahren zu Psychologie und Erziehung meist Titel auf hohem wissenschaftlichen Niveau. Dieses anschaulich und einfühlsam geschriebene Buch vermag auch viele Leser ohne besondere Vorbildung anzusprechen. *D. Klose*

***Sabine Bode: „Kriegsenkel – Die Erben der vergessenen Generation“**, Klett-Cotta, Stuttgart 2009, geb., 304 Seiten, 21,90 Euro*



Von ihrer Heimat geprägt

Mutter Teresa und ihre Geburtsstadt Skopje – »Keine Albanerin«

Wolf Oschlies, *PAZ*-Lesern durch seine Osteuropaberichte ein Begriff, betätigt sich in seinem neuesten Buch als balkanischer Fährtenleser. Es geht um die Jugendjahre von Mutter Teresa, 1910 als Gonxha Bojaxhiu in Skopje geboren und bis 1928 dort heimisch. Die Hauptstadt Makedoniens war nie albanisch, wie auch Mutter Teresa nach Überzeugung des Autors keine ethnische Albanerin war. Er nennt vielmehr Argumente, warum sie „Vlachin“ war, also Balkan-Rumänin (Aromunin). Mit einer Behinderung wurde sie geboren, war stets ein kränkliches Kind, das aber in seiner wohlhabenden Unternehmerfamilie eine behütete Kindheit und glückliche Jugend erlebte. Oschlies hat die junge Frau und die alte Stadt in ein Wechselverhältnis eingebunden: Er nutzt Mutter Teresa als „Aufhänger“ für ein facettenreiches Porträt des historischen Skopje und interpretiert ihre spätere Missionstätigkeit in Indien als Auswirkung ihrer Skopjer Sozialisation. Als Mutter Teresa bereits weltberühmt war, hat sie sich oft zur Stadt ihrer Kindheit bekannt – an ihre Schuljahre, ihre Kirchengemeinde, die Freizeit, die Ausflüge in die Umgebung, den Umgang mit Eltern und Geschwistern.

Das alles beschreibt der Autor in einem leserfreundlichen Reportage-Stil, der sich völlig vom süßlichen Traktätchen-Ton vieler Teresa-Publikationen unterscheidet. Der Autor nennt Fakten und Zahlen, erläutert Ereignisse und Hintergründe, beschreibt altbalkanisches Bildungs- und Erwerbsleben und schildert so einen Mikrokosmos im sozio-ökonomischen Umbruch, in dem sich die kleine Gonxha Bojaxhiu so gut zurechtfand, dass sie als spätere Mutter Teresa noch vom Skopjer „Erbe“ zehrte.

Das Buch schließt mit einem Anhang von 35 historischen Fotos und Postkarten, darunter erstaunlich viele deutscher Provenienz. Es gibt für uns manches wiederzuentdecken. Warum nicht auf den Spuren Mutter Teresas? *PAZ*

***Wolf Oschlies: „Mutter Teresa – Die Jugend in Skopje“**, Wieser Verlag Klagenfurt 2009, gebunden, 193 Seiten, 12,95 Euro*

Nahaufnahmen

Fünf Episoden aus dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigte die Kriegsschuldfrage jahrzehntelang die deutsche Öffentlichkeit. Die Siegermächte hatten indes ihre eindeutige Stellungnahme dazu im Versailler Vertrag fixiert. Trotz umfassender internationaler Forschungen zur „Urkatastrophe Europas“, wie der Erste Weltkrieg häufig bezeichnet worden ist, gibt es hierüber bis heute keine Einigkeit. Inwieweit das Handeln einzelner Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 richtungsgebend beeinflusst hat, etwa im Sinne einer Beschleunigung oder Entfesselung, kann ebenfalls nicht abschließend bewertet werden. Dennoch haben es die Historiker Verena Moritz und Hannes Leidinger unternommen, derartige kleinste Einheiten der Geschichte des Ersten Weltkriegs unter diesem Aspekt detailliert zu untersuchen. „Die Nacht des Kirpitschnikow – Eine andere Geschichte des Ersten Weltkriegs“ heißt ihr aus fünf „Momenten“ zusammengestelltes Buch, das teilweise auf bisher unbekanntem Archivmaterial beruht. Ihre Ergebnisse präsentieren Moritz und Leidinger in einem journalistisch geprägten Stil, der zwischen Bericht und Erzählung angesiedelt ist und manchmal in einen Plauderton übergeht.

Der Auftakt fällt allerdings ein wenig weitschweifig aus; es werden Probleme der Geschichtsschreibung erörtert und wissenschaftliche Kontroversen über das Kriegsgeschehen dargelegt. Der Erste Weltkrieg mit seinen 17 Millionen Toten sei als langfristiges Phänomen mit fatalen Kettenreaktionen einzuordnen, deren Auswirkungen noch bis in die Gegenwart hineinreichten. Es folgen die fünf „Nahaufnahmen“ in chronologischer Aneinanderreihung, beginnend mit dem Auftrag des k.u.k. Diplomaten Alexander Graf Hoyos am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Dieser reiste am 4. Juli 1914, eine Woche nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand, von Wien nach Berlin, um die Zustimmung Kaiser Wilhelms II. für den Fall einer Kriegserklärung der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien zu erwirken.

Fataler Auftrag für den Diplomaten Hoya

Das Kapitel „Die Stunde, in der wir den Weltkrieg verloren“ befasst sich mit der Marneschlacht im September 1914. Mit dem Untertitel „‚Das Wunder an der Marne‘“ bringt Hannes Leidinger die französische Sicht auf das Kräftemessen an der Westfront ein.

Auf einen russischen Unteroffizier namens Timofej Kirpitschnikow, der während der russischen Februarrevolution von 1917 in Erscheinung trat, bezieht sich der Buchtitel. Sein Handeln ist in Solschenizyns Revolutionsroman „Das Rote Rad“ verewigt worden.

Mit Leo Trotzki und dem Zwischenfall von Tscheljabinsk im Mai 1918 sowie mit dem Kieler Matrosenaufstand im November 1918 befassen sich die beiden letzten Kapitel. Die Forscher beziehen sich jeweils auf eine Fülle von zeitgenössischen Stimmen und weisen auf weitreichende Zusammenhänge hin, verzichten aber auf eigene Thesen. *Dagmar Jestrzemski*

***Verena Moritz und Hannes Leidinger: „Die Nacht des Kirpitschnikow – Eine andere Geschichte des Ersten Weltkriegs“**, dtv, München, broschiert, 317 Seiten, 12,90 Euro*



Aus Sicht der Ermittler

Die Geschichte der RAF aus neuer Perspektive

2008 waren seit der Selbstauflösung der RAF zehn Jahre verstrichen. Und pünktlich zu diesem Anlass stürmte der deutsche Spielfilm „Der Baader Meinhof Komplex“ die Kinocharts.

Die Erinnerungen an die aus der 68er Generation hervorgegangene linksextremistische terroristische Vereinigung drängten erneut an die Oberfläche und viele junge Leute befassten sich erstmals mit den Machenschaften der RAF, ihren politischen Hintergründen und dem Stempel, den sie ihrer Zeit unwiderruflich aufgedrückt haben.

In „Sie nannten mich Familienbulle – Meine Jahre als Sonderermittler gegen die RAF“ berichtete der im Frühjahr 2008 verstorbene Ex-Kriminalhauptkommissar und Sonderermittler in der Soko Baader/Meinhof von seinen Ermittlungen gegen die sowie Erfahrungen mit der RAF. Alfred Klaus’ Buch lässt die 1970 von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und Ulrike Meinhof gegründete RAF auferstehen.

Wie Stefan Aust in der Drehbuchvorlage zum Film „Der Baader Meinhof Komplex“ berichtet Alfred Klaus in seinem Buch chronologisch. Die Betrachtung setzt bei der Gründung der RAF ein, einer hochmotivierten, zum Teil gut organisierten und gerade dadurch so gefährlichen Gruppierung, und endet mit ihrem schmachvollen Untergang und dem Freitod der in der Stammheim inhaftierten Rädelsführer Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe.

Polizisten als »Schweine« beschimpft

Wer von dem Buch bisher noch unveröffentlichte Hintergrundinformationen erhofft, wird hier leider enttäuscht. Alfred Klaus schilderte hier ausschließlich als Zeitzeuge die bereits bekannten Fakten, wenn auch aus seiner persönlichen Sicht.

Faszinierend ist jedoch der Aufwand des ehemaligen Hauptkommissars, den dieser damals betrieb, um die politischen und familiären Hintergründe der RAF-Mitglieder zu erkennen und so deren Verhaltensmuster zu durchblicken.

Nachdem in „Der Baader Meinhof Komplex“ der Schwerpunkt auf den RAF-Mitglieder lag, ist es hier besonders interessant, die Sichtweise eines Polizisten, also der Gegenseite, zu erfahren.

Was mögen die Polizisten, die die Bürger mit ihrem Leib und Leben zu schützen suchten, bei folgenden Zeilen von Ulrike Meinhof, mit welcher viele Deutsche zu jenem Zeitpunkt noch sympathisierten, empfunden haben:

„,... wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen ... es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.‘“

Alfred Klaus und Gabriele Droste ist mit „Sie nannten mich Familienbulle – Meine Jahre als Sonderermittler gegen die RAF“ ein brillantes Werk gelungen, das zur Diskussionen anregt. Denn Terrorismus und kontroverse Auseinandersetzungen über die regionale und weltweite Politik sind immer aktuell, denn sie betreffen jeden Einzelnen von uns. *A. Ney*

***Alfred Klaus mit Gabriele Droste: „Sie nannten mich Familienbulle – Meine Jahre als Sonderermittler gegen die RAF“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2008, geb., 301 Seiten, 19,95 Euro*

MELDUNGEN

Tarantino lobt Leni Riefenstahl

Los Angeles – US-Regisseur Quentin Tarantino hat Leni Riefenstahl als „beste Regisseurin, die jemals lebte“ bezeichnet. Um das zu erkennen, müsse man nur ihre Olympia-Filme sehen, sagte er dem „Spiegel“. Der Filmemacher lobte zudem pauschal die deutschen Filme der Weltkriegszeit. Tarantino wird derzeit für seine Weltkriegssatire „Inglorious Basterds“ weltweit gefeiert. *H.H.*

Ein-Kind-Politik in der Kritik

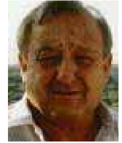
Schanghai – In China trifft die Ein-Kind-Politik und die damit verbundene hohe Abtreibungsrate auf immer mehr Skepsis. Wie die Zeitung „China Daily“ berichtet, haben Studien gezeigt, dass jährlich rund 13 Millionen Kinder im Mutterleib getötet werden, während rund 20 Millionen das Licht der Welt erblicken. In der 18-Millionen-Stadt Schanghai ermuntern die Behörden jetzt sogar Eltern, ein zweites Kind zu bekommen, wenn Vater und Mutter Einzelkinder sind. Der Grund ist die Überalterung, die die Altersversorgung gefährdet. *idea*

ZUR PERSON

Er wurde zum Albtraum

Gleich nach ihrem Amtsantritt war Gerhard Schröders rotgrüne Koalition in schwere Turbulenzen geraten, die 1998 abgewählte Union wähnte sich schneller zurück auf der Siegerstraße, als sie zu hoffen gewagt hatte.

Dann, am 4. November 1999, der Schock: Die Staatsanwaltschaft Augsburg erließ Haftbefehl gegen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Er soll eine Million Mark als Spende für die CDU nicht versteuert haben. Der Überbringer der Spende: Waffenhändler **Karlheinz Schreiber**. Eine Lawine brach los.



Die meisten Deutschen hörten den Namen Schreiber hier das erste Mal. 1934 in Thüringen geboren wuchs der Sohn eines Polsterers bescheiden auf. Nach der Ausbildung zum Verkäufer wurde er Geschäftsführer einer Teppichfirma in München, später übernahm er eine Straßenmarkierungsfirma. In der CSU stieg Schreiber in den Wirtschaftsbeirat auf, wo er Franz Josef Strauß kennenlernte. Er wurde dessen Vertrauter und baute sich ein Netz erstklassiger Verbindungen auf: etwa zum Stahlgiganten Thyssen, zum Bundesnachrichtendienst und nicht zuletzt zur Bayerischen Staatskanzlei.

Schreiber nutzte seine Beziehungen: Laut Staatsanwaltschaft Augsburg setzte er in den 80-er Jahren eine Provision von Thyssen über 15 Millionen Mark dazu ein, Industrielle und Politiker zu „beschenken“. 1995 floh Schreiber nach einer Hausdurchsuchung zunächst in die Schweiz, 1999 nach Kanada. Er besitzt neben der deutschen auch die kanadische Staatsbürgerschaft.

Dort stemmte er sich durch alle Instanzen gegen seine Auslieferung nach Deutschland. Doch Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) machte, gerade in jüngster Zeit, erheblich Druck bei den Kanadiern. *H.H.*



Sturlauber Zeichnung: Mohr

Gerade so eben

Wofür Schreiber büßen muss, wo man die alten Ideen findet, und wieso ein Rückgang statistisch gesehen gar kein Rückgang ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Diese Unterstellung weist Justizminister Brigitte Zypries entschieden von sich: Dass sie die Auslieferung des Karlheinz Schreiber aus wahlkampftaktischen Gründen in den letzten Wochen so viel heftiger als sonst betrieben habe, das sei „völlig aus der Luft gegriffen“. Aus der Luft schwebte kurz darauf die Boeing 767 ein, mit zwei kanadischen Sicherheitsbeamten darin und einer bösen Erinnerung für die CDU in ihrer Mitte.

Karlheinz Schreiber, der Schieber, der Kungelbruder, der Schattenmann aus einer anderen Zeit: Am ehesten möchte man ihn sich mit Hut und 50er-Jahre-Sonnenbrille vorstellen, den schwarzen Aktenkoffer nicht zu vergessen. Kurz: Er ist Geschichte. Die Deutschen haben ihren berechtigten Zorn auf die CDU damals gründlich ausgetobt und widmen sich heute anderen Sorgen. (Nur Ströbele will noch mal, wie immer.) Das wissen eigentlich auch die Sozialdemokraten. Warum dann diese plötzliche Eile?

Eigentlich ganz einfach: Es ist Rache, Rache für Merkel! Der von Schreiber losgetretene Spendenskandal ließ damals die komplette CDU-Spitze erstarren. Der alte Kohl drohte sie alle in den Abgrund zu reißen, das wussten sie wohl. Aber gegen ihn aufmucken? Das traute sich keiner, außer einer: Angela Merkel schrieb einen Zeitungsartikel gegen Kohl, sie bot ihm die Stirn und überlebte den Ritt. Das war ihr Sesam-öffne-dich zur Macht – erst in der CDU, dann im Land. Also: Der Schreiber war's! Dafür soll der 75jährige nun wenigstens ein paar Jahre brummen, dachte sich die SPD-Justizministerin. Schließlich deutet ja einiges darauf hin, dass sie demnächst ihr Amt verliert, also jetzt schnell her mit dem Kerl, bevor es zu spät ist.

Wenigstens ist Ulla Schmidt jetzt nicht mehr alleiniges Tratschthema der Politik. Somit ist der Schreiber doch ein kleiner Erfolg für die SPD. Aber große Erfolge, die sehen anders aus, das muss man Frank-Walter Steinmeier nicht sagen. Allen Widrigkeiten trotzend hat er daher eisern grinsend sein Wahlprogramm, den „Deutschlandplan“, vorgestellt.

Im Wahlkampf müssen die Ansagen kurz, klar und für jeden verständlich sein, haben die SPD-Strategen festgestellt und daher die Devise ausgegeben: Warum die Leute mit neuen Ideen verwirren, wenn man noch so viele alte hat? Im SPD-Keller, da wo all die aktuellen Umfragewerte herumstehen, haben sie hinter allerlei Gerümpel den „runden Tisch“ aufgestöbert. An dem ollen Möbel hatten schon Generationen von Politikern und anderen gesellschaftlich relevanten Sabbeltaschen platzgenommen. Laut „Deutschlandplan“ gehört die nächste Runde einer „Allianz für den Mittelstand“ aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Banken.

Das ist doch ein toller Einfall, dass man die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Geldverleiher endlich mal miteinander bekanntmacht! Ohne den runden Tisch vom Deutschlandplan erführen die vermutlich nie voneinander. So haben die sich bestimmt viel zu erzählen, aus ihrem Leben und Leiden und so.

> Runde Tische sind unwiderstehlich. Schon ihre Form stimmt einen so harmonisch

Runde Tische haben etwas Unwiderstehliches, schon ihre Form stimmt einen so harmonisch, man möchte spontan „du“ sagen und alles rauslassen, was einen so bedrückt. Hinterher treten alle gänzlich entspannt und erleichtert vor die Presse und berichten, wie nah man sich gekommen sei. Mehr aber auch nicht: Beschlossen wird, wenn überhaupt, nur das, was vorher schon klar war. Der Rest ist Wohlfühllyrik: „Wir sind uns einig“, „in gemeinsamer Verantwortung“, „werden Hand in Hand ein Stück weit Sorge tragen“, „erfolgreich in die Zukunft“ und so weiter.

Das Volk ist dann meist ein wenig enttäuscht, denn unter den Menschen sind immer noch welche, die sich von runden Tischen mehr erhoffen als gute Gefühle. Deshalb muss die Zeitplanung stimmen: Jetzt wird der Tisch garniert mit den buntesten Versprechungen. Bis diese unter dem wohligen Gedröhn gelangweilter Tischsitzer verdorrt sind, ist die Wahl lange her und die Medien haben die mit viel Tamtam einberufene Runde ohnehin längst versemmelt. So weit, so geschickt. Nicht ganz so geschickt war Steinmeiers Versprechen von vier Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2020. Vor nur anderthalb Jahren hatte weder Steinmeier noch sonst wer in Berlin auch nur den Schimmer einer Vorstellung von der Lage im August 2009. Und jetzt blickt der Mann glasklar durch die ganze nächste Dekade hindurch. Na dann.

Aber gut, das macht jetzt nichts, solange die Kuriosität nur bis zum Wahltag nicht zusammenfällt. Manchmal geht es da um Tage. Beim Abwrackgeld kommt es gerade so hin, sechs Woche reiche der Etat noch, hieß es am Montag, als die Wahl noch knapp acht Wochen hin war. Wenn man die Ablehnungsbescheide der letzten, glücklosen Abwracker, die keine Prämie mehr kriegen, ein bisschen später rausschickt, könnte es um Haaresbreite klappen.

Solche Zeitplanungen können grässlich schiefgehen, wie Familienministerin Ursula von der Leyen schon zum zweiten Mal erleiden muss. Im Februar hatte sie voller Stolz die jüngsten Geburtenzahlen für die ersten drei Quartale 2008 verbreitet: Endlich wieder mehr Kinder, sagte die Tabelle. Und wem hatten wir das zu verdanken? Ursula von der Leyens Elterngeld natürlich.

Nur wenige Tage später schoben die hinterhältigen Zahlenhuber vom Statistischen Bundesamt die Oktoberdaten hinterher und meldeten einen abrupten Einbruch. November und Dezember sahen nicht minder trübe aus, wie sich wenig später herausstellen sollte. Seitdem redete die Ministerin nicht mehr so gerne über den angeblichen Zusammenhang zwischen ihrer Politik und dem Kinderkriegen.

Das blieb so, bis die EU-Statistiker von Eurostat den deutschen Horrormeldungen die Krone aufsetzten: Nicht nur, dass Deutschland das absolute EU-Schlusslicht bilde beim Nachwuchs, die deutschen Geburtenzahlen seien auch 2008 abermals zurückgegangen. Dies sei der einzige Geburtenrückgang in der ganzen Europäischen Union.

Und mit sowas kommen diese Ferkel mitten im deutschen Wahlkampf. Wie rücksichtslos! Da hielt es die Ministerin nicht mehr auf dem Stuhl: Der erneute Rückgang sei gar kein Rückgang, weil er mit 2300 Geburten dafür zu klein sei, rein statistisch gesehen. Hä? Ja doch! Das geht nämlich so: 2008 sind laut von der Leyen zwar 2300 Kinder weniger geboren worden als 2007, doch blieb damit die Zahl von 8,3 Geburten auf 1000 Einwohner konstant. Und deshalb war der Rückgang statistisch betrachtet gar keiner. Ein anrüchiger englischer Politiker raunte einmal, er glaube nur an die Zahlen, die er selber gefälscht habe. Fälschen? Wie widerlich. Muss man gar nicht, man sollte sich die Zahlen nur günstig zurechtlesen, besonders so kurz vor dem Urnengang.

Wie üblich vor Bundestagswahlen startet in Berlin die „Aktion Abendsonne“: Langjährige Mitarbeiter vermutlich ausscheidender Minister werden auf Steuerzahlers Kosten noch schnell verbeamtet, befördert oder auf sichere Pöstchen versetzt. Der „Spiegel“ hat sich Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul herausgepickt: Da wird einer aus ihrem Stab Botschafter in Neu-Dehli, eine Referentin wechselt zur Uno nach New York und so fort.

Zum Ende ihrer Amtszeit wünschen wir uns von Frau Wieczorek-Zeul eine Rede über undifferenzierte Politikerschelte. Immer wieder treten Schmierfinken und Büttenredner auf, die behaupten, Politiker betrachteten unser Land als Selbstbedienungsladen und Alimentierungsstätte für gute Freunde. Solche Pöbeleien untergraben das Vertrauen in die Demokratie, weshalb den Verleumdern dringend Paroli geboten werden muss. Vor ihrem Ausscheiden sollte die Entwicklungshilfeministerin gegen diese Typen noch einmal ganz deutlich Stellung beziehen. Wir werden auch bestimmt nicht lachen, nicht gleich.

ZITATE

*Der 79jährige, frühere sächsische Ministerpräsident **Kurt Biedenkopf** (CDU) spricht ein paar **unangenehme Wahrheiten** zur **Rentenproblematik** der nächsten Jahrzehnte aus:*

„Die geburtenstarken Jahrgänge, die ab 2015 in den Ruhestand gehen, haben 30 Prozent weniger Kinder als meine Generation. Sie haben sehr viel höhere Rentenansprüche. Das kann nicht gutgehen. Die Enkel werden die Rentenerwartung ihrer Eltern nicht einlösen: Sie können es auch nicht. Die Steuer- und Abgabenlast wäre einfach zu hoch. Wir müssen neue Antworten finden! Und dazu gehört: länger arbeiten.“

*„Focus“-Chef **Helmut Markwort** steht einigermaßen **fassungslos** vor der Sturheit, mit der Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** ihren Dienstwagengebrauch verteidigt:*

„Nie wäre ein Sozialdemokrat wie der frühere Vorsitzende Hans-Jochen Vogel auf die Idee verfallen, so hemmungslos mit Steuergeldern umzugehen und dann auch noch die beleidigte Leberwurst zu spielen ... Ulla Schmidt und ähnliche Charaktere haben das Gefühl dafür verloren, dass sie anvertrautes Geld ausgeben.“

*Luxemburgs Ministerpräsident **Jean-Claude Juncker erklärt** die Vorgehensweise der Brüsseler **EU-Kommissare**:*

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Naturgesetz

Das Übernehmen kann Gewinn
doch auch Verlust ergeben,
wie in des Wortes Doppelsinn
wir täglich miterleben.

Es ist ein Sport, gar
listenreich,
zuweilen echter Poker,
vielleicht mit einem
Wüstenscheich
versteckt als Jolly Joker.

Man spricht zwar gern von Fusion
– das klingt wie freier Wille –
tatsächlich aber wetzt man schon
die Messer in der Stille.

Genüsslich wird sodann verspeist
der Kleinere vom Großen –
nur selten hofft ein Kleiner dreist,
die Regel umzustoßen.

Was Wunder, wenn manch
Nimmersatt,
statt seine Gier zu zähmen,
sich letztlich übernommen
hat
beim forschen Übernehmen!

Das Spiel floriert bei Konjunktur
– friss schneller, ist Devise –
und gilt erst recht als Wunderkur
bei schwerer Wirtschaftskrise.

Dann schluckt ein Loch das andre
Loch
im überdrehten Reigen,
doch Löcher bleiben immer
noch,
wie Schlussbilanzen zeigen.

Und eins erweist sich allemal,
trotz Mordio und Zeter:
Dem Steuerzahler bleibt real
am Schluss der Schwarze Peter!

Pannonicus